

STAATSANZEIGER



FÜR DAS LAND HESSEN

1993

MONTAG, 13. DEZEMBER 1993

Nr. 50

Seite		Seite		Seite
	Hessische Staatskanzlei		Verordnung über Entgelte für die Nutzung von Wohnheimplätzen des Studentenwerks Gießen vom 24. 11. 1993	3068
	Staatliche Anerkennung von Rettungstaten	3034	Verordnung über Entgelte für die Nutzung von Wohnheimplätzen des Studentenwerks Marburg vom 24. 11. 1993	3042
	Erteilung einer vorläufigen Zulassung an Herrn Colin Charles Bright als Generalkonsul des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland in Frankfurt am Main und Erlöschen des dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Colin Andrew Munro, erteilten Exequatur	3034	Eingliederung des Saalburgmuseums in die Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten	3042
	Änderung der Anschrift, Telefon- und Telefaxnummer der honorarkonsularischen Vertretung des Königsreichs Norwegen in Frankfurt am Main	3034	Erwerb von Bodenfunden und Antiquitäten mit ungesicherter Provenienz durch staatliche Sammlungen	3042
	Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes im November 1993	3034	Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie und Bundesangelegenheiten	
	Hessisches Ministerium des Innern und für Europaangelegenheiten		Immissionsschutz; bundeseinheitliche Praxis bei der Überwachung der Emissionen und der Immissionen; hier: Richtlinien über die Eignungsprüfung, den Einbau, die Kalibrierung und die Wartung von Meßeinrichtungen für kontinuierliche Emissionsmessungen	3043
	Personalkostentabellen für Kostenberechnungen in der Verwaltung	3035	Immissionsschutz; bundeseinheitliche Praxis bei der Überwachung der Emissionen und der Immissionen; hier: Eignungsbekanntgabe von Meßeinrichtungen	3043
	Gemeinsamer Runderlaß betreffend Durchführung des Hessischen Meldegesetzes; hier: Scheinmeldungen zur widerrechtlichen Erlangung von Aufenthaltserlaubnissen (Duldungen) und von Sozialleistungen	3037	Immissionsschutz; hier: Bekanntgabe der als geeignet befundenen Meßgeräte nach der Verordnung über Kleinf Feuerungsanlagen	3043
	Zulage für Beamte mit Aufgaben nach dem Asylverfahrensgesetz nach Vorbemerkung Nr. 8 d BBesO A und B	3038	Hessisches Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit	
	Ernennung der Kreis- und Stadtwahlleiter/der Stadtwahlleiterin für die Europawahl 1994, der Kreiswahlleiter für die Bundestagswahl 1994 und der Landtagswahl 1995 sowie der jeweiligen Stellvertreter	3038	Zentrales Förderungswesen; hier: Vorläufige Richtlinien für die Förderung von Werkstattprojekten (Werkstattprogramm) vom 19. 11. 1993	3044
	Hessisches Ministerium der Finanzen		Genehmigte Pflegesätze der Krankenhäuser in Hessen 1993	3045
	Abschluß von Miet-, Pacht- und ähnlichen Überlassungsverträgen über landeseigene Grundstücke; hier: zusätzliche Vertragsbedingungen im Rahmen der Förderung sozialer Gemeinschaftseinrichtungen	3040	Hessisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung	
	Hessisches Kultusministerium		Arbeitstagung und Seminare der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Versicherungssämter auf dem Gebiet der Sozialversicherung im Jahre 1994	3062
	Genehmigung des Kirchensteuerbeschlusses der Alt-Katholischen Kirche in Hessen für das Kalenderjahr 1994	3040	Personalnachrichten	
	Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst		im Bereich des Hessischen Ministeriums des Innern und für Europaangelegenheiten	3063
	Änderung der Anordnung über die Vertretung des Landes Hessen im Geschäftsbereich der Ministerin für Wissenschaft und Kunst mit Ausnahme des Hochschulbereichs	3041	im Bereich des Hessischen Ministeriums der Justiz	3064
	Änderung der Anordnung über die Vertretung des Landes Hessen in den Zuständigkeitsbereichen der hessischen Hochschulen	3041	im Bereich des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Technologie	3064
	Änderung der Anordnung über Zuständigkeiten bei Abschluß, Änderung oder Beendigung von Arbeitsverträgen mit Angestellten sowie mit Arbeiterinnen und Arbeitern im Geschäftsbereich der Ministerin für Wissenschaft und Kunst	3041	Die Regierungspräsidien	
			DARMSTADT	
			Durchführung des Raumordnungsgesetzes und des Hessischen Landesplanungsgesetzes; hier: Raumordnungsverfahren für die geplante Erdgasfernleitung der Energie- und Wasserwerke Rhein-Neckar AG von Weinheim (Baden-Württemberg) nach Mörlenbach (Hessen)	3065
			Vorhaben der Stadtwerke Frankfurt am Main, 60276 Frankfurt am Main	3068
			Vorhaben der Firma Hoechst AG, Werk Offenbach, 63075 Offenbach am Main	3068
			Vorhaben der Firma Peter Allmenröder, Roßbacher Hof, 64711 Erbach	3068
			Zweckänderung der Freireligiösen und Unitarischen Stiftung, Sitz Offenbach am Main	3069
			Zweckänderung der Dr.-Hermann-Schmitt-Vockenhausen-Stiftung, Sitz Bad Soden am Taunus	3069
			Zweckänderung der Albert- und Emiliestiftung, Sitz Beerfelden	3069
			Genehmigung der Stiftung StadtBauplan, Sitz Darmstadt	3069
			Genehmigung der Auflösung der Viehunterstützungskasse Eichelsdorf	3069
			Verzicht auf die Zulassung als Sachverständiger für die Untersuchung von Gegenproben nach dem Lebensmittel- und Bedarfsgegenstandesgesetz	3069
			GIESSEN	
			Verordnung zum Schutz der Trinkwassergewinnungsanlagen „Ottostollen“, „Erbstollen“, „Grube Allerheiligen“ und „Wasserwerk über der Lahn“ der Stadt Weilburg, Landkreis Limburg-Weilburg, vom 7. 9. 1993	3069
			KASSEL	
			Vorhaben des Landwirtes Hans Konrad Giede-Jeppe, Giedenhof, 34393 Grebenstein	3072
			Buchbesprechungen	3073
			Öffentlicher Anzeiger	3075
			Andere Behörden und Körperschaften	
			Zweckverband Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg; hier: Gebührensatzung, 1. Satzung zur Änderung der Betriebsatzung sowie Neufassung der Betriebsatzung	3084
			Delegationsbeschluß des Verwaltungsausschusses des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen über die Heranziehung der örtlichen Träger der Sozialhilfe zur Durchführung von Aufgaben des überörtlichen Sozialhilfeträgers	3088
			Delegationsbeschluß des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen über die Heranziehung der örtlichen Träger der Kriegsopferfürsorge zur Durchführung von Aufgaben des überörtlichen Trägers der Kriegsopferfürsorge	3089
			Bekanntmachung des endgültigen Wahlergebnisses der allgemeinen Sozialversicherungswahl 1993 bei dem Hessischen Gemeindeunfallversicherungsverband, Frankfurt am Main	3090
			Bekanntmachung des endgültigen Wahlergebnisses der allgemeinen Sozialversicherungswahl 1993 bei der Hessischen Ausführungsbehörde für Unfallversicherung, Frankfurt am Main	3091
			Der Magistrat der Stadt Lampertheim; hier: Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises	3092
			Öffentliche Ausschreibungen	3092
			Stellenausschreibungen	3093

1159

HESSISCHE STAATSKANZLEI

Staatliche Anerkennung von Rettungstaten

Für die am 28. Januar 1993 unter Lebensgefahr ausgeführte Rettung eines Menschen vor dem Tode habe ich

Herrn Helmut H ü m m e, Kassel,

mit Urkunde vom 5. Juli 1993 die Hessische Rettungsmedaille verliehen.

Für die Rettung eines Menschen vor dem Tode am 8. Juni 1993 habe ich der Schülerin

Carmen Siegfried, Haina (Kloster),

mit Urkunde vom 2. September 1993 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Wiesbaden, 24. November 1993

Der Hessische Ministerpräsident

P 124 — 14 c 06/01

StAnz. 50/1993 S. 3034

1160

Erteilung einer vorläufigen Zulassung an Herrn Colin Charles Bright als Generalkonsul des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland in Frankfurt am Main und Erlöschen des dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Colin Andrew Munro, erteilten Exequaturs

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der berufskonsularischen Vertretung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland in Frankfurt am Main ernannten Herrn Colin Charles Bright am 5. November 1993 die vorläufige Zulassung als Generalkonsul erteilt. Der Konsularbezirk umfaßt die Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland.

Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Colin Andrew Munro, am 8. August 1990 erteilte Exequatur ist erloschen.

Wiesbaden, 22. November 1993

Hessische Staatskanzlei

P 12 — 2 a 10/07

StAnz. 50/1993 S. 3034

1161

Änderung der Anschrift, Telefon- und Telefaxnummer der honorarkonsularischen Vertretung des Königreichs Norwegen in Frankfurt am Main

Anschrift:

Honorarkonsularische Vertretung

des Königreichs Norwegen

Frankfurt Airport Center, C 9

B 973

60547 Frankfurt am Main

Telefon: 069/41 10 40

Telefax: 069/6 95 08-207

Wiesbaden, 23. November 1993

Hessische Staatskanzlei

P 12 — 2 a 10/03

StAnz. 50/1993 S. 3034

1162

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes im November 1993

Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft 11 — November 1993 — 48. Jahrgang

Inhalt

Hessischer Ministerpräsident besucht das HSL

Daten zur Wirtschaftslage

Geburtenentwicklung in Hessen 1992

Einkommen und Besteuerung der Körperschaften 1989

Vollbeschäftigung vielfach verfehlt

Zur Gartenbauerhebung 1994

Hessischer Zahlenspiegel

Buchbesprechungen

Einzelheft 3,50 DM/35,— DM Jahresabonnement

Beiträge zur Statistik Hessens

Nr. 278

Die Staats- und Gemeindefinanzen im Rechnungsjahr 1989 — 13,— DM

Nr. 279

Die hessische Ausfuhr 1992 — 9,50 DM

Nr. 280

Die Einfuhr nach Hessen 1992 — 9,50 DM

Statistische Berichte

A. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Gestorbene in Hessen 1992 nach Todesursachen, Altersgruppen und Geschlecht — (A IV 3 — j/92) — 5,— DM

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Hessen am 31. Dezember 1992 — (A VI 5 — vj 4/92) — 4,— DM

C. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Der endgültige Anbau von Gemüse und Erdbeeren zum Verkauf 1993 — (C I 3 — j/93) — 1,— DM

Schlachtungen im September 1993 — (C III 2 — m 9/93) — 1,— DM

D. Unternehmen und Arbeitsstätten

Gewerbeanzeigen in Hessen im 2. Vierteljahr 1993 — (D I 2 — vj 2/93) — 3,— DM

E. Produzierendes Gewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im September 1993 — (E I 1 — m 9/93 — Schnellbericht) — 2,— DM

Indizes des Auftragseingangs und der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau) in Hessen im September 1993 — (E I 2/E I 3 — m 9/93) — 2,— DM

Das Bauhauptgewerbe in Hessen im August 1993 — (E II 1 — m 8/93) — 3,50 DM

G. Handel und Gastgewerbe, Fremdenverkehr

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel im August 1993 — Vorläufige Ergebnisse — (G I 1 — m 8/93) — 2,— DM

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel im Juli 1993 — Vorläufige Ergebnisse — (G I 2 — m 7/93) — 2,— DM

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel im August 1993 — Vorläufige Ergebnisse — (G I 2 — m 8/93) — 2,— DM

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im Juli 1993 — (G IV 1 — m 7/93) — 4,50 DM

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im August 1993 — (G IV 1 — m 8/93) — 4,50 DM

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe im August 1993 — Vorläufige Ergebnisse — (G IV 3 — m 8/93) — 2,— DM

Struktur der Unternehmen des Gastgewerbes im Jahre 1991 — (G IV 4 — 2 j/91) — 3,50 DM

H. Verkehr

Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im September 1993 — (H I 1 — m 9/93 — Vorausswertung) — 1,— DM

Straßenverkehrsunfälle in Hessen im August 1993 — (H I 1 — m 8/93 — Vorläufige Ergebnisse) — 3,— DM

Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern mit amtlichen Kennzeichen in Hessen am 1. Juli 1993 — (H I 2 — hj 2/93) — 2,— DM

K. Öffentliche Sozialleistungen

Verzeichnis der Kindertagesstätten in Hessen 1992 — (K IV 2 — 2 j/92) — 10,— DM

L. Finanzen und Steuern

Das Aufkommen an staatlichen Steuern in Hessen im September 1993 — (L I 1 — m 9/93) — 1,— DM

Ausgaben und Einnahmen der Hochschulen in Hessen 1991 — (L I 7 — j/91) — 4,50 DM

Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern in Hessen im 2. Vierteljahr 1993 — (L I u. L II/S — vj 2/93) — 1,— DM

M. Preise und Preisindizes

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen im Oktober 1993 — (M I 2 — m 10/93 — Schnellbericht) — 1,— DM

Verbraucherpreise und Preisindizes der Lebenshaltung in Hessen im Oktober 1993 — (M I 2 — m 10/93) — 4,50 DM

Baulandveräußerungen in Hessen 1992 — (M I 6 — j/92) — 3,50 DM

Wiesbaden, 26. November 1993

Hessisches Statistisches Landesamt
Z A 231 — 77 a 241/93

StAnz. 50/1993 S. 3034

1163

HESSISCHES MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR EUROPAANGELEGENHEITEN

Personalkostentabellen für Kostenberechnungen in der Verwaltung

Bezug: Personalkostentabellen für das Jahr 1992 vom 16. November 1992 (StAnz. S. 2976)

Die ab 1. Januar 1993 gültigen Personalkostentabellen mit Erläuterungen gebe ich hiermit bekannt. Sie wurden auf Grund des Kabinettsbeschlusses vom 15. Juli 1976 fortgeschrieben.

Wiesbaden, 30. November 1993

Hessisches Ministerium des Innern
und für Europaangelegenheiten
I A 42 — 3 v

StAnz. 50/1993 S. 3035

BEAMTE

BEAMTE

DURCHSCHNITTLICHE PERSONALKOSTEN IN DER HESSISCHEN LANDESVERWALTUNG IM JAHRE 1993

DURCHSCHNITTLICHE PERSONALKOSTEN IN DER HESSISCHEN LANDESVERWALTUNG IM JAHRE 1993

Tabelle 1 *)

Besoldungsgruppe Laufbahngruppe	Pro Jahr		Pro Monat		Pro Woche	
	ohne AK DM	mit AK 1) DM	ohne AK DM	mit AK 1) DM	ohne AK DM	mit AK 1) DM
1	2	3	4	5	6	7
A 3	58.615	82.139	4.885	6.845	1.124	1.575
A 4	58.936	82.508	4.911	6.876	1.130	1.582
A 5 E 2)	61.725	85.715	5.144	7.143	1.184	1.644
A 5 Z 4)	63.885	88.200	5.324	7.350	1.225	1.692
A 6 S 3)	64.716	89.155	5.393	7.430	1.241	1.710
A 6 Z 4)	65.434	89.980	5.453	7.498	1.255	1.726
Einfacher Dienst	62.968	87.144	5.247	7.262	1.208	1.671
A 5	54.222	77.087	4.518	6.424	1.040	1.478
A 6	61.890	85.905	5.157	7.159	1.187	1.647
A 7	64.604	89.026	5.384	7.419	1.239	1.707
A 8	73.850	99.559	6.154	8.305	1.416	1.911
A 9 M 2)	86.203	113.865	7.184	9.489	1.653	2.184
A 9 Z 4)	93.196	121.907	7.766	10.159	1.787	2.338
A 10 S 3)	101.551	131.515	8.463	10.960	1.948	2.522
Mittlerer Dienst	77.011	103.294	6.418	8.608	1.477	1.981
A 9	70.757	96.102	5.896	8.008	1.357	1.843
A 10	89.745	117.938	7.479	9.828	1.721	2.262
A 11	96.910	126.178	8.076	10.515	1.859	2.420
A 12 5)	104.038	134.376	8.670	11.198	1.995	2.577
A 13 S 3) 5)	114.553	146.467	9.546	12.206	2.197	2.809
A 13 Z 4)	126.926	160.697	10.577	13.391	2.434	3.082
Gehobener Dienst	102.299	132.376	8.525	11.031	1.962	2.539
A 13	110.622	141.946	9.218	11.829	2.122	2.722
A 14	128.838	162.895	10.737	13.575	2.471	3.124
A 15	144.914	181.382	12.076	15.115	2.779	3.479
A 16	161.387	200.326	13.449	16.694	3.095	3.842
A 16 Z 4)	168.226	208.191	14.019	17.349	3.226	3.993
B 2	171.815	212.319	14.318	17.693	3.295	4.072
B 3	180.669	222.501	15.056	18.542	3.465	4.267
B 4	189.542	232.705	15.795	19.392	3.635	4.463
B 5	202.173	247.230	16.848	20.603	3.877	4.741
B 6	214.217	261.081	17.851	21.757	4.108	5.007
B 7	224.620	273.045	18.718	22.754	4.308	5.236
Höherer Dienst	127.869	161.781	10.656	13.482	2.452	3.103
Zusammen	103.749	134.043	8.646	11.170	1.990	2.571

*) Wegen der unterschiedlichen Berechnungsweise der Tabellen 1 und 2 vergleiche Nr. 1 der Erläuterungen
1) Arbeitsplatzkosten (12.810 DM) zuzüglich indirekte Kosten (15 % der Personal- und Arbeitsplatzkosten)
2) A 5 E = Amt des einfachen Dienstes; A 9 M = Amt des mittleren Dienstes
3) Spitzenamt der Laufbahngruppe
4) A 16, A 13, A 9, A 6 bzw. A 5 mit Zulage 5) Einschließlich Lehrer

Tabelle 2 *)

Besoldungsgruppe Laufbahngruppe	Pro Tag		Pro Stunde		Pro Minute	
	ohne AK DM	mit AK 1) DM	ohne AK DM	mit AK 1) DM	ohne AK DM	mit AK 1) DM
1	2	3	4	5	6	7
A 3	282	395	36,6	51,3	0,61	0,85
A 4	283	397	36,8	51,5	0,61	0,86
A 5 E 2)	297	412	38,5	53,5	0,64	0,89
A 5 Z 4)	307	424	39,9	55,1	0,66	0,92
A 6 S 3)	311	429	40,4	55,7	0,67	0,93
A 6 Z 4)	315	433	40,9	56,2	0,68	0,94
Einfacher Dienst	303	419	39,3	54,4	0,66	0,91
A 5	261	371	33,9	48,1	0,56	0,80
A 6	298	413	38,6	53,6	0,64	0,89
A 7	311	428	40,3	55,6	0,67	0,93
A 8	355	479	46,1	62,2	0,77	1,04
A 9 M 2)	414	547	53,8	71,1	0,90	1,18
A 9 Z 4)	448	586	58,2	76,1	0,97	1,27
A 10 S 3)	488	632	63,4	82,1	1,06	1,37
Mittlerer Dienst	370	497	48,1	64,5	0,80	1,07
A 9	340	462	44,2	60,0	0,74	1,00
A 10	431	567	56,0	73,6	0,93	1,23
A 11	466	607	60,5	78,8	1,01	1,31
A 12 5)	500	646	65,0	83,9	1,08	1,40
A 13 S 3) 5)	551	704	71,5	91,5	1,19	1,52
A 13 Z 4)	610	773	79,2	100,3	1,32	1,67
Gehobener Dienst	492	636	63,9	82,7	1,06	1,38
A 13	532	682	69,1	88,6	1,15	1,48
A 14	619	783	80,4	101,7	1,34	1,70
A 15	697	872	90,5	113,3	1,51	1,89
A 16	776	963	100,8	125,1	1,68	2,08
A 16 Z 4)	809	1.001	105,0	130,0	1,75	2,17
B 2	826	1.021	107,3	132,6	1,79	2,21
B 3	869	1.070	112,8	138,9	1,88	2,32
B 4	911	1.119	118,3	145,3	1,97	2,42
B 5	972	1.189	126,2	154,4	2,10	2,57
B 6	1.030	1.255	133,8	163,0	2,23	2,72
B 7	1.080	1.313	140,2	170,5	2,34	2,84
Höherer Dienst	615	778	79,8	101,0	1,33	1,68
Zusammen	499	644	64,8	83,7	1,08	1,39

*) Wegen der unterschiedlichen Berechnungsweise der Tabellen 1 und 2 vergleiche Nr. 1 der Erläuterungen
1) Arbeitsplatzkosten (12.810 DM) zuzüglich indirekte Kosten (15 % der Personal- und Arbeitsplatzkosten)
2) A 5 E = Amt des einfachen Dienstes; A 9 M = Amt des mittleren Dienstes
3) Spitzenamt der Laufbahngruppe
4) A 16, A 13, A 9, A 6 bzw. A 5 mit Zulage 5) Einschließlich Lehrer

ANGESTELLTE

DURCHSCHNITTLICHE PERSONALKOSTEN IN DER HESSISCHEN LANDESVERWALTUNG
IM JAHRE 1993

Tabelle 1 *)

Vergütungsgruppe BAT	Pro Jahr		Pro Monat		Pro Woche	
	ohne AK DM	mit AK 1) DM	ohne AK DM	mit AK 1) DM	ohne AK DM	mit AK 1) DM
1	2	3	4	5	6	7
X	48.603	70.625	4.050	5.885	932	1.354
IX b	47.392	69.232	3.949	5.769	909	1.328
IX a	51.604	74.076	4.300	6.173	990	1.421
VIII	50.459	72.760	4.205	6.063	968	1.395
VII	54.751	77.695	4.563	6.475	1.050	1.490
VI b	60.591	84.411	5.049	7.034	1.162	1.619
V c	64.948	89.422	5.412	7.452	1.246	1.715
V b	71.775	97.273	5.981	8.106	1.377	1.866
IV b	77.309	103.637	6.442	8.636	1.483	1.988
IV a	86.180	113.838	7.182	9.486	1.653	2.183
III	94.441	123.339	7.870	10.278	1.811	2.365
II b	97.802	127.204	8.150	10.600	1.876	2.440
II a	91.589	120.059	7.632	10.005	1.757	2.303
I b	106.101	136.747	8.842	11.396	2.035	2.623
I a	118.297	150.773	9.858	12.564	2.269	2.892
I	130.949	165.323	10.912	13.777	2.511	3.171
Zusammen	71.348	96.782	5.946	8.065	1.368	1.856

Tabelle 2 *)

Vergütungsgruppe BAT	Pro Tag		Pro Stunde		Pro Minute	
	ohne AK DM	mit AK 1) DM	ohne AK DM	mit AK 1) DM	ohne AK DM	mit AK 1) DM
1	2	3	4	5	6	7
X	234	340	30,3	44,1	0,51	0,73
IX b	228	333	29,6	43,2	0,49	0,72
IX a	248	356	32,2	46,3	0,54	0,77
VIII	243	350	31,5	45,4	0,53	0,76
VII	263	374	34,2	48,5	0,57	0,81
VI b	291	406	37,8	52,7	0,63	0,88
V c	312	430	40,6	55,8	0,68	0,93
V b	345	468	44,8	60,7	0,75	1,01
IV b	372	498	48,3	64,7	0,80	1,08
IV a	414	547	53,8	71,1	0,90	1,18
III	454	593	59,0	77,0	0,98	1,28
II b	470	612	61,1	79,4	1,02	1,32
II a	440	577	57,2	75,0	0,95	1,25
I b	510	657	66,2	85,4	1,10	1,42
I a	569	725	73,9	94,1	1,23	1,57
I	630	795	81,8	103,2	1,36	1,72
Zusammen	343	465	44,5	60,4	0,74	1,01

*) Wegen der unterschiedlichen Berechnungsweisen der Tabellen 1 und 2 vergleiche Nr. 1 der Erläuterungen

1) Arbeitsplatzkosten (12.810 DM) zuzüglich indirekte Kosten (15 % der Personal- und Arbeitsplatzkosten)

ARBEITER +)

DURCHSCHNITTLICHE PERSONALKOSTEN IN DER HESSISCHEN LANDESVERWALTUNG
IM JAHRE 1993

Tabelle 1 *)

Lohngruppe 1) MTL	Pro Jahr		Pro Monat		Pro Woche	
	ohne AK DM	mit AK 2) DM	ohne AK DM	mit AK 2) DM	ohne AK DM	mit AK 2) DM
1	2	3	4	5	6	7
1	46.096	67.742	3.841	5.645	884	1.299
1 a	50.106	72.354	4.176	6.029	961	1.388
2	48.938	71.010	4.078	5.918	939	1.362
2 a	52.177	74.735	4.348	6.228	1.001	1.433
3	53.066	75.758	4.422	6.313	1.018	1.453
3 a	56.062	79.202	4.672	6.600	1.075	1.519
4	55.193	78.203	4.599	6.517	1.058	1.500
4 a	60.035	83.771	5.003	6.981	1.151	1.607
5	58.347	81.831	4.862	6.819	1.119	1.569
5 a	62.605	86.728	5.217	7.227	1.201	1.663
6	61.435	85.381	5.120	7.115	1.178	1.637
6 a	67.519	92.378	5.627	7.698	1.295	1.772
7	66.341	91.024	5.528	7.585	1.272	1.746
7 a	69.333	94.464	5.778	7.872	1.330	1.812
8	68.010	92.943	5.667	7.745	1.304	1.782
8 a	71.357	96.792	5.946	8.066	1.368	1.856
9	68.631	93.657	5.719	7.805	1.316	1.796
Zusammen	59.654	83.334	4.971	6.944	1.144	1.598

+) Ohne PKW-Fahrer und medizinische Bademeister

*) Wegen der unterschiedlichen Berechnungsweisen der Tabellen 1 und 2 vergleiche Nr. 1 der Erläuterungen

1) Seit 1991 neue Lohngruppen (siehe Nr. 2.1 c der Erläuterungen)

2) Arbeitsplatzkosten (12.810 DM) zuzüglich indirekte Kosten (15 % der Personal- und Arbeitsplatzkosten)

ARBEITER +)

DURCHSCHNITTLICHE PERSONALKOSTEN IN DER HESSISCHEN LANDESVERWALTUNG
IM JAHRE 1993

Tabelle 2 *)

Lohngruppe 1) MTL	Pro Tag		Pro Stunde		Pro Minute	
	ohne AK DM	mit AK 2) DM	ohne AK DM	mit AK 2) DM	ohne AK DM	mit AK 2) DM
1	2	3	4	5	6	7
1	222	326	28,8	42,3	0,48	0,70
1 a	241	348	31,3	45,2	0,52	0,75
2	235	341	30,6	44,3	0,51	0,74
2 a	251	359	32,6	46,7	0,54	0,78
3	255	364	33,1	47,3	0,55	0,79
3 a	270	381	35,0	49,5	0,58	0,82
4	265	376	34,5	48,8	0,57	0,81
4 a	289	403	37,5	52,3	0,62	0,87
5	281	393	36,4	51,1	0,61	0,85
5 a	301	417	39,1	54,2	0,65	0,90
6	295	410	38,4	53,3	0,64	0,89
6 a	325	444	42,2	57,7	0,70	0,96
7	319	438	41,4	56,8	0,69	0,95
7 a	333	454	43,3	59,0	0,72	0,98
8	327	447	42,5	58,0	0,71	0,97
8 a	343	465	44,6	60,4	0,74	1,01
9	330	450	42,9	58,5	0,71	0,97
Zusammen	287	401	37,2	52,0	0,62	0,87

+) Ohne PKW-Fahrer und medizinische Bademeister

*) Wegen der unterschiedlichen Berechnungsweisen der Tabellen 1 und 2 vergleiche Nr. 1 der Erläuterungen

1) Seit 1991 neue Lohngruppen (siehe Nr. 2.1 c der Erläuterungen)

2) Arbeitsplatzkosten (12.810 DM) zuzüglich indirekte Kosten (15 % der Personal- und Arbeitsplatzkosten)

Erläuterungen zu den Personalkostentabellen für das Jahr 1993

1. Die Tabellen weisen die durchschnittlichen Personalkosten — ohne und mit Arbeitsplatzkosten — getrennt für Beamte, Angestellte und Arbeiter aus. Die Zahlen beruhen auf den ab 1. Januar bzw. 1. Mai 1993 gültigen tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen. Abweichungen gegenüber den Tarifen der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände bleiben aus Vereinfachungsgründen unberücksichtigt. Die Kostenwerte für jede Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppe sind in Tabelle 1 für ein Jahr, einen Monat und eine Woche, in Tabelle 2 für einen Tag, eine Stunde und eine Minute angegeben. Die Jahres-, Monats-, Wochen- und Tagesbeträge sind auf volle DM, die Stundenbeträge auf eine Stelle hinter dem Komma auf- bzw. abgerundet.

Die Tabellen 1 und 2 unterscheiden sich nach der Methode ihrer Berechnung. Ausgangsbasis für die Ermittlung der Werte in beiden Tabellen sind die nach Nr. 2 berechneten Jahreskosten.

Die Angaben in Tabelle 1 sind in der Weise ermittelt worden, daß die Jahreskosten durch die Zahl der Monate (12) sowie durch die Zahl der Wochen (52 1/4) geteilt worden sind. Ausfallzeiten, wie dienstfreie Wochenenden, Feiertage, Urlaub usw. sind nicht berücksichtigt.

In Tabelle 2 sind die Jahreskosten durch die 1993 tatsächlich zu leistenden 208 Jahresarbeitsstage dividiert worden. Die so errechneten Kosten pro Tag wurden durch 7,7 dividiert. Dies ergab die Kosten pro Stunde (Jahresarbeitsstunden: 1 602). Die in dieser Tabelle ausgewiesenen Werte enthalten somit neben den Kosten für die tatsächlich geleistete Arbeitszeit (Tag, Stunde, Minute) auch die auf den jeweiligen Zeitraum anteilmäßig umgelegten Kosten für die Ausfalltage im Jahre 1993 (dienstfreie Wochenenden, Feiertage, Urlaubstage, Krankheitstage usw.).

Die Zahl der Jahresarbeitsstage für 1993 ist ermittelt worden, indem von den 254 Sollarbeitsstagen (365 Kalendertage abzüglich 104 Tage für dienstfreie Wochenenden sowie sieben gesetzliche Feiertage) 17,2%, das sind 44 Tage für den durchschnittlichen Personalausfall durch Urlaub, Krankheit sowie sonstige Ausfallatbestände und außerdem die zwei freien Tage zur Arbeitszeitverkürzung abgezogen worden sind.

Wegen der unterschiedlichen Altersstruktur liegen in einigen Fällen die durchschnittlichen Kosten einer Besoldungs- bzw. Vergütungsgruppe über dem Durchschnitt der nächsthöheren Gruppe.

2. Die durchschnittlichen Kostenwerte für das Jahr 1992 sind wie folgt ermittelt worden:

2.1 Personalkosten

a) Beamte:

Es sind die im Rahmen von HEPIS (Hessisches Personal-Informations-System) vorgenommenen Auswertungen aus der Besoldungsdatei für den Monat Juli 1993 zugrunde gelegt worden. Aus Gründen des Datenschutzes sind die Besoldungsgruppen A 2, B 8, B 9 und B 10 ausgenommen. Der monatliche Durchschnittswert jeder Besoldungsgruppe umfaßt neben den tatsächlich gezahlten Grundgehältern und Ortszuschlägen Zulagen, Aufwandsentschädigungen sowie vermögenswirksame Leistungen (ohne Arbeitnehmer-Sparzulage). Nicht enthalten ist das Kindergeld, das vom Bund gezahlt wird.

Der Jahresdurchschnittswert für jede Besoldungsgruppe setzt sich zusammen aus dem 13fachen des monatlichen Durchschnittswerts nach dem Stand vom Juli 1993 (somit ist auch die jährliche Sonderzuwendung — 100% eines Brutto-Monatsgehaltes — berücksichtigt) und dem Urlaubsgeld (500,— DM in den Besoldungsgruppen A 9 — A 16 und in allen Gruppen der Besoldungsordnung B bzw. 650,— DM in den Besoldungsgruppen A 1 — A 8) sowie dem vom Land gezahlten durchschnittlichen Kindersonderbetrag für den Weihnachtsmonat (50,— DM).

Zuschläge für die Versorgung der Beamten: 32,1% des Jahresdurchschnittswerts für jede Besoldungsgruppe

Dieser Wert resultiert aus dem Verhältnis zwischen der Gesamtsumme der Versorgungsbezüge (Summe der Obergruppe 43) und der Gesamtsumme der Dienstbezüge der aktiven Beamten (Summe der Gruppen 421 und 422) nach der Haushaltsrechnung 1992.

Zuschläge für sonstige Sozialleistungen: rd. 4 920,— DM

davon für Beihilfen, Unterstützungen usw.: rd. 4 710,— DM

Dieser Wert resultiert aus dem Verhältnis zwischen der Summe der Obergruppe 44 der Haushaltsrechnung 1992 und der Gesamtzahl der Landesbeamten nach der Personalstandserhebung vom 30. Juni 1992. In der Obergruppe 44 sind auch die an Versorgungsempfänger gezahlten Beihilfen enthalten, während bei der zugrunde gelegten Zahl der Landesbeamten die Versorgungsempfänger nicht berücksichtigt sind. Auf diese Weise sind die Kosten für die Beihilfen, die die jetzt aktiven Beamten während ihres Ruhestandes zu erwarten haben, mit erfaßt.

Personalbezogene Sachausgaben: rd. 210,— DM

Dieser Wert resultiert aus dem Verhältnis zwischen der Summe der Obergruppe 45 der Haushaltsrechnung 1992 abzüglich Trennungsgeld (geschätzt auf 1/3 der Gruppe 453) und der Gesamtzahl der Landesbediensteten nach der Personalstandserhebung vom 30. Juni 1992.

b) Angestellte:

Es sind die im Rahmen von HEPIS vorgenommenen Auswertungen für den Monat Juli 1993 zugrunde gelegt worden. Der monatliche Durchschnittswert jeder Vergütungsgruppe umfaßt neben den Grundvergütungen und Ortszuschlägen Zulagen, Aufwandsentschädigungen, vermögenswirksame Leistungen (ohne Arbeitnehmer-Sparzulage) sowie die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und die Umlagen zur Zusatzversicherung. Nicht enthalten ist das Kindergeld, das vom Bund gezahlt wird.

Der Jahresdurchschnittswert für jede Vergütungsgruppe setzt sich zusammen aus dem 13fachen des monatlichen Durchschnittswerts nach dem Stand vom Juli 1993 (somit ist auch die jährliche Zuwendung — 100% der monatlichen Bruttovergütung — berücksichtigt) und dem Urlaubsgeld (500,— DM in den Vergütungsgruppen BAT V b — I bzw. 650,— DM in den Vergütungsgruppen BAT X — V c, jeweils zuzüglich Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung) sowie dem vom Land gezahlten durchschnittlichen Kindersonderbetrag für den Weihnachtsmonat (50,— DM).

Der so errechnete Jahresdurchschnittswert erhöht sich — wie bei den Beamten — um personalbezogene Sachausgaben von rd. 210,— DM.

c) Arbeiter:

Es sind die im Rahmen von HEPIS vorgenommenen Auswertungen für den Monat Juli 1993 zugrunde gelegt worden. Der monatliche Durchschnittswert jeder Lohngruppe

umfaßt neben den Monatsregellöhnen und Sozialzuschlägen Zulagen, vermögenswirksame Leistungen (ohne Arbeitnehmer-Sparzulage) sowie die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und die Umlagen zur Zusatzversicherung. Nicht enthalten ist das Kindergeld, das vom Bund gezahlt wird.

Der Jahresdurchschnittswert für jede Lohngruppe setzt sich zusammen aus dem 13fachen des monatlichen Durchschnittswerts nach dem Stand vom Juli 1993 (somit ist auch die jährliche Zuwendung — 100% eines Brutto-Monatslohns — berücksichtigt) und dem Urlaubsgeld (650,— DM zuzüglich Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung) sowie dem vom Land gezahlten durchschnittlichen Kindersonderbetrag für den Weihnachtsmonat (50,— DM).

Der so errechnete Jahresdurchschnittswert erhöht sich — wie bei den Beamten und Angestellten — um personalbezogene Sachausgaben von rd. 210,— DM.

Nach dem Änderungstarifvertrag Nr. 11 vom 22. März 1991 zum Tarifvertrag über das Lohngruppenverzeichnis zum MTL für Arbeiter der Länder (StAnz. 1991, S. 1290) werden die Lohngruppen mit arabischen Zahlen bezeichnet. Außerdem wurde ein Zeitaufstieg nach vierjähriger Tätigkeit in sogenannte Zwischenlohngruppen (1 a bis 8 a) eingeführt. Nach § 4 dieses Tarifvertrages wurden die Arbeiter aus den alten in die neuen Lohngruppen übergeleitet, so daß ein Vergleich der Tabellen 1991, 1992 und 1993 mit den Tabellen vergangener Jahre nicht ohne weiteres möglich ist.

2.2 Arbeitsplatzkosten

Die durchschnittlichen Arbeitsplatzkosten sind für das Jahr 1993 wieder dem vom Bund ermittelten Betrag in Höhe von

12 810,— DM

angepaßt und den Personalkosten nach Nr. 2.1 hinzugerechnet worden. In diesem Betrag sind die durchschnittlichen Kosten für einen Büroarbeitsplatz enthalten.

Dabei handelt es sich um die Raumkosten, um laufende Sachkosten, um die Kosten für die Büroausstattung (Abschreibung 12 Jahre) sowie um Investitionskosten (Kfz, Kopierer, Druckmaschinen, Telefonanlage, Informationstechnik).

Reisekosten sind in den Arbeitsplatzkosten nicht enthalten.

2.3 Indirekte Kosten

Als Abgeltung sogenannter indirekter Kosten (Kosten der Leitung, Aufsichtsbehörden und allgemeinen Dienste) ist ein Durchschnittswert von 15% der Personal-, Personalneben- und Arbeitsplatzkosten hinzugerechnet worden. Dieser Prozentsatz beruht auf einer Empfehlung des Arbeitskreises der Kostenrechtsreferenten von Bund und Ländern. In der Pauschale sind die Kosten für Hilfskräfte nicht enthalten.

1164

Durchführung des Hessischen Meldegesetzes (HMG);

hier: Scheinanmeldungen zur widerrechtlichen Erlangung von Aufenthaltserlaubnissen (Duldungen) und von Sozialleistungen

Gemeinsamer Erlaß

Es ist bekannt geworden, daß sich in einigen hessischen Gemeinden vorwiegend Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien bzw. dem sogenannten Restjugoslawien unter der Anschrift von Wohnungen und Hotels anmelden wollten und anmeldeten, in die sie nicht eingezogen sind. Das Motiv für diese Scheinanmeldungen dürfte die Erlangung von widerrechtlichen Aufenthaltserlaubnissen (Duldungen) und von Sozialleistungen sein. Der mißbräuchliche oder mehrfache Bezug von Sozialleistungen (Sozialhilfe und Wohngeld) wird unter anderem durch die Begründung von Scheinwohnungen oder durch die ungerechtfertigte Anmeldung mehrerer Hauptwohnungen ermöglicht. Im übrigen melden sich zum Teil auch Nichtseßhafte in mehreren Bundesländern an.

Es ist schwierig, dem mißbräuchlichen oder doppelten Bezug von Sozialleistungen auf die Spur zu kommen. Bei laufenden Leistungen führen nur Ermittlungen auf Grund eines konkreten Verdachts zum Nachweis. Um dem weiteren Mißbrauch vorzubeugen, werden die Meldebehörden im Einvernehmen mit dem Hessischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung auf folgendes hingewiesen:

1. Bestehen bei der Anmeldung Zweifel an der Richtigkeit der im Meldeschein gemachten Angaben, sollten sich die Meldebehörden von den tatsächlichen Verhältnissen überzeugen.

2. Der Verdacht auf Scheinmeldungen kann sich aus verschiedenen Umständen ergeben. Verdachtsmomente liegen z. B. vor, wenn die Wohnung von den angemeldeten Personen gar nicht bezogen werden kann oder die angemeldeten Personen die Wohnung tatsächlich nicht beziehen.
3. Nach § 19 HMG hat der Meldepflichtige der Meldebehörde auf Verlangen die zur ordnungsgemäßen Führung des Melderegisters erforderlichen Auskünfte zu erteilen, die zum Nachweis notwendigen Unterlagen vorzulegen und bei der Meldebehörde persönlich zu erscheinen. Zu den evtl. erforderlichen Unterlagen, die Klarheit über die Richtigkeit der Angaben erbringen sollen, zählen insbesondere Pässe, Geburts- oder Heiratsurkunden, notfalls auch ein Mietvertrag.
- In Zweifelsfällen oder bei Unklarheiten kann die Meldebehörde auch Auskünfte vom Wohnungsgeber oder dessen Beauftragten verlangen (§ 20 HMG). Die Meldebehörde sollte prüfen, ob die Angaben von Meldepflichtigen und Wohnungsgebern sich decken. Sie sollte auch die Möglichkeit einbeziehen, daß Meldewillige und Personen, die als Wohnungsgeber auftreten, möglicherweise in Betrugsabsicht zusammenwirken.

Es wird um Beachtung und etwaige Unterrichtung des Sozialamtes, der Ausländerbehörde und der Polizei gebeten.

Wiesbaden, 25. November 1993

Hessisches Ministerium des Innern
und für Europaangelegenheiten
III A 31 — 23 a 02

Hessisches Ministerium für
Frauen, Arbeit und Sozialordnung
IV B 1 A — 50 c 0241
— Gült.-Verz. 3119 —

StAnz. 50/1993 S. 3037

1165

Zulage für Beamte mit Aufgaben nach dem Asylverfahrensgesetz nach Vorbemerkung Nr. 8 d BBesO A und B

I.

Das Bundesministerium des Innern hat mit dem als Anlage abgedruckten Rundschreiben vom 3. November 1993 besoldungsrechtliche Durchführungshinweise zur Vorbemerkung Nr. 8 d BBesO A und B gegeben. Ich bitte um Beachtung.

II.

Die in der Anlage genannten Hinweise des Bundesministeriums des Innern vom 24. Mai 1993 habe ich als Anlage 2 zu meinem Rundschreiben vom 17. Juni 1993 (StAnz. S. 1618) bekanntgegeben.

Wiesbaden, 29. November 1993

Hessisches Ministerium des Innern
und für Europaangelegenheiten
I B 22 — P 1531 A — 2

StAnz. 50/1993 S. 3038

Bundesministerium des Innern
D II 4 — 221 421/20

Bonn, 3. November 1993

An die
obersten Bundesbehörden

nachrichtlich:

an die für das
Besoldungsrecht zuständigen
Minister/Senatoren der Länder

Betr.: Zulage für Beamte mit Aufgaben nach dem Asylverfahrensgesetz nach Vorbemerkung Nr. 8 d BBesO A und B

Bezug: 1. Mein Rundschreiben vom 24. Mai 1993
— D II 4 — M 221 140/25 —
2. Mein Schreiben vom 29. Juni 1993
— D II 4 — 221 421/20 —

Zur Durchführung der Vorbemerkung Nr. 8 d BBesO A und B gebe ich ergänzend zu meinem Rundschreiben vom 24. Mai 1993 — D II 4 — M 221 140/25 — folgende Hinweise:

Für eine zulageberechtigende Verwendung i. S. der Vorbemerkung Nr. 8 d Alternative 1 und 2 BBesO A und B ist allein die organisationsrechtliche Zuordnung zum Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge oder zu einer Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende maßgebend; der Beamte muß also an die betreffende Behörde abgeordnet, umgesetzt oder versetzt worden sein. Eine nur räumliche Verbindung zum Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge oder zu einer Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende begründet daher keinen Anspruch auf die Gewährung der Zulage nach Vorbemerkung Nr. 8 d BBesO A und B.

Auf die Anrechnungsvorschrift des § 42 Abs. 3 Satz 3 BBesG weise ich hin.

Im Auftrag
Dr. v. Z w e h l

1166

Ernennung der Kreis- und Stadtwahlleiter/der Stadtwahlleiterin für die Europawahl 1994, der Kreiswahlleiter für die Bundestagswahl 1994 und der Landtagswahl 1995 sowie der jeweiligen Stellvertreter

Gemäß §§ 4 und 5 Abs. 1 des Europawahlgesetzes (EuWG) vom 16. Juni 1978 (BGBl. I S. 709), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. November 1993 (BGBl. I S. 1863), § 9 Abs. 1 des Bundeswahlgesetzes (BWG) i. d. F. vom 23. Juni 1993 (BGBl. I S. 1288, ber. S. 1594), § 16 Abs. 1 des Landtagswahlgesetzes (LWG) i. d. F. vom 19. Februar 1990 (GVBl. I S. 58), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Mai 1992 (GVBl. I S. 170), und § 2 der Verordnung über die Zuständigkeit zur Bildung der Wahlorgane für die Wahl des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments vom 19. Dezember 1993 (GVBl. I S. 153), geändert durch Verordnung vom 18. Oktober 1988 (GVBl. I S. 347), habe ich zu Kreis- und Stadtwahlleitern/zur Stadtwahlleiterin für die Vierte Direktwahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments, zu Kreiswahlleitern für die Wahl zum 13. Deutschen Bundestag und zum 14. Hessischen Landtag sowie zu deren jeweiligen Stellvertretern ernannt:

Lde.a) EW, LK/krfr.St. Nr. b) BW, Wkrs. c) LW, Wkrs.	Kreis-/Stadt- wahlleiter/in Tel.-Nr.	Stellv.Kreis-/Stadt- wahlleiter Tel.-Nr.	Sachbearbeiter/in Tel.-Nr.	Stellv.Sachb. Tel.-Nr.	Anschrift	a) Telefax b) Telex (WL-Wahlleiter)
1 a) LK Kassel c) Wkrs. 1 und 2	Erster Kreisbeigeordneter Rainer Herbst 0 56 1 /1003-255/8	Regierungsrat Jürgen Sommer 0 56 1 / 1003-388/9	Oberinspektor Thomas Fingerling 0 56 1 /1003-392	Inspektorin z.A. Ilka Schneider 0 56 1 /1003-385	Postfach 102420 34024 Kassel	a) 0 56 1 /1003-518
2 a) Stadt Kassel b) Wkrs. 125 c) Wkrs. 3 und 4	Oberbürgermeister Georg Lewandowski 0 56 1 /787-3301	Magistratsoberrat Hans Xaver Ostertag 0 56 1 /787-2120	Amtmann Manfred Kimm 0 56 1 /787-2122	Amtsinspektor Werner Meinhardt 0 56 1 /787-2299	Untere Karlsstraße 8 34112 Kassel	a) 0 56 1 /787-2124 NL /787-2213 b) 992 272 StvKS d
3 a) LK Waldeck- Frankenberg b) Wkrs. 124 c) Wkrs. 5 und 6	Landrat Dr. Horst Bökeimeier 0 56 31/54-202	Regierungsdirektor Dr. Klaus Wendt 0 56 31/54-340	Oberamtsrat Karl Kesper 0 56 31/54-344	Amtfrau Sabine Saure 0 56 31/54-354	Südring 2 34497 Korbach	a) 0 56 31/54-543 b) 991163
4 a) Schwalm-Eder- Kreis b) Wkrs. 127 c) Wkrs. 7 und 8	Landrat Jürgen Hasheider 0 56 81/775-200	Regierungsdirektor Jochen Dörrbecker 0 56 81/775-410	Amtsrat Otto Zinn 0 56 81/775-412	Amtmann Heinfried Heß 0 56 81/775-414	Parkstraße 6 34576 Homberg (Efze)	a) 0 56 81/775-438 b) 991734 hrpd d (pd homberg)

Lde. a) EW, LK/Krfr.St. Nr. b) EW, Wkrs. c) LW, Wkrs.	Kreis-/Stadt- wahlleiter/in Tel.-Nr.	Stellv. Kreis-/Stadt- wahlleiter Tel.-Nr.	Sachbearbeiter/in Tel.-Nr.	Stellv. Sachb. Tel.-Nr.	Anschrift	a) Telefax b) Telex (WL=Wahlleiter)
5 a) Werra-Meißner- Kreis b) Wkrs. 126 c) Wkrs. 9	Landrat Dieter Brosey 0 56 51/302-215	Regierungsdirektor Dr. Peter Riebold 0 56 51/302-219	Amtmann Adolf Geyer 0 56 51/302-326	Oberinspektorin Andrea Möller 0 56 51/302-393	Schloßplatz 1 37269 Eschwege	a) 0 56 51/302-355 b) 993 193 lresw d
6 a) LK Hersfeld- Rotenburg b) Wkrs. 128 c) Wkrs. 10 und 11	Landrat Alfred Holzhauer 0 66 21/87-258	Regierungsdirektor Karl-Heinz Demling 0 66 21/87-318	Oberamtsrat Heinrich Schäfer 0 66 21/87-322	Oberinspektor Helmut Höhne 0 66 21/87-320	Friedloser Straße 12 36251 Bad Hersfeld	a) 0 66 21/87-244 b) 493336
7 a) LK Marburg-Bieden- kopf b) Wkrs. 129 c) Wkrs. 12 und 13	Landrat Dr. Kurt Kliem 0 64 21/405-200	Regierungsobererrat Hans-Jürgen Schäfer 0 64 21/405-520	Oberamtsrat Gerd-Jürgen Raach 0 64 21/405-523	Amtmann Hermann Koch 0 64 21/405-525	Im Lichtenholz 60 35043 Marburg	a) 0 64 21/405-500 b) 482351 NRPD-D (PD Marburg)
8 a) LK Fulda b) Wkrs. 132 c) Wkrs. 14 und 15	Landrat Fritz Kramer 0 66 1 /6006-200/1	Regierungsdirektor Matthias Drinnenberg 0 66 1 /6006-240	Amtsrat Bernhard Weber 0 66 1 /6006-237	Inspektor Norbert Huder 0 66 1 /6006-202	Wörthstraße 15 36037 Fulda	a) 0 66 1 /6006-449 b) 49816 fupd d (PD Fulda)
9 a) Lahn-Dill-Kreis b) Wkrs. 130 c) Wkrs. 16 und 17	Regierungsdirektor Hans-Otto Kneip 0 64 41/407-660	Amtsrat Ulrich Göbel 0 64 41/407-652	Oberinspektor Volker Herr 0 64 41/407-653	Amtsrat Ulrich Göbel 0 64 41/407-652	Eduard-Kaiser- Straße 38 35576 Wetzlar	a) 0 64 41/407-638 b) 4821502 (ldkwd)
10 a) LK Gießen b) Wkrs. 131 c) Wkrs. 18 und 19	Landrat Rüdiger Veit 0 64 1 /301-236	Erster Kreisbeigeordneter Wilfried Schmied 0 64 1 /301-536	Oberamtsrat Gustav Wilhelm 0 64 1 /9232-210	Amtsrat Harry Aigner 0 64 1 /9232-220	Ostanlage 33-45 35390 Gießen	a) 0 64 1 /9232-249 WL /33448 b) 4821530 kvgi d
11 a) Vogelsbergkreis c) Wkrs. 20	Landrat Hans-Ulrich Lipphardt Goldhög 20 36339 Lauterbach (Hessen) 0 66 41/85-320	Regierungsrat Siegfried Simon 0 66 41/85-527	Oberamtsrat Herbert Rheinländer 0 66 41/85-528	Amtmann Bernhard Linker 0 66 41/85-529	Bahnhofstraße 49 36339 Lauterbach (Hessen)	a) 0 66 41/85-825 WL /85-336
12 a) LK Limburg- Weilburg c) Wkrs. 21 und 22	Landrat Dr. Manfred Fluck 0 64 31/296-200	Regierungsobererrat Dr. Thomas Orth 0 64 31/296-431	Amtmann Michael Lohr 0 64 31/296-425	Amtsrat Peter Krick 0 64 31/296-403	Schiede 43 65549 Limburg a.d.Lahn	a) 0 64 31/296-414
13 a) Hochtaunuskreis b) Wkrs. 133 c) Wkrs. 23 und 24	Landrat Jürgen Banzer 0 61 72/178-200	Erster Kreisbeigeordneter Rainer Zulauf 0 61 72/178-490	Amtsrat Friedhelm Busch 0 61 72/178-481	Amtmann Wolfgang Koblitz 0 61 72/178-486	Louisenstraße 86/90 61348 Bad Homburg v.d.Höhe	a) 0 61 72/178-329
14 a) Wetteraukreis b) Wkrs. 134 c) Wkrs. 25 und 26	Landrat Rolf Gnadt Europaplatz 61169 Friedberg (Hessen) 0 60 31/83-200	Regierungsdirektor Ernst Weiß 0 60 31/699-120	Amtsrat Jochen Schneider 0 60 31/ 699-119	Amtfrau Erika Metz 0 60 31/699-118	Pfingstweide 7 61169 Friedberg (Hessen)	a) 0 60 31/699-110 WL /83-806 b) 6031 945 = WKF
15 a) Rheingau-Taunus- Kreis b) Wkrs. 135 c) Wkrs. 27 und 28	Regierungsdirektor Jürgen Sauer 0 61 24/89-421	Amtsrat Horst Hartenfels 0 61 24/89-428	Amtmann Peter Hölper 0 61 24/89-429	Amtsrat Horst Hartenfels 0 61 24/89-428	Heimbacher Straße 7 65307 Bad Schwalbach	a) 0 61 24/89-435
16 a) Stadt Wiesbaden b) Wkrs. 136 c) Wkrs. 29 bis 31	Stadtkämmerin Inge Vittoria 0 61 1 /31-2922/1	Stadtrat Wolfgang Hessenauer 0 61 1 /31-2169/70	Amtsrat Klaus Beierer 0 61 1 /31-2401	Amtsrat Klaus Beierer 0 61 1 /31-2401	Postfach 3920 65029 Wiesbaden	a) 0 61 1 /375375 WL /39568 st.WL /443428
17 a) Main-Taunus- Kreis c) Wkrs. 32 und 33	Landrat Jochen Riebel 0 61 92/201-200/1	Regierungsdirektor Harald Beye 0 61 92/201-290/1	Amtmann Dieter Bukatsch 0 61 92/201-281	Amtsrat Horst Hartenfels 0 61 24/89-428	Am Kreishaus 1-5 65719 Hofheim am Taunus	a) 0 61 92/201-722 b) 6192935 mtkhofh
18 a) Stadt Frankfurt b) Wkrs. 138 bis 140 c) Wkrs. 34 bis 39	Stadtrat Achim Vandreihe 0 69 /212-34235	Stadtkämmerer Thomas Koenigs 0 69 /212-33104	Oskar Rohde 069 /212-35151	Hans-Joachim Grochocki 069 /212-33673	Postfach 10 21 21 60275 Frankfurt am Main	a) 0 69 /212-40501 WL /212-37767 st.WL /212-30707 b) 413 064 stfh d
19 a) Main-Kinzig- Kreis b) Wkrs. 137 c) Wkrs. 40 bis 42	Regierungsdirektor Hans Seitz 0 61 81/292-575	Amtsrat Robert Rudel 0 61 81/292-573	Amtmann Herbert Steinbock 0 61 81/292-586	Amtmann Uwe Altner 0 61 81/292-586	Eugen-Kaiser-Straße 9 63450 Hanau	a) 0 61 81/87094 b) 4 184735
20 a) Stadt Offenbach b) Wkrs. 142 c) Wkrs. 43	Oberbürgermeister Gerhard Grandke 0 69 /8065-2100	Bürgermeister Klaus Bodensohn 0 69 /8065-2666	Verwaltungs- angestellte Beate Kolodziejzski 0 69 /8065-2761	Verwaltungs- angestellter Dieter Schwarzhaupt 0 69 /8065-2461	Berliner Straße 100 63012 Offenbach am Main	a) 0 69 /8065-3197 st.WL /8065-3250
21 a) LK Offenbach c) Wkrs. 44 bis 46	Landrat Josef Lach 0 69 /8068-200	Oberamtsrat Werner Pohlmann 0 69 /8068-360	Amtfrau Heike Weyell 0 69 /8068-260	Amtmann Karl-Heinrich Rechler 0 69 /8068-362	Berliner Straße 60 63065 Offenbach am Main	a) 0 69 /8068-381 b) 4189450
22 a) LK Groß-Gerau b) Wkrs. 141 c) Wkrs. 47 und 48	Landrat Enno Siehr 0 61 52/12-200	Regierungsdirektor Volker Münch 0 61 52/12-310	Amtsrat Dieter Barthel 0 61 52/12-315	Inspektorin z.A. Tanja Ripper 0 61 52/12-314	Wilhelm-Seipp-Str. 4 64521 Groß-Gerau	a) 0 61 52/52423 b) 4191 1115 gppd (PD Groß-Gerau)

Lde.a) EW, LK/krfr.St. Nr. b) BW, Wkrs. c) LW, Wkrs.	Kreis-/Stadt- wahlleiter/in Tel.-Nr.	Stellv.Kreis-/Stadt- wahlleiter Tel.-Nr.	Sachbearbeiter/in Tel.-Nr.	Stellv.Sachb. Tel.-Nr.	Anschrift	a) Telefax b) Tele- (Wahlleiter)
23 a) Stadt Darmstadt b) Wkrs. 143 c) Wkrs. 49 und 50	Oberbürgermeister Peter Benz Luisenplatz 5 64283 Darmstadt 0 61 51/13-2201	Bürgermeister Michael Siebert Luisenplatz 5 64283 Darmstadt 0 61 51/13-2301	Magistratsdirektor Walter Schwarz 0 61 51/13-3200		Luisenstraße 12 64283 Darmstadt	a) 0 61 51/13-3204 WG /13-2205 st.WG /13-2214 b) 4 197 127 stdd
24 a) LK Darmstadt- Dieburg c) Wkrs. 51 und 52	Landrat Dr. Hans-Joachim Klein 0 61 51/881-201	Oberamtsrat Helmut Meixner 0 61 51/881-429	Amtmann Hans-Jürgen Schmidt 0 61 51/881-433	Amtmann Roger Müller 0 61 51/881-430	Rheinstraße 65 64295 Darmstadt	a) 0 61 51/881-332 b) 419217 dadi
25 a) Odenwaldkreis b) Wkrs. 144 c) Wkrs. 53	Landrat Horst Schnur 0 60 62/70-200	Regierungsdirektor Dirk Gravert 0 60 62/70-251	Oberamtsrat Walter Müller 0 60 62/70-334	Amtfrau Dagmar Weidmann 0 60 62/70-286	Nichelstädter Straße 12 64711 Erbach	a) 0 60 62/70-390 WG /70-202 b) 4191628 erpd d
26 a) LK Bergstraße b) Wkrs. 145 c) Wkrs. 54 und 55	Regierungsdirektor Horst Mittmann 0 62 52/15-323	Oberamtsrat Peter Knöll 0 62 52/15-210	Inspektor z.A. Bernd Hofmann 0 62 52/15-229	Amtfrau Beate Schwarze 0 62 52/15-229	Ketteler Straße 18 64646 Heppenheim (Bergstraße)	a) 0 62 52/15-240 b) 468 374 PK Heppenheim
	Landrat Dr. Dietrich Kaßmann Gräffstraße 15 64646 Heppenheim (Bergstraße) 0 62 52/15-299	Regierungsdirektor Horst Mittmann 0 62 52/15-323	Inspektor z.A. Bernd Hofmann 0 62 52/15-229	Amtfrau Beate Schwarze 0 62 52/15-229	Ketteler Straße 18 64646 Heppenheim (Bergstraße)	a) 0 62 52/15-240 b) 468 374 PK Heppenheim

Diese Ernennungen gelten gemäß § 3 Abs. 2 der Europawahlordnung (EuWO) vom 27. Juli 1988 (BGBl. I S. 1453) und der Bundeswahlordnung (BWO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 7. Dezember 1989 (BGBl. 1990 I S. 1, ber. S. 142), zuletzt geändert durch Verordnung vom 9. Oktober 1990 (BGBl. I S. 2159), sowie § 19 Abs. 2 der Landeswahlordnung (LWO) i. d. F. vom 11. Oktober 1989 (GVBl. I S. 326, ber. S. 444) bis zum Ablauf der jeweiligen Wahlperiode.

Wiesbaden, 25. November 1993

Hessisches Ministerium des Innern
und für Europaangelegenheiten
II A 21 — 3 e 02/03 — 05

StAnz. 50/1993 S. 3038

HESSISCHES MINISTERIUM DER FINANZEN

1167

Abschluß von Miet-, Pacht- und ähnlichen Überlassungsverträgen über landeseigene Grundstücke;

hier: zusätzliche Vertragsbedingungen im Rahmen der Förderung sozialer Gemeinschaftseinrichtungen

Bezug: Mein Rundschreiben vom 8. November 1983 (StAnz. S. 2327)

Im Rahmen einer Förderung sozialer Gemeinschaftseinrichtungen müssen Zuwendungsempfänger bei Baumaßnahmen die Voraussetzungen von VV Nr. 1.5 zu § 44 LHO erfüllen. Befindet sich dabei das zu bebauende Grundstück im Eigentum einer Gebietskörperschaft, so muß der Zuwendungsempfänger im Besitz eines auf mindestens 25 Jahre abgeschlossenen Pachtvertrages sein (VV Nr. 1.5.2 zu § 44 LHO).

Ich bitte deshalb, in Betracht kommende Pachtverträge an landeseigenen Liegenschaften auf die Dauer von 25 Jahren abzuschließen.

Ist das Bauvorhaben kleineren Umfangs, so kann ein Nutzungsvertrag (z. B. Miet- oder Pachtvertrag) auch mit einer Laufzeit von nur 15 Jahren vereinbart werden (VV Nr. 1.5.3 zu § 44 LHO).

In die Verträge ist ein Kündigungsrecht des Landes für den Fall aufzunehmen, daß für die Kündigung ein dringendes Landesinteresse besteht. Ob die Voraussetzung für die Kündigung im Einzelfall gegeben ist, muß jeweils im Einvernehmen mit dem Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit entschieden werden.

Mein Schreiben vom 8. November 1983 (StAnz. S. 2327) tritt hiermit außer Kraft.

Wiesbaden, 12. November 1993

Hessisches Ministerium der Finanzen
VV 2740/VV 2742 — Allg. — IV A 5 a
— Gült.-Verz. 340, 44 —
StAnz. 50/1993 S. 3040

HESSISCHES KULTUSMINISTERIUM

1168

Genehmigung des Kirchensteuerbeschlusses der Alt-Katholischen Kirche in Hessen für das Kalenderjahr 1994

Gemäß § 7 des Gesetzes über die Erhebung von Steuern durch die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften im Lande Hessen (Kirchensteuergesetz) i. d. F. vom 12. Februar 1986, zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. November 1991 (GVBl. I S. 339), genehmige ich folgenden vom Landessynodalrat der Alt-Katholischen Kirche in Hessen am 20. November 1993 verabschiedeten Kirchensteuerbeschluss:

1. Im Kalenderjahr 1994 werden an Landeskirchensteuer als Zuschlag zur Einkommensteuer (Lohnsteuer) 9% erhoben.
2. Neben der Landeskirchensteuer wird von den Kirchensteuerpflichtigen, deren Ehegatten keiner steuerpflichtigen Kirche angehören, gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 5 des Kirchensteuergesetzes i. d. F. vom 12. Februar 1986, zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. November 1991, ein besonderes Kirchgeld (Kirchgeld in glaubensverschiedener Ehe) erhoben, dessen Höhe sich nach der Tabelle der Kirchensteuerordnung richtet.
3. Eine Landeskirchensteuer als Zuschlag zur Vermögensteuer wird nicht erhoben.

Wiesbaden, 24. November 1993

Hessisches Kultusministerium
VI A 6.1 — 873/6/4 — 8 — 38

StAnz. 50/1993 S. 3040

1169

HESSISCHES MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

Änderung der Anordnung über die Vertretung des Landes Hessen im Geschäftsbereich der Ministerin für Wissenschaft und Kunst mit Ausnahme des Hochschulbereichs

Bezug: Anordnung vom 5. April 1993 (StAnz. S. 1010)

- § 2 Abs. 2 und Abs. 3 der o. g. Anordnung werden gestrichen.
- Nach § 2 der o. g. Anordnung wird eingefügt:

„§ 3

Vertretung bei Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen aus übergegangenem Recht

(1) Die Geltendmachung eines durch gesetzlichen Forderungsübergang nach § 103 des Hessischen Beamtengesetzes oder nach § 4 des Lohnfortzahlungsgesetzes oder durch Abtretung nach § 38 des Bundesangestelltentarifvertrages oder § 43 des Manteltarifvertrages für Arbeiter der Länder auf das Land übergegangenen Schadenersatzanspruches, der der Beamtin oder dem Beamten bzw. der Arbeitnehmerin oder dem Arbeitnehmer infolge von Körperverletzung oder den Hinterbliebenen infolge von Tötung zusteht, behalte ich mir vor, soweit in Absatz 2 nichts anderes bestimmt ist. Über die durch einen Dritten verursachte Körperverletzung oder Tötung einer Beamtin oder eines Beamten bzw. einer Arbeitnehmerin oder eines Arbeitnehmers ist unverzüglich unter Schilderung des schädigenden Ereignisses mit Angaben über die Person des Schädigers zu berichten.

(2) Die Befugnis, das Land Hessen bei der Geltendmachung der in Absatz 1 genannten Ansprüche zu vertreten, übertrage ich für die Bereiche der Studienkollegs für ausländische Studierende in Frankfurt am Main und Darmstadt und für die Staatliche Büchereistelle in Darmstadt dem Regierungspräsidium Darmstadt sowie für den Bereich der Staatlichen Büchereistelle in Kassel dem Regierungspräsidium Kassel und der Leiterin oder dem Leiter des Landesamtes für Denkmalpflege Hessen. Bei Tötung der Beamtin oder des Beamten bzw. der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers ist mir innerhalb von sechs Monaten nach Eintritt des Todesfalles über den Stand des Verfahrens zu berichten. Der Abschluß eines gerichtlichen oder außergerichtlichen Vergleichs bedarf meiner vorherigen Zustimmung.“

- Die bisherigen §§ 3, 4, 5, 6 und 7 der o. g. Anordnung werden geändert in die §§ 4, 5, 6, 7 und 8.
- § 5 Abs. 2 Nr. 2 Buchst. a) der o. g. Anordnung erhält folgende Fassung:
„der Hessischen Staatsarchive Darmstadt und Marburg, des Hessischen Hauptstaatsarchivs Wiesbaden und der Archivschule Marburg.“
- Diese Änderung tritt am 1. Januar 1994 in Kraft.

Wiesbaden, 19. November 1993

Hessisches Ministerium für
Wissenschaft und Kunst
Z I 6.5 — 001/38 — 1
gez. Prof. Dr. Mayer
— Gült.-Verz. 132 —

StAnz. 50/1993 S. 3041

1170

Änderung der Anordnung über die Vertretung des Landes Hessen in den Zuständigkeitsbereichen der hessischen Hochschulen

Bezug: Anordnung vom 5. April 1993 (StAnz. S. 1011)

- § 2 Abs. 2 der o. g. Anordnung wird gestrichen.
- Nach § 2 der o. g. Anordnung wird eingefügt:

„§ 3

Vertretung bei Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen aus übergegangenem Recht

Die Befugnis, einen nach § 103 des Hessischen Beamtengesetzes oder nach § 4 des Lohnfortzahlungsgesetzes oder durch Abtretung nach § 38 des Bundesangestelltentarifvertrages oder § 43 des Manteltarifvertrages für Arbeiter der Länder auf das Land übergegangenen Schadenersatzanspruch geltend zu machen, der der Beamtin oder dem Beamten bzw. der Arbeitneh-

merin oder dem Arbeitnehmer infolge von Körperverletzung oder den Hinterbliebenen infolge von Tötung zusteht, übertrage ich den Präsidentinnen und Präsidenten der Universitäten sowie den Rektorinnen und Rektoren der Kunst- und Fachhochschulen für deren Zuständigkeitsbereiche. Bei Tötung der Beamtin oder des Beamten bzw. der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers ist mir innerhalb von sechs Monaten nach Eintritt des Todesfalles über den Stand des Verfahrens zu berichten. Der Abschluß eines gerichtlichen oder außergerichtlichen Vergleichs bedarf meiner vorherigen Zustimmung.“

- Die bisherigen §§ 3, 4, 5, 6 und 7 der o. g. Anordnung werden geändert in §§ 4, 5, 6, 7 und 8.
- Diese Änderung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

Wiesbaden, 19. November 1993

Hessisches Ministerium für
Wissenschaft und Kunst
Z I 6.5 — 001/38 — 1
gez. Prof. Dr. Mayer
— Gült.-Verz. 132 —

StAnz. 50/1993 S. 3041

1171

Änderung der Anordnung über Zuständigkeiten bei Abschluß, Änderung oder Beendigung von Arbeitsverträgen mit Angestellten sowie mit Arbeiterinnen und Arbeitern im Geschäftsbereich der Ministerin für Wissenschaft und Kunst

Bezug: Anordnung vom 2. Juli 1992 (StAnz. S. 1657)

- Abschnitt I Nr. 12 der o. g. Anordnung erhält folgende Fassung:
„bei Abschluß, Änderung oder Beendigung von Arbeitsverträgen mit Angestellten der Vergütungsgruppe X bis V c BAT den Leiterinnen und Leitern
der Hessischen Landes- und Hochschulbibliothek Darmstadt, der Hessischen Landesbibliotheken Wiesbaden und Fulda, des Hessischen Hauptstaatsarchivs Wiesbaden und der Hessischen Staatsarchive Darmstadt und Marburg, der Archivschule Marburg,
der Filmbewertungsstelle Wiesbaden.“
- Diese Änderung tritt am 1. Januar 1994 in Kraft.

Wiesbaden, 19. November 1993

Hessisches Ministerium für
Wissenschaft und Kunst
Z I 6.5 — 001/38 — 2
gez. Prof. Dr. Mayer
— Gült.-Verz. 3200 —

StAnz. 50/1993 S. 3041

1172

Verordnung über Entgelte für die Nutzung von Wohnheimplätzen des Studentenwerks Gießen vom 24. November 1993

Auf Grund des § 4 Abs. 4 des Gesetzes über die Studentenwerke bei den Hochschulen des Landes Hessen vom 21. März 1962 (GVBl. I S. 165, 427), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1988 (GVBl. I S. 419), wird verordnet:

§ 1

Die Nutzungsentgelte für Wohnheimplätze des Studentenwerks Gießen in dem Studentenwohnheim Leihgesterner Weg 140 werden wie folgt festgesetzt:

- 6 Wohnheimplätze in den Einzelzimmern Nr. 1, 5, 10, 11, 12 und 104 auf monatlich je 230,— DM Mietfestwert zuzüglich einer Vorauszahlung auf die Betriebskosten i. S. des § 27 der II. Berechnungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung in Höhe von monatlich je 125,— DM,

2. 6 Wohnheimplätze in den Einzelzimmern Nr. 103, 106, 107, 206, 201 und 202 auf monatlich je 210,— DM Mietfestwert zuzüglich einer Vorauszahlung auf die Betriebskosten i. S. des § 27 der II. Berechnungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung in Höhe von monatlich je 125,— DM,
3. 1 Wohnheimplatz in dem Einzelzimmer Nr. 2 auf monatlich 250,— DM Mietfestwert zuzüglich einer Vorauszahlung auf die Betriebskosten i. S. des § 27 der II. Berechnungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung in Höhe von monatlich 130,— DM,
4. 1 Wohnheimplatz in dem Einzelzimmer Nr. 7 auf monatlich 210,— DM Mietfestwert zuzüglich einer Vorauszahlung auf die Betriebskosten i. S. des § 27 der II. Berechnungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung in Höhe von monatlich 120,— DM,
5. 1 Wohnheimplatz in dem Einzelzimmer Nr. 8 auf monatlich 250,— DM Mietfestwert zuzüglich einer Vorauszahlung auf die Betriebskosten i. S. des § 27 der II. Berechnungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung in Höhe von monatlich 125,— DM,
6. 1 Wohnheimplatz in dem Einzelzimmer Nr. 102 auf monatlich 190,— DM Mietfestwert zuzüglich einer Vorauszahlung auf die Betriebskosten i. S. des § 27 der II. Berechnungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung in Höhe von monatlich 120,— DM,
7. 1 Wohnheimplatz in dem Einzelzimmer Nr. 205 auf monatlich 150,— DM Mietfestwert zuzüglich einer Vorauszahlung auf die Betriebskosten i. S. des § 27 der II. Berechnungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung in Höhe von monatlich 120,— DM,
8. 2 Wohnheimplätze in den Einzelzimmern Nr. 207 und 208 auf monatlich je 260,— DM Mietfestwert zuzüglich einer Vorauszahlung auf die Betriebskosten i. S. des § 27 der II. Berechnungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung in Höhe von monatlich je 130,— DM,
9. 1 Wohnheimplatz in dem Einzelzimmer Nr. 209 auf monatlich 230,— DM Mietfestwert zuzüglich einer Vorauszahlung auf die Betriebskosten i. S. des § 27 der II. Berechnungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung in Höhe von monatlich 130,— DM,
10. 10 Wohnheimplätze in den Doppelzimmern Nr. 3, 4, 101, 108 und 111 auf monatlich je 160,— DM Mietfestwert zuzüglich einer Vorauszahlung auf die Betriebskosten i. S. des § 27 der II. Berechnungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung in Höhe von monatlich je 100,— DM,
11. 4 Wohnheimplätze in den Doppelzimmern Nr. 203 und 204 auf monatlich je 160,— DM Mietfestwert zuzüglich einer Vorauszahlung auf die Betriebskosten i. S. des § 27 der II. Berechnungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung in Höhe von monatlich je 100,— DM, bei Nutzung als Einzelzimmer auf monatlich je 230,— DM Mietfestwert zuzüglich einer Vorauszahlung auf die Betriebskosten i. S. des § 27 der II. Berechnungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung in Höhe von monatlich je 130,— DM,
12. 8 Wohnheimplätze in den Doppelzimmern Nr. 6, 9, 105 und 110 auf monatlich je 170,— DM Mietfestwert zuzüglich einer Vorauszahlung auf die Betriebskosten i. S. des § 27 der II. Berechnungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung in Höhe von monatlich je 100,— DM und
13. 2 Wohnheimplätze in dem Doppelzimmer Nr. 109 auf monatlich je 180,— DM Mietfestwert zuzüglich einer Vorauszahlung auf die Betriebskosten i. S. des § 27 der II. Berechnungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung in Höhe von monatlich je 100,— DM.

§ 2

Über die Vorauszahlungen hat der Geschäftsführer des Studentenwerks Gießen abzurechnen. Der Geschäftsführer des Studentenwerks Gießen wird ermächtigt, die Höhe der Vorauszahlungen auf die Betriebskosten i. S. des § 27 der II. Berechnungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung entsprechend dem tatsächlichen Ergebnis des letzten vorausgegangenen Abrechnungszeitraums anzupassen.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Wiesbaden, 24. November 1993

**Hessisches Ministerium für
Wissenschaft und Kunst**
H II 4.1 — 436/20 (4) — 357
gez. Prof. Dr. Evelies Mayer
Staatsministerin
— Gült.-Verz. 7004 —
StAnz. 50/1993 S. 3041

1173

Verordnung über Entgelte für die Nutzung von Wohnheimplätzen des Studentenwerks Marburg vom 24. November 1993

Auf Grund des § 4 Abs. 4 des Gesetzes über die Studentenwerke bei den Hochschulen des Landes Hessen vom 21. März 1962 (GVBl. I S. 165, 427), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1988 (GVBl. I S. 419), wird verordnet:

§ 1

Die Nutzungsentgelte für Wohnheimplätze des Studentenwerks Marburg in dem Studentenwohnheim Wehrda werden nach Anhörung des Vorstandes und des Geschäftsführers des Studentenwerks Marburg wie folgt festgesetzt:

1. 256 Wohnheimplätze in Einzelzimmern auf monatlich je 139,— DM Mietfestwert zuzüglich einer Vorauszahlung auf die Betriebskosten i. S. des § 27 der II. Berechnungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung in Höhe von monatlich je 133,— DM und
2. 2 Wohnheimplätze im Doppelzimmer auf monatlich je 112,— DM Mietfestwert zuzüglich einer Vorauszahlung auf die Betriebskosten i. S. des § 27 der II. Berechnungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung in Höhe von monatlich je 108,— DM.

§ 2

Über die Vorauszahlungen hat der Geschäftsführer des Studentenwerks Marburg abzurechnen. Der Geschäftsführer des Studentenwerks Marburg wird ermächtigt, die Höhe der Vorauszahlungen auf die Betriebskosten i. S. des § 27 der II. Berechnungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung entsprechend dem tatsächlichen Ergebnis des letzten vorausgegangenen Abrechnungszeitraums anzupassen.

§ 3

§ 1 Nr. 15 und Nr. 16 der Verordnung über Entgelte für die Nutzung von Wohnheimplätzen des Studentenwerks Marburg vom 26. März 1992 (StAnz. S. 923) werden aufgehoben.

§ 4

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Wiesbaden, 24. November 1993

**Hessisches Ministerium für
Wissenschaft und Kunst**
H II 4.1 — 436/18 (4)
gez. Prof. Dr. Evelies Mayer
Staatsministerin
— Gült.-Verz. 7004 —

StAnz. 50/1993 S. 3042

1174

Eingliederung des Saalburgmuseums in die Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten

Mit Wirkung zum 1. Januar 1994 wird das Saalburgmuseum als Fachgebiet in die Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten eingegliedert. Der Leiterin oder dem Leiter des für das Saalburgmuseum zuständigen Fachgebietes der Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten ist in fachlichen Angelegenheiten die Selbständigkeit des Handelns zu belassen.

Wiesbaden, 23. November 1993

**Hessisches Ministerium für
Wissenschaft und Kunst**
Z I 6 — 001/100 — 41

StAnz. 50/1993 S. 3042

1175

Erwerb von Bodenfunden und Antiquitäten mit ungesicherter Provenienz durch staatliche Sammlungen

Raubgräber richten in großem Umfang Schaden an Bodendenkmälern an, indem sie in erheblichem Umfang Befunde zerwühlen, um einige wenige Funde zu bergen. Insbesondere seit dem Aufkommen von Metallsuchgeräten hat dies zu schlimmen Auswüchsen geführt. Die dadurch verursachte Bedrohung des Bestandes der Bodendenkmäler wird nicht zuletzt dadurch verursacht, daß es einen

Markt für solche Fundstücke gibt, auf dem Raubgräber ihre Funde verkaufen können. Ziel muß es daher sein, diese Nachfrage so weitgehend wie möglich zu begrenzen.

Bodenfunde, deren Herkunft unklar ist, oder bei denen die Herkunft nicht sicher nachgeprüft werden kann, sind in wissenschaftlicher Hinsicht weitgehend wertlos. Hinzu kommt, daß der Verdacht besteht, daß in großem Umfang Fundortangaben gefälscht werden, um Funde für Aufkäufer, die sich nur für Fundstücke einer bestimmten Region interessieren, attraktiv zu machen.

Abgesehen von der Bedrohung für die Bodendenkmäler durch den Markt schwarz ergrabener Fundgegenstände können sich auch erhebliche zivil- und strafrechtliche Konsequenzen beim Erwerb

von Funden ergeben, deren Herkunft sich nicht eindeutig zurückverfolgen läßt.

Ich ordne deshalb an, daß Bodenfunde und Antiquitäten, für die kein einwandfreier Nachweis der Herkunft erbracht werden kann, nur mit Zustimmung des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst für die Sammlungen erworben werden dürfen.

Wiesbaden, 19. November 1993

**Hessisches Ministerium für
Wissenschaft und Kunst**
K II 3 — 781/15.3 — 18
— Gült.-Verz. 76 —

StAnz. 50/1993 S. 3042

**HESSISCHES MINISTERIUM
FÜR UMWELT, ENERGIE UND BUNDESANGELEGENHEITEN**

1176

**Immissionsschutz —
Bundeseinheitliche Praxis bei der Überwachung der Emissionen und der Immissionen;**

hier: Richtlinien über die Eignungsprüfung, den Einbau, die Kalibrierung und die Wartung von Meßeinrichtungen für kontinuierliche Emissionsmessungen

Bezug: Erlaß vom 25. Juli 1990 (StAnz. S. 1799)

Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) hat die mit Bezugerlaß in Hessen veröffentlichten Richtlinien über die Eignungsprüfung, den Einbau, die Kalibrierung und die Wartung von Meßeinrichtungen für kontinuierliche Emissionsmessungen vom 1. März 1990 mit Rundschreiben vom 1. April 1992 ergänzt.

Die Veröffentlichung erfolgte im GMBL 1992 S. 377. Um Kenntnisnahme und Beachtung wird gebeten.

Wiesbaden, 11. November 1993

**Hessisches Ministerium für Umwelt,
Energie und Bundesangelegenheiten**
II B 21 — 53 e 483 — 2124/93
StAnz. 50/1993 S. 3043

1177

**Immissionsschutz;
Bundeseinheitliche Praxis bei der Überwachung der Emissionen und der Immissionen;**

hier: Eignungsbekanntgabe von Meßeinrichtungen

Bezug: Erlasse vom 25. Juli 1990 (StAnz. S. 1848), 14. März 1991 (StAnz. S. 872) und 31. Januar 1992 (StAnz. S. 501)

Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) hat nach Abstimmung mit den für Immissionsschutz zuständigen obersten Landesbehörden weitere

- geeignete Meßeinrichtungen zur kontinuierlichen Überwachung der Emissionen,
 - kontinuierliche Meßeinrichtungen zur Überwachung von Bezugsgrößen,
 - geeignete elektronische Systeme zur Auswertung kontinuierlicher Emissionsmessungen,
 - geeignete Meßgeräte zur kontinuierlichen Überwachung der Immissionen
- bekanntgegeben.

Die Bekanntgaben erfolgten durch den BMU mit den folgenden Rundschreiben und sind im Gemeinsamen Ministerialblatt veröffentlicht:

Rundschreiben vom 1. Juli 1992 — IG I3 — 51134/2 — GMBL S. 794, Rundschreiben vom 28. Oktober 1992 — IG I3 — 51134/2 — GMBL S. 1140,
Rundschreiben vom 2. Juni 1993 — IG I3 — 51134/2 — GMBL S. 467.

Um Kenntnisnahme und Beachtung wird gebeten.

Wiesbaden, 11. November 1993

**Hessisches Ministerium für Umwelt,
Energie und Bundesangelegenheiten**
II B 21 — 53 e 483 — 2124/93
StAnz. 50/1993 S. 3043

1178

Immissionsschutz;

hier: Bekanntgabe der als geeignet befundenen Meßgeräte nach der Verordnung über Kleinf Feuerungsanlagen (1. BImSchV), i. d. F. vom 15. Juli 1988 (BGBl. I S. 1059)

Bezug: Erlasse vom 3. September 1987 (StAnz. S. 1917), 8. Dezember 1988 (StAnz. 1989 S. 274), 28. Oktober 1991 (StAnz. S. 2604) und 31. Januar 1992 (StAnz. S. 501)

Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) hat nach Abstimmung mit den für Immissionsschutz zuständigen obersten Landesbehörden weitere als geeignet befundene Meßgeräte in 1992 und 1993 bekanntgegeben.

Die Bekanntmachungen der Meßgeräte sind vom BMU mit den folgenden Rundschreiben erfolgt und im Gemeinsamen Ministerialblatt veröffentlicht:

Rundschreiben vom 1. Juli 1992 — IG I2 — 51134/2 — GMBL S. 793, Rundschreiben vom 12. Oktober 1992 — GMBL S. 1137, Rundschreiben vom 1. Juni 1993 — IG I3 — 51134/1 — GMBL S. 467.

Um Kenntnisnahme und Beachtung wird gebeten.

Wiesbaden, 11. November 1993

**Hessisches Ministerium für Umwelt,
Energie und Bundesangelegenheiten**
II B 21 — 53 e 483 — 2124/93
StAnz. 50/1993 S. 3043

1179

HESSISCHES MINISTERIUM FÜR JUGEND, FAMILIE UND GESUNDHEIT

Zentrales Förderungswesen;

hier: Vorläufige Richtlinien für die Förderung von Werkstattprojekten (Werkstattprogramm) vom 19. November 1993

Bezug: Erlaß vom 4. November 1985 (StAnz. S. 211)

Nachstehend werden die vorerwähnten Richtlinien bekanntgegeben.

Wiesbaden, 19. November 1993

**Hessisches Ministerium für
Jugend, Familie und Gesundheit**
StS — II D 5 — 52 j 14/
I B 5 — 93 c — 26
— Gült.-Verz. 340 —
StAnz. 50/1993 S. 3044

Vorläufige Richtlinien für die Förderung von Werkstattprojekten (Werkstattprogramm) vom 19. November 1993

Inhalt

0 Allgemeines

- 1 Ziel und Gegenstand der Förderung
- 2 Umfang der Förderung
- 3 Allgemeine Voraussetzungen der Förderung
- 4 Antrag
- 5 Bewilligung, Auszahlung
- 6 Verwendungsnachweis
- 7 Schlußbestimmungen

0 Allgemeines

Für die Förderung innerhalb des Werkstattprogramms gelten

- 0.1 das Haushaltsgesetz,
- 0.2 die Landeshaushaltsordnung (LHO),
- 0.3 — soweit in diesen Richtlinien keine abweichenden Regelungen getroffen sind — die Vorläufigen Verwaltungsvorschriften zu §§ 23 und 44 LHO mit den dazugehörigen Anlagen,
- 0.4 die Allgemeinen Zinsvorschriften (Zinsanweisung — ZinsA) — Anlage 4 zu den VV zu § 70 LHO.

1 Ziel und Gegenstand der Förderung

- 1.1 Das Werkstattprogramm dient dem Zweck, die öffentlichen und freien Träger bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach § 13 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) und § 19 des Ausführungsgesetzes zum Kinder- und Jugendhilfegesetz (AG KJHG) zu unterstützen und zu fördern. Es ist Ziel der Förderung, jungen Menschen bis 27 Jahre sozialpädagogische Hilfen bei der Eingliederung ins berufliche Leben zu geben, ihre Arbeitsbereitschaft zu erhalten und zu festigen und durch gezielte Qualifizierung die Vermittlungsfähigkeit in reguläre Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu verbessern und ihre soziale Integration zu fördern. Dabei sind die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen zu berücksichtigen mit dem Ziel der Gleichbewertung und Gleichstellung beider Geschlechter im gesellschaftlichen und beruflichen Leben (§ 9 Ziff. 3 KJHG, §§ 18, 24 AG KJHG). Die Plätze des Programms sollen je zur Hälfte Mädchen und Jungen zugute kommen.
- 1.2 Gegenstand der Förderung sind Maßnahmen, die Angebote beinhalten wie
 - 1.2.1 praktische Arbeit in Werkstätten in Kooperation mit Maßnahmen der Jugend-, Sozial- und Arbeitsämter,
 - 1.2.2 individuelle Angebote,
 - 1.2.3 Kurse und Seminare in Probierwerkstätten,
 - 1.2.4 allgemeine und fachliche Bildungsangebote,
 - 1.2.5 sozialpädagogische Betreuung.
 Bei der Gestaltung der Projekte sind weibliche Lebensentwürfe zu berücksichtigen.
- 1.3 Im einzelnen sind förderungsfähig
 - 1.3.1 berufsvorbereitende und -orientierte Maßnahmen, z. B. Probierwerkstätten, innerhalb derer frühzeitig die Möglichkeit geboten wird, verschiedene Arbeitsbereiche zur Er-

weiterung des Berufswahlspektrums kennenzulernen und Grundqualifikationen zu erwerben,

- 1.3.2 Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, bei denen sozialrechtlich abgesichert die Wiedereingliederung ins Erwerbsleben erleichtert sowie soziale und berufliche Kompetenz erworben werden soll.

2 Umfang der Förderung

- 2.1 Die Zuwendung (Anteilfinanzierung) beträgt je Projekt in der Regel bis zu 50 v. H. der zuwendungsfähigen Kosten, jedoch höchstens
 - 2.1.1 bei berufsvorbereitenden und -orientierenden Maßnahmen bis zu 60 000,— DM,
 - 2.1.2 bei Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen bis zu 60 000,— DM bei bis zu zehn regelmäßig beschäftigten jungen Menschen,
70 000,— DM bei bis zu 20 regelmäßig beschäftigten jungen Menschen,
80 000,— DM bei bis zu 30 regelmäßig beschäftigten jungen Menschen.

2.2 Zuwendungsfähig und entsprechend nachzuweisen sind Aufwendungen für

- 2.2.1 Personalausgaben; im einzelnen sind abrechnungsfähig
 - Honorare für Mitarbeiter,
 - Aufwendungen zur Durchführung von Maßnahmen der Arbeitsverwaltung,
 - Zahlungen an beschäftigte Jugendliche,
- 2.2.2 Sachausgaben; im einzelnen sind abrechnungsfähig
 - Mieten,
 - Bewirtschaftungskosten (z. B. Wasser, Licht und Heizung),
 - Allgemeine Verwaltungskosten wie Telefon, Porto, Zeitschriften usw.,
 - Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände (Beschaffungskosten je Gegenstand bis zu 2 000,— DM),
 - Unterhaltung der Räume, Anlagen, Geräte und Fahrzeuge,
 - Verbrauchsmaterial für den Werkstattbereich,
- 2.2.3 Veranstaltungen im Bildungsbereich.
- 2.3 Neben der Förderung nach Nr. 2.1 kann für die Laufzeit und aus Mitteln des Hessen-Strukturprogramms eine Zuwendung (Anteilfinanzierung) in der Regel bis zu 50 v. H. der zuwendungsfähigen Kosten, jedoch höchstens bis zu 12 000,— DM je neugeschaffenem Beschäftigungsplatz gewährt werden.
Zuwendungsfähige Kosten sind hierbei neben den Aufwendungen nach Nr. 2.2 auch die Aufwendungen für Fachanleiter und sozialpädagogische Fachkräfte, wobei je zehn geförderte Beschäftigungsplätze bis zu 1,5 Stellen mitfinanziert werden können.

3 Allgemeine Voraussetzungen der Förderung

- 3.1 Eine Zuwendung wird nur gewährt, wenn
 - 3.1.1 es sich ausschließlich um ein Projekt im Rahmen der Jugendhilfe handelt,
 - 3.1.2 eine Kooperation mit einer förderungsfähigen Beratungsstelle besteht,
 - 3.1.3 mehr als fünf Jugendliche beschäftigt werden,
 - 3.1.4 bei Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen die Beschäftigungszeit je Jugendlicher/m mindestens 15 Wochenstunden beträgt.
- 3.2 Die Träger sind verpflichtet, ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den geförderten Projekten zum regelmäßigen Erfahrungsaustausch zu entsenden, der vom Landesjugendamt veranstaltet wird.

4 Antrag

- 4.1 Der Antrag ist bis zum 15. Januar über das Jugendamt (Stellungnahme) beim Landesjugendamt einzureichen (einfache Ausfertigung).

- 4.2 Das Landesjugendamt prüft die Anträge und berichtet dem Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit über die Antragslage. 6.3
- 5 **Bewilligung, Auszahlung**
Die Zuwendung wird nach Entscheidung durch das Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit vom Landesjugendamt bewilligt und in einem Betrag ausgezahlt. 7
- 6 **Verwendungsnachweis**
6.1 Der Verwendungsnachweis ist bis zum 1. März des folgenden Haushaltsjahres beim Landesjugendamt in zweifacher Ausfertigung einzureichen (VV-Muster 6.42). 7.1
- 6.2 Der Sachbericht des Verwendungsnachweises soll auch Aufschluß darüber geben, in wievielen Fällen nach Abschluß der geförderten Maßnahme eine Eingliederung in Ausbildung, Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen sowie in eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt stattgefunden hat. 7.2
- 6.3 Das Landesjugendamt prüft den Verwendungsnachweis. 7.3
- 7 **Schlußbestimmungen**
7.1 Diese Richtlinien ergehen im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen, dem Ministerium des Innern und für Europaangelegenheiten, dem Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung und — bezüglich Nr. 6 — dem Rechnungshof. 7.4
- 7.2 Sie gelten mit Wirkung vom 1. Juli 1993.
- 7.3 Die Förderungsdauer für Maßnahmen nach Nr. 2.3 beginnt am 1. Juli 1993 und endet am 31. Dezember 1996.
- 7.4 Die Vorläufigen Grundsätze zur Förderung von Werkstattprojekten vom 4. November 1985 werden mit Wirkung vom 1. Juli 1993 aufgehoben.

1180

Genehmigte Pflegesätze der Krankenhäuser in Hessen 1993

Bis zum Stichtag 30. September 1993 sind von dem für die Genehmigung der Krankenhauspflegesätze zuständigen Hessischen Landesamt für Versorgung und Soziales nachstehende Pflegesätze genehmigt worden.

Genehmigte Pflegesätze der Krankenhäuser in Hessen

Stand: 1. Oktober 1993

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BPfIV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BPfIV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BPfIV (DM)	Sonderentgelte § 6 BPfIV § 21 Fallpauschale (DM)
Stadt Kassel	Städtische Kliniken	1. 10.— 31. 12. 1993	§ 5 (1) 651,28 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 618,72	§ 5 (2) Nr. 1 427,26 § 5 (2) Nr. 1 § 5 (3) i. V. m. § 8 Satz 1 405,90 § 5 (2) Nr. 5 735,61 § 5 (2) Nr. 5 i. V. m. § 8 Satz 1 698,83 § 5 (2) Nr. 7 693,41 § 5 (2) Nr. 7 i. V. m. § 8 Satz 1 658,74 § 5 (2) Nr. 8 329,30 § 5 (2) Nr. 8 i. V. m. § 8 Satz 1 312,84 § 5 (2) 488,25 § 5 (2) i. V. m. § 8 Satz 1 463,84	§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 874,75	§ 6 (1) Nr. 12 i. V. m. § 6 Abs. 3 5 084,87 § 6 (1) Nr. 12 i. V. m. § 6 Abs. 3 i. V. m. § 8 Satz 1 4 830,63 § 6 (1) Nr. 12 i. V. m. § 6 Abs. 3 3 689,29 § 6 (1) Nr. 12 i. V. m. § 6 Abs. 3 i. V. m. § 8 Satz 1 3 504,83 § 6 (1) Nr. 12 i. V. m. § 6 Abs. 3 9 451,13 § 6 (1) Nr. 12 i. V. m. § 6 Abs. 3 i. V. m. § 8 Satz 1 8 978,57 § 6 (1) Nr. 11 i. V. m. § 6 Abs. 3 6 051,60 § 6 (1) Nr. 11 i. V. m. § 6 Abs. 3 i. V. m. § 8 Satz 1 5 749,02 § 6 (1) Nr. 13 5 486,83 § 6 (1) Nr. 13 i. V. m. § 6 Abs. 3 i. V. m. § 8 Satz 1 5 212,49 § 6 (1) Nr. 14 i. V. m. § 6 Abs. 3 4 266,37

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BPfIV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BPfIV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BPfIV (DM)	Sonderentgelte § 6 BPfIV § 21 Fallpauschale (DM)
noch Stadt Kassel	noch Städtische Kliniken					§ 6 (1) Nr. 14 i. V. m. § 6 Abs. 3 i. V. m. § 8 Satz 1 4 053,05 § 6 (1) Nr. 10 i. V. m. § 6 Abs. 3 700,85 § 6 (1) Nr. 10 i. V. m. § 6 Abs. 3 i. V. m. § 8 Satz 1 665,81 § 6 (1) Nr. 11 i. V. m. § 6 Abs. 3 13 419,33 je Leistung § 21 2 355,95 § 21 i. V. m. § 8 Satz 1 2 238,15 je Fall
	Rotes Kreuz Krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 368,05 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 349,65			
	Elisabeth- Krankenhaus	1. 1. 1993 31. 12. 1993	§ 5 (1) 432,36 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 410,74			
	Kurhessisches Diakonissen- Krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 407,79 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 387,40	§ 5 (2) 537,16 § 5 (2) i. V. m. § 8 Satz 1 510,30		
	Burgfeld- Krankenhaus	1. 8. 1993 31. 12. 1993	§ 5 (1) 354,65 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 336,92			§ 6 (1) Nr. 11 5 885,— je Leistung
	Marien- Krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 337,41 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 320,54			
	Frauenklinik Dr. Koch	1. 9. 1993 31. 12. 1993	§ 5 (1) 402,66			
	Kinderkranken- haus Park Schönfeld	1. 1. 1993	§ 5 (1) 446,51 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 424,18			
	Orthopädische Klinik	1. 9. 1993 31. 12. 1993	§ 5 (1) 396,86 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 377,02			§ 6 (1) Nr. 12 2 530,77 § 6 (1) Nr. 12 i. V. m. § 8 Satz 1 2 404,23 § 6 (1) Nr. 12 5 152,32 § 6 (1) Nr. 12 4 894,70 § 6 (1) Nr. 12 2 066,63 § 6 (1) Nr. 12 i. V. m. § 8 Satz 1 1 963,30 je Leistung
	Paracelsus- Elena-Klinik	1. 1. 1993	§ 5 (1) 229,44			

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BPfIV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BPfIV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BPfIV (DM)	Sonderentgelte § 6 BPfIV § 21 Fallpauschale (DM)
noch Stadt Kassel	Klinik für Kinder- und Jugend- psychiatrie	1. 5.—31. 12. 1991	§ 5 (1) 456,50 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 433,68		§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 319,59	
		1. 8.—31. 12. 1991			§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 i. V. m. § 8 Satz 1 303,61	
Landkreis Kassel	Kreiskranken- haus, Hofgeismar	1. 9. 1993	§ 5 (1) 530,96			
		31. 12. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 504,41			
	Kreiskranken- haus, Wolfhagen	1. 9. 1993	§ 5 (1) 422,25			
		31. 12. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 401,14			
	Evangelisches Krankenhaus Gesundbrunnen, Hofgeismar	1. 1. 1993	§ 5 (1) 276,31 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 262,49			
		1. 5.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 381,10 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 362,05			
	Klinik und Reha- bilitations- zentrum Lippolds- berg-Wahlsburg	1. 1. 1993	§ 5 (1) 269,42			
		1. 10. 1993 31. 12. 1993	§ 5 (1) 551,93 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 524,33			
	Diabetesambulanz Dr. Blackert, Vellmar					
	Fachklinik für Lungenerkran- kungen, Immen- hausen	1. 1. 1993	§ 5 (2) 276,60 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 262,77			
Fachklinik Fürstenwald	1. 3.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 148,09				
Psychiatrisches Krankenhaus, Merxhausen	1. 1. 1993	§ 5 (1) 293,24			§ 5 (3) i. V. m. § 5 (1) 174,04 § 5 (3) i. V. m. § 5 (1) 196,—	
Landkreis Hersfeld- Rotenburg	Kreiskranken- haus, Rotenburg a. d. Fulda	1. 9.—31. 12. 1993	§ 5 (1) 389,18 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 369,72			§ 6 (1) Nr. 11 5 802,94 § 6 (1) Nr. 12 2 608,33 je Leistung
		1. 1. 1993	§ 5 (1) 435,89			
	St.-Elisabeth- Krankenhaus, Bad Hersfeld	1. 1. 1993	§ 5 (1) 216,20			
	Vitalisklinik, Bad Hersfeld	1. 1. 1993	§ 5 (1) 286,34 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 272,02			

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BPflV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BPflV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BPflV (DM)	Sonderentgelte § 6 BPflV § 21 Fallpauschale (DM)
noch Landkreis Hersfeld- Rotenburg	Herz- und Kreis- laufzentrum, Rotenburg a. d. Fulda	1. 1. 1993	§ 5 (1) 347,82 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 330,43			§ 6 (1) Nr. 13 6 849,50 § 6 (1) Nr. 13 i. V. m. § 8 Satz 1 6 507,03 § 6 (1) Nr. 13 5 150,— § 6 (1) Nr. 13 i. V. m. § 8 Satz 1 4 892,50 je Leistung § 21 21 015,09 § 21 i. V. m. § 8 Satz 1 19 964,34 § 21 14 548,75 § 21 i. V. m. § 8 Satz 1 13 821,31 je Fall
	Psychiatrisches Krankenhaus, Bad Hersfeld	1. 1. 1993	§ 5 (1) 340,07 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 323,07		§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 191,13 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 i. V. m. § 8 Satz 1 181,57	
Schwalm-Eder- Kreis	Kreiskranken- haus, Homberg (Efze)	1. 1. 1993	§ 5 (1) 384,59 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 365,36			
	Kreiskranken- haus, Melsungen	1. 1. 1993	§ 5 (1) 405,44 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 385,17			§ 6 (1) Nr. 11 5 356,— je Leistung
	Kreiskranken- haus, Schwalm- stadt-Ziegen- hain	1. 1. 1993	§ 5 (1) 383,34 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 364,17			§ 6 (1) Nr. 11 6 283,— § 6 (1) Nr. 12 2 833,— § 6 (1) Nr. 12 3 805,— § 6 (1) Nr. 12 4 326,— § 6 (1) Nr. 12 8 034,—
	Kreiskranken- haus, Schwalm- stadt (Nachsorge- klinik)	1. 1. 1993		§ 5 (2) Nr. 10 234,80 § 5 (2) Nr. 10 i. V. m. § 8 Satz 1 223,06		
	Hospital zum Heiligen Geist, Fritzlar	1. 1. 1993	§ 5 (1) 374,34 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 355,62			
	Lindenberg- Klinik Dr. Wittich, Melsungen	1. 1. 1993	§ 5 (1) 255,13 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 242,37			
	Hessisches Dia- konie-Zentrum Hephata, Schwalmstadt	1. 1. 1993	§ 5 (1) 346,36 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 329,04			
	Neurologische Akutklinik, Bad Zwesten	1. 1. 1993	§ 5 (1) 375,43 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 356,66 § 16 (7) 187,72			

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BPflV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BPflV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BPflV (DM)	Sonderentgelte § 6 BPflV (DM) § 21 Fallpauschale
Landkreis Waldeck-Frankenberg	Stadtkrankenhaus, Arolsen	1. 1. 1993	§ 5 (1) 358,41 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 340,49			§ 6 (1) Nr. 12 2 369,— § 6 (1) Nr. 12 3 502,—
	Stadtkrankenhaus, Korbach	1. 1. 1993	§ 5 (1) 383,10 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 363,95			
	Stadtkrankenhaus, Bad Wildungen	1. 1. 1993	§ 5 (1) 374,40 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 355,68	§ 5 (2) Nr. 6 899,94	§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 525,72	
	St.-Liborius-Krankenhaus, Bad Wildungen	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 249,40			
	Kreiskrankenhaus, Frankenberg (Eder)	1. 8.— 31. 12. 1993	§ 5 (1) 392,36			§ 6 (1) Nr. 12 3 502,— § 6 (1) Nr. 12 2 369,— § 6 (1) Nr. 12 7 776,— § 6 (1) Nr. 12 2 575,— je Leistung
	St.-Elisabeth-Krankenhaus, Volkmarsen	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 240,12			§ 6 (1) Nr. 11 6 180,— je Leistung
	Werner Wicker KG, Department I, Bad Wildungen	1. 1. 1993	§ 5 (1) 740,29 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 703,28 § 16 (7) 370,15			§ 6 (1) Nr. 11 12 875,— § 6 (1) Nr. 11 14 111,— § 6 (1) Nr. 11 13 390,— § 6 (1) Nr. 11 17 716,— § 6 (1) Nr. 11 69 268,— § 6 (1) Nr. 11 53 560,— je Leistung
	Werner Wicker KG, Department II, Bad Wildungen	1. 1. 1993	§ 5 (1) 491,13 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 466,57 § 16 (7) 245,57			
	Klinik Glückauf Dr. Schultheiß, Bad Wildungen	1. 11. 1991 bis 31. 12. 1992	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 94,01			
	Psychiatrisches Krankenhaus Haina, Haina (Kloster)	1. 7.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 292,10 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 277,50			
Werra-Meißner-Kreis	Kreiskrankenhaus, Eschwege	1. 1. 1993	§ 5 (1) 356,47 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 338,65			§ 6 (1) Nr. 11 6 065,— je Leistung
	Kreis- und Stadtkrankenhaus, Witzenhausen	1. 10.— 31. 12. 1993	§ 5 (1) 583,41 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 554,24			
	Krankenhaus Fürstenhagen, Hessisch Lichtenau	1. 9.—31. 12. 1993	§ 5 (1) 758,69			
	Orthopädische Klinik Lichtenau, Hessisch Lichtenau	1. 1. 1993	§ 5 (1) 313,05 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 297,40			§ 6 (1) Nr. 12 3 296,— § 6 (1) Nr. 12 1 250,42 § 6 (1) Nr. 12 5 383,81 je Leistung

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BPflV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BPflV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BPflV (DM)	Sonderentgelte § 6 BPflV § 21 Fallpauschale (DM)
noch Werra-Meißner- Kreis	Orthopädische Klinik Lichtenau, für Querschnitt- gelähmte, Hessisch Lichtenau	1. 1. 1993		§ 5 (2) Nr. 2 592,02 § 5 (2) Nr. 2 i. V. m. § 8 Satz 1 562,43 § 16 (7) 296,02		
	Psychiatrisches Krankenhaus am Meißner, Hessisch Lichtenau	1. 1. 1993	§ 5 (1) 305,46			
	Tagesklinik Hessisch Lichtenau	1. 1. 1993			§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 177,49	
	Klinik am Warteberg, Witzenhausen	1. 1. 1993	§ 5 (1) 145,76			
Stadt Fulda	Städtische Kliniken	1. 1. 1993	§ 5 (1) 524,39 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 498,17	§ 5 (2) Nr. 7 780,87 § 5 (2) Nr. 7 i. V. m. § 8 Satz 1 741,83 § 5 (2) Nr. 8 396,76 § 5 (2) Nr. 8 i. V. m. § 8 Satz 1 376,92	§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 652,68 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 i. V. m. § 8 Satz 1 620,05 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 247,71 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 i. V. m. § 8 Satz 1 235,32	§ 6 (1) Nr. 1 18 542,— § 6 (1) Nr. 1 i. V. m. § 8 Satz 1 17 615,— § 6 (1) Nr. 2 8 157,— § 6 (1) Nr. 2 i. V. m. § 8 Satz 1 7 749,— § 6 (1) Nr. 4 124 042,— § 6 (1) Nr. 4 i. V. m. § 8 Satz 1 117 840,— § 6 (1) Nr. 11 8 930,— § 6 (1) Nr. 11 i. V. m. § 8 Satz 1 8 484,— § 6 (1) Nr. 11 59 621,— § 6 (1) Nr. 11 i. V. m. § 8 Satz 1 56 640,— § 6 (1) Nr. 12 6 247,— § 6 (1) Nr. 12 i. V. m. § 8 Satz 1 5 935,— § 6 (1) Nr. 12 10 100,— § 6 (1) Nr. 1 i. V. m. § 8 Satz 1 9 595,— § 6 (1) Nr. 12 8 955,— § 6 (1) Nr. 12 i. V. m. § 8 Satz 1 8 507,— § 6 (1) Nr. 13 7 601,— § 6 (1) Nr. 13 i. V. m. § 8 Satz 1 7 221,— § 6 (1) Nr. 16 836,— § 6 (1) Nr. 16 i. V. m. § 8 Satz 1 794,—

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BpflV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BpflV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BpflV (DM)	Sonderentgelte § 6 BpflV (DM) § 21 Fallpauschale
noch Stadt Fulda	noch Städtische Kliniken					§ 6 (1) Nr. 14 3 720,— § 6 (1) Nr. 14 i. V. m. § 8 Satz 1 3 534,— je Leistung
	Herz-Jesu- Krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 369,64 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 351,16			
	Klinik Dr. Poeschel	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 155,02			
Landkreis Fulda	Paracelsus- Rhön-Klinik Dr. Siegmund Nachf., Gersfeld (Rhön)	1. 1. 1993	§ 5 (1) 193,14			
	Bürgerhospital St.-Elisabeth- Krankenhaus, Hünfeld	1. 1. 1993	§ 5 (1) 323,16 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 307,—			
	Kurheim Mahlertshof, Kurheim Schloß Mackenzell, Burghaun	1. 1. 1993	§ 5 (1) 146,74			
Stadt Gießen	Klinikum der Justus-Liebig- Universität	1. 8.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 582,90 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 553,76 § 16 (7) 279,35	§ 5 (2) 665,50 § 5 (2) i. V. m. § 8 Satz 1 632,23 § 5 (2) 434,76 § 5 (2) i. V. m. § 8 Satz 1 413,02 § 5 (2) Nr. 4 667,93 § 5 (2) Nr. 5 1 043,79	§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 655,66 § 5 (3) i. V. m. Satz 1 § 5 (2) i. V. m. § 8 Satz 1 271,59	§ 6 (1) Nr. 1 17 520,20 § 6 (1) Nr. 1 i. V. m. § 8 Satz 1 16 644,19 § 6 (1) Nr. 4 59 225,50 § 6 (1) Nr. 4 40 779,— § 6 (1) Nr. 5 20 189,50 § 6 (1) Nr. 11 6 250,— § 6 (1) Nr. 13 7 013,57 § 6 (1) Nr. 13 i. V. m. § 8 Satz 1 6 662,89 je Leistung
		1. 1. 1993	§ 5 (1) 318,47 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 302,55			
		1. 1. 1993	§ 5 (1) 356,92 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 339,07			
		1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 275,16			
		1. 10.— 31. 12. 1993	§ 5 (1) 374,85			
		1. 1. 1993	§ 5 (1) 315,19 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 299,43		§ 5 (3) i. V. m. § 5 (1) 210,45	

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BpflV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BpflV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BpflV (DM)	Sonderentgelte § 6 BpflV § 21 Fallpauschale (DM)
Landkreis Gießen	Kreiskrankenhaus Gießen in Lich	1. 1. 1993	§ 5 (1) 364,44 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 346,22			
	Krankenhaus Laubacher Stift, Laubach	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 255,98			
Stadt Marburg	Klinik Dr. Schweckendiek	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 228,08			
	Psychiatrisches Krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 367,99 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 349,59	§ 5 (2) Nr. 9 900,51	§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 220,25	
	Klinikum der Philipps-Universität	1. 1. 1993	§ 5 (1) 568,59 § 16 (7) 284,30	§ 5 (2) 5 558,47 § 5 (2) Nr. 5 1 603,50 § 5 (2) Nr. 7 677,33	§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) 2 441,50 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 672,87 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 319,91 § 5 (2) Nr. 8 234,21	§ 6 (1) Nr. 5 31 361,89 § 6 (1) Nrn. 5 und 7 93 451,39 § 6 (1) Nr. 8 132 977,57 § 6 (1) Nr. 11 7 368,65 § 6 (1) Nr. 11 17 144,56 § 6 (1) Nr. 12 3 758,— § 6 (1) Nr. 12 5 473,65 § 6 (1) Nr. 13 5 783,39 § 6 (1) Nr. 16 721,66 § 6 (1) Nr. 16 1 439,12 § 6 (2) 4 168,23 je Leistung
	Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Lahnhöhe	1. 1. 1993	§ 5 (1) 467,35		§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 280,40	
Landkreis Marburg-Biedenkopf	Deutsches Rotes Kreuz-Krankenhaus, Biedenkopf	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 267,76			
	Diakonie-Krankenhaus, Marburg-Wehrda	1. 7.—31. 12. 1993	§ 5 (1) 417,30 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 396,44			§ 6 (1) Nr. 11 5 688,— § 6 (1) Nr. 12 2 438,— je Leistung
	Hessische Bergland-Klinik, Bad Endbach	1. 11. 1991 31. 12. 1992	§ 5 (1) 219,55 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 208,57			
	Klinik für physikalische Therapie, Bad Endbach	1. 1. 1993	§ 5 (1) 182,56 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 173,43			
Lahn-Dill-Kreis	Kreiskrankenhaus, Wetzlar	1. 1. 1993	§ 5 (1) 404,26 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 384,05		§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 489,94 § 5 (2) Nr. 6 § 8 Satz 1 465,44	
	Kreiskrankenhaus Falkeneck, Braunfels	1. 1. 1993	§ 5 (1) 301,43 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 286,36			

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BPfIV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BPfIV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BPfIV (DM)	Sonderentgelte § 6 BPfIV (DM) § 21 Fallpauschale
noch Lahn-Dill-Kreis	Kaiserin-Auguste-Viktoria-Krankenhaus, Ehringshausen	1. 8.— 31. 12. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 244,70			
	Neurologische Klinik, Braunfels	1. 9.—31. 12. 1993	§ 5 (1) 482,63 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 458,50	§ 5 (2) Nr. 9 320,95		
	Dill-Kliniken, Dillenburg-Herborn	1. 9. 1993 31. 12. 1993	§ 5 (1) 415,71 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 394,92			
	Klinik für Lungen- und Bronchialerkrankungen, Waldhof-Elgershausen	1. 1. 1993	§ 5 (1) 370,01			
	Orthopädische Klinik, Schloß Braunfels	1. 8.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 386,99 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 367,64			
	Psychiatrisches Krankenhaus, Herborn	1. 7.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 228,10		§ 5 (3) i. V. m. § 5 (1) 180,78	
	Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Rehberg, Herborn Neurologische Klinik, Apalliker-Station, Braunfels	1. 8.—31. 12. 1991 1. 6.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 336,59 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 319,76		§ 5 (2) Nr. 9 1 082,83	
Vogelsbergkreis	Kreiskrankenhaus, Alsfeld	1. 9.— 31. 12. 1993	§ 5 (1) 498,83 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 473,89			
	Krankenhaus Eichhof, Lauterbach (Hessen)	1. 10.— 31. 12. 1993	§ 5 (1) 506,46 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 481,14		§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 272,99	
	Kreiskrankenhaus, Schotten	1. 1. 1993	§ 5 (1) 353,47 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 335,80			
	Klinik Dr. Walb, Homburg (Ohm)	1. 1. 1993	§ 5 (1) 203,16 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 193,—			
	Klinik Oberwald, Grebenhain	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 330,93			
Landkreis Limburg-Weilburg	St.-Vincenz-Krankenhaus, Limburg a. d. Lahn	1. 1. 1993	§ 5 (1) 448,86 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 426,42		§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 514,04 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 i. V. m. § 8 Satz 1 488,34	§ 6 (1) Nr. 11 5 634,10 § 6 (1) Nr. 12 2 629,48 § 6 (1) Nr. 12 5 376,60 § 6 (1) Nr. 12 7 402,61 je Leistung
	St.-Anna-Krankenhaus, Hadamar	1. 10.— 31. 12. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 321,93			§ 6 (1) Nr. 12 2 068,— je Leistung
	Kreiskrankenhaus, Weilburg	1. 8.— 31. 12. 1993	§ 5 (1) 532,83 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 506,19			

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BPfIV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BPfIV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BPfIV (DM)	Sonderentgelte § 6 BPfIV § 21 Fallpauschale (DM)
noch Landkreis Limburg- Weilburg	Psychiatrisches Krankenhaus, Hadamard	1. 1. 1993	§ 5 (1) 275,93		§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 158,33	
	Psychiatrisches Krankenhaus, Weilmünster	1. 1.— 31. 12. 1993	§ 5 (1) 508,17 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 482,76	§ 5 (2) Nr. 7 699,—		
Stadt Frank- furt am Main	Klinikum der Johann-Wolf- gang-Goethe- Universität	1. 1. 1993	§ 5 (1) 606,83 § 16 (7) 303,42	§ 5 (2) Nr. 4 1 090,82 § 5 (2) Nr. 5 1 377,57 § 5 (2) Nr. 7 814,22	§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 785,13 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 206,14	§ 6 (1) Nr. 1 13 912,21 § 6 (1) Nr. 4 124 358,08 § 6 (1) Nr. 5 42 287,68 § 6 (1) Nr. 6 109 978,25 § 6 (1) Nr. 8 120 840,63 § 6 (1) Nr. 11 13 501,24 § 6 (1) Nr. 11 5 577,45 § 6 (1) Nr. 11 45 224,21 § 6 (1) Nr. 11 14 547,72 § 6 (1) Nr. 11 47 169,88 § 6 (1) Nr. 13 5 023,31 § 6 (1) Nr. 13 8 675,69 je Leistung § 6 (1) Nr. 14 16,97 pro 100 000 Einheiten 28,79 pro 100 000 Einheiten 28,79 pro 100 000 Einheiten 150,36 pro 500 000 Einheiten 144,58 pro 500 000 Einheiten 1 296,35 pro 50 mg 518,54 pro 20 mg § 6 (1) Nr. 15 1,02 pro 1 E 0,74 pro 1 E 0,97 pro 1 E 0,38 pro 1 E 1,29 pro 1 E 188,98 pro 1 g aus 1-g-Packung 182,92 pro 1 g aus 2-g-Packung 0,43 pro 1 E 1,22 pro 1 E 1,24 pro 1 E 2,76 pro 1 E 0,44 pro 1 E 1,23 pro 1 E 1,13 pro 1 E 0,92 pro 1 E 1,81 pro 1 E 2,77 pro 1 E 1,36 pro 1 E 1,07 pro 1 E 1,12 pro 1 E 1,71 pro 1 E 1,15 pro 1 E Preis pro Einheit § 6 (1) Nr. 16 793,10 § 6 (2) 11 822,34 je Leistung
		1. 8.—31. 12. 1992				

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BPflV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BPflV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BPflV (DM)	Sonderentgelte § 6 BPflV § 21 Fallpauschale (DM)
noch Stadt Frank- furt am Main	Städtisches Krankenhaus, Frankfurt am Main-Höchst	1. 1. 1993	§ 5 (1) 520,22 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 494,21	§ 5 (2) Nr. 8 360,94 § 5 (2) Nr. 8 i. V. m. § 8 342,89	§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nrn. 9 und 10 248,38 § 5 (2) Nrn. 9 und 10 i. V. m. § 8 Satz 1 235,96	
	St.-Markus-Krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 481,92 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 457,82	§ 5 (2) Nr. 6 1 086,62 § 5 (2) Nr. 6 i. V. m. § 8 1 032,29	§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 768,88 § 5 (3) i. V. m. § 8 Satz 1 730,44	§ 6 (1) Nr. 11 3 978,68 § 6 (1) Nr. 12 4 338,50 § 6 (1) Nr. 12 7 730,78 § 6 (2) 2 091,57 je Leistung
	St.-Katharinen-Krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 377,32 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 358,45			
	St.-Marien-Krankenhaus	1. 10.— 31. 12. 1993	§ 5 (1) 446,82			
	St.-Elisabethen-Krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 328,85 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 312,41		§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 585,64	
	Bürgerhospital	1. 9.— 31. 12. 1993	§ 5 (1) 554,68 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 526,95			
	Hospital zum Heiligen Geist	1. 1. 1993	§ 5 (1) 409,40 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 388,93			
	Krankenhaus Nordwest	1. 1. 1993	§ 5 (1) 526,94 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 500,59	§ 5 (2) 794,72 § 5 (2) i. V. m. § 8 Satz 1 754,98		§ 6 (1) Nr. 11 5 623,80 § 6 (1) Nr. 11 5 342,61 je Leistung § 6 (1) Nr. 14 32,88 je 100 000 E § 6 (1) Nr. 14 i. V. m. § 8 Satz 1 31,24 je 100 000 E § 6 (1) Nr. 14 14,09 je 100 000 E § 6 (1) Nr. 14 i. V. m. § 8 Satz 1 13,39 je 100 000 E
	Krankenhaus Sachsenhausen	1. 9. 1993	§ 5 (1) 372,57 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 445,—			
	Krankenhaus Maingau vom Roten Kreuz	1. 1. 1993	§ 5 (1) 302,60			
Rotes-Kreuz-Krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 309,21			§ 6 (1) Nr. 13 4 042,75 § 6 (1) Nr. 13 6 669,25 § 6 (1) Nr. 13 8 034,— je Leistung	
Krankenhaus Bethanien	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 316,15			§ 6 (1) Nr. 14 4 732,85 § 6 (1) Nr. 14 6 823,75 § 6 (1) Nr. 14 8 188,50 je Leistung	

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BPflV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BPflV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BPflV (DM)	Sonderentgelte § 6 BPflV § 21 Fallpauschale (DM)
noch Stadt Frank- furt am Main	Diakonissen- Krankenhaus	1. 9.— 31. 12. 1993	§ 5 (1) 401,88 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 381,79			
	Brüderkran- kenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 302,90 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 287,76			
	Clementine- Kinder- krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 444,25 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 422,04			
	Orthopädische Universitäts- klinik	1. 1. 1993	§ 5 (1) 380,57 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 361,54			§ 6 (1) Nr. 15 Preis pro Einheit 1,32 1,25 1,04 1,76 1,09 0,42
	Helmut-Harten- fels-Haus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 187,85			
Stadt Offenbach am Main	Städtische Kliniken	1. 1. 1993	§ 5 (1) 498,72 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 473,78	§ 5 (2) Nr. 3 1 660,59 § 5 (2) Nr. 3 i. V. m. § 8 1 577,56 § 5 (2) Nr. 8 369,28 § 5 (2) Nr. 8 i. V. m. § 8 Satz 1 350,82	§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 237,13 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 459,48	§ 6 (1) Nr. 13 5 054,60 je Leistung
	Ketteler- Krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 335,06 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 318,31			
Landkreis Offenbach	Dreieich- Krankenhaus, Langen	1. 1. 1993	§ 5 (1) 385,86 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 366,57			
	Kreis- krankenhaus, Seligenstadt	1. 1. 1993	§ 5 (1) 332,62 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 315,99			
Main-Kinzig- Kreis	Kreiskranken- haus, Schlüchtern	1. 1. 1993	§ 5 (1) 376,29 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 357,48			
	Kreiskranken- haus, Bad Soden- Salmünster	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 280,86			
	Kreiskranken- haus, Gelnhausen	1. 1. 1993	§ 5 (1) 404,96 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 384,71			
	Krankenhaus, Bad Orb	1. 1. 1993	§ 5 (1) 238,28			
Main-Taunus- Kreis	Kliniken des Main-Taunus- Kreises, Kreiskran- kenhaus Bad Soden	1. 1. 1993	§ 5 (1) 434,36			§ 6 (1) Nr. 11 5 150,— § 6 (1) Nr. 12 2 626,50 § 6 (1) Nr. 12 5 632,04 § 6 (1) Nr. 12 4 354,84 § 6 (1) Nr. 12 4 944,—

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BPfIV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BPfIV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BPfIV (DM)	Sonderentgelte § 6 BPfIV § 21 Fallpauschale (DM)
noch Main-Taunus-Kreis	noch Kliniken des Main-Taunus-Kreises, Kreiskrankenhause Bad Soden					§ 6 (1) Nr. 12 3 583,37 § 6 (1) Nr. 12 2 994,21 § 6 (1) Nr. 12 5 678,39 § 6 (1) Nr. 12 1 725,25 § 6 (1) Nr. 12 1 055,75 § 6 (1) Nr. 12 3 183,73 je Leistung § 6 (1) Nr. 14 32,70 je 100 000 E § 6 (1) Nr. 14 17,72 je 100 000 E § 21 2 035,59 je Fall
	Marienkrankenhaus, Flörsheim	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 201,68			
Hochtaunus-kreis	Kliniken des Hochtaunus-kreises	1. 1. 1993	§ 5 (1) 470,52 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 447,—			§ 6 (1) Nr. 11 Typ I 11 398,67 Typ II 7 965,33 Typ III 5 287,33 § 6 (1) Nr. 12 3 688,06 § 6 (1) Nr. 12 2 510,63 § 6 (1) Nr. 14 211,35 1 500 000 E § 6 (1) Nr. 14 164,40 500 000 E je Leistung
	Neurologische Klinik, Bad Homburg v. d. Höhe	1. 1. 1993	§ 5 (1) 298,80 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 283,86			
	Private Klinik Dr. Amelung, Königstein im Taunus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 224,94 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 213,69			
	Klinik Dr. Steib, Königstein im Taunus	1. 10.— 31. 12. 1993	§ 5 (1) 192,42 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 182,80			
	Klinik Hohe Mark, Oberursel (Taunus)	1. 8.— 31. 12. 1993	§ 5 (1) 244,24 § 16 (7) 122,12			
	Waldkrankenhaus, Köppern	1. 8.— 31. 12. 1993	§ 5 (1) 292,— § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 277,44			
	Bamberger Hof, Tages- und Nachtambulanz, Friedrichsdorf	1. 1. 1993			§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 205,52 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 185,61	

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BpflV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BpflV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BpflV (DM)	Sonderentgelte § 6 BpflV § 21 Fallpauschale (DM)
Stadt Hanau	Stadtkrankenhaus Hanau	1. 1. 1993	§ 5 (1) 455,91 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 433,11			§ 6 (1) Nr. 13 2 516,45 § 6 (1) Nr. 13 i. V. m. § 8 Satz 1 2 390,63 § 6 (1) Nr. 11 5 961,83 § 6 (1) Nr. 11 i. V. m. § 8 Satz 1 5 663,74 je Leistung
	St.-Vinzzenz-Krankenhaus	1. 4. 1993	§ 5 (1) 376,90 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 358,06			
	Psychiatrisches Krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 340,23 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 323,22		§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 209,35 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 i. V. m. § 8 Satz 1 198,88	
Wetteraukreis	Mathildenhospital, Büdingen	1. 1. 1993	§ 5 (1) 351,93 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 334,33			
	Städtisches Krankenhaus, Bad Nauheim	1. 6.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 423,33 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 402,16			
	Kreiskrankenhaus, Friedberg (Hessen)	1. 1. 1993	§ 5 (1) 374,61 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 355,88			
	Kerckhoff-Klinik, Bad Nauheim	1. 1. 1993	§ 5 (1) 531,70			§ 6 (1) Nr. 1 11 238,34 § 6 (1) Nr. 1 17 313,37 § 6 (1) Nr. 1 23 986,13 § 6 (1) Nr. 1 19 556,50 § 6 (1) Nr. 2 6 695,12 § 6 (1) Nr. 4 87 562,01 § 6 (1) Nr. 11 6 415,65 § 6 (1) Nr. 14 11 342,23 § 6 (1) Nr. 14 5 301,41 je Leistung § 21 13 848,09 18 734,06 27 068,83 18 428,02 pro Fall
	Schloßbergklinik, Gedern	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 210,11			
William-Harvey-Klinik, Bad Nauheim	1. 1. 1993	§ 5 (1) 416,04 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 395,24			§ 6 (1) Nr. 14 206,— pro 500 000 E § 6 (1) Nr. 14 i. V. m. § 8 Satz 1 195,70 pro 500 000 E § 6 (1) Nr. 14 128,75 pro 750 000 E	

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BpflV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BpflV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BpflV (DM)	Sonderentgelte § 6 BpflV § 21 Fallpauschale (DM)
noch Wetteraukreis	noch William-Harvey-Klinik, Bad Nauheim					§ 6 (1) Nr. 14 i. V. m. § 8 Satz 1 122,30 pro 750 000 E
	Burghofklinik, Bad Nauheim	1. 1. 1993	§ 5 (1) 232,63 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 221,—			
Stadt Wiesbaden	Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken	1. 7.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 637,35 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 605,48	§ 5 (2) Nr. 6 1 323,90 § 5 (2) Nr. 5 1 031,46 § 5 (2) Nr. 5 i. V. m. § 8 979,89	§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 683,38 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 1 1 157,39 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 157,56	§ 6 (1) Nr. 11 4 656,87 § 6 (1) Nr. 12 4 247,74 § 6 (1) Nr. 12 4 326,70 § 6 (1) Nr. 12 3 007,27 je Leistung § 21 4 433,76 je Fall
	Krankenhaus Paulinenstift	1. 1. 1993	§ 5 (1) 422,86	§ 5 (2) i. V. m. § 8 Satz 2 260,72 § 5 (2) 612,53		§ 6 (1) Nr. 11 4 635,— § 6 (1) Nr. 14 15 450,—
	St.-Josefs-Hospital	1. 1. 1993		§ 5 (2) 343,51 § 5 (2) 386,27 § 5 (2) 472,09 § 5 (2) i. V. m. § 8 Satz 2 243,23 § 5 (2) 349,62		§ 21 4 059,23 3 734,78 11 021,— 4 562,90 3 019,96 3 104,42 3 816,15 3 787,31 3 201,24 2 968,46 4 916,19 7 159,53 2 907,69 6 895,85 je Fall
	Rotes-Kreuz-Krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 250,64			
	Aukamm-Klinik	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 254,58			
	Orthopädische Klinik	1. 1. 1993	§ 5 (1) 344,55			
	Klinik am Sonnenberg	1. 12. 1991 bis 31. 12. 1992	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 294,67			
	Deutsche Klinik für Diagnostik	1. 8.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 190,19 § 8 Satz 1 180,68		§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 544,72	
	Kurbetriebe, Rheumaklinik I und II	1. 1. 1993	§ 5 (1) 210,12			
	Medizinische Klinik am Kurpark	1. 12. 1991 bis 31. 12. 1992	§ 5 (1) 290,36 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 275,84			
Rheingau-Taunus-Kreis	Kreiskrankenhaus, Bad Schwalbach	1. 4.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 413,84 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 393,15			
	Kreiskrankenhaus, Eltville am Rhein	1. 1. 1993	§ 5 (1) 379,82			

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BPflV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BPflV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BPflV (DM)	Sonderentgelte § 6 BPflV § 21 Fallpauschale (DM)
noch Rheingau- Taunus-Kreis	Kreiskranken- haus, Idstein	1. 6.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 447,82 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 425,43			
	St.-Josef- Krankenhaus, Rüdesheim am Rhein	1. 8.—31. 12. 1993	§ 5 (1) 474,68 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 450,95			
	Orthopädische Klinik, Bad Schwalbach	1. 2.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 221,61 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 210,53			
	Otto-Fricke- Krankenhaus, Paulinenberg, Bad Schwalbach	1. 1. 1993	§ 5 (1) 261,72 § 16 (7) 130,86			
	Medizinische Klinik, Schlangenbad	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 17 (5) KHG 236,40 i. V. m. § 8 Satz 1 224,58			
	Psychiatrisches Krankenhaus, Eichberg, Eltville am Rhein	1. 1. 1993	§ 5 (1) 300,88			
	Tagesklinik des Psychiatrischen Krankenhauses, Eichberg, Eltville am Rhein				§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 188,84	
	Klinik für Kinder- und Jugend- psychiatrie, Rheinhöhe, Eltville am Rhein	1. 1. 1993	§ 5 (1) 458,02			
St.-Valentinus- Krankenhaus, Kiedrich	1. 1. 1993	§ 5 (1) 265,—				
Stadt Darmstadt	Städtische Kliniken	1. 8.— 31. 12. 1993	§ 5 (1) 549,64 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 522,16		§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 747,93 i. V. m. § 8 Satz 1 710,53	§ 6 (1) Nr. 11 6 199,82 § 6 (2) Nr. 11 i. V. m. § 8 Satz 1 5 889,83 § 6 (1) Nr. 14 2 687,— § 6 (2) Nr. 14 i. V. m. § 8 Satz 1 2 552,65 § 6 (1) Nr. 14 2 763,03 i. V. m. § 6 (2) Nr. 14 i. V. m. § 8 Satz 1 2 624,88
		1. 9.— 31. 12. 1993	§ 5 (1) 568,78 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 540,34	§ 5 (2) Nr. 8 384,95 § 5 (2) Nr. 8 i. V. m. § 8 Satz 1 365,70	§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 169,19 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 i. V. m. § 8 Satz 1 160,73 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 236,46 § 5 (2) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 i. V. m. § 8 Satz 1 224,64	§ 6 (1) Nr. 11 6 260,07

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BPflV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BPflV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BPflV (DM)	Sonderentgelte § 6 BPflV § 21 Fallpauschale (DM)
noch Stadt Darmstadt	Alice-Hospital	1. 10.— 31. 12. 1993	§ 5 (1) 415,46 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 394,68			
	Marienhospital	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 283,70			
Landkreis Bergstraße	Kreiskrankenhaus, Heppenheim (Bergstraße)	1. 1. 1993	§ 5 (1) 411,94 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 394,34			
	Heilig-Geist-Hospital, Bensheim	1. 4.—31. 12. 1992	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 281,16			
	St.-Marienkrankenhaus, Lampertheim	1. 10.— 31. 12. 1993	§ 5 (1) 440,43 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 418,41			
	Evangelisches Krankenhaus, Lampertheim	1. 10.— 31. 12. 1993	§ 5 (1) 225,63			
	St.-Josef-Krankenhaus, Viernheim	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 283,46			
	Nachsorge-Klinik Bergstraße, Bensheim	1. 10.— 31. 12. 1993	§ 5 (1) 287,04 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 272,69			
	Luisenkrankenhaus, Lindenfels	1. 10.— 31. 12. 1993	§ 5 (1) 531,12 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 504,56	§ 5 (2) Nr. 10 244,68 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 232,45		
	Klinik Auerbach, Dr. Vetter KG, Bensheim	1. 1. 1993	§ 5 (1) 226,43 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1. 215,11			
	Chirurgische Fachklinik St. Josef, Lorsch	1. 1. 1993	§ 5 (1) 351,96 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 334,36			§ 6 (1) Nr. 12 3 151,50 § 6 (1) Nr. 12 7 457,31 je Leistung
	Fachklinik für Stoffwechselerkrankungen, Dr. Desaga, Lindenfels	1. 1. 1993	§ 5 (1) 193,73 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 184,04			
Psychiatrisches Krankenhaus, Heppenheim (Bergstraße)	1. 5.—31. 12. 1991	§ 5 (1) 287,36 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 272,99				
Klinik Schloß Falkenhof, Bensheim	1. 1. 1993	§ 5 (1) 140,74				
Landkreis Darmstadt- Dieburg	Kreiskrankenhaus, Jugenheim	1. 1. 1993	§ 5 (1) 343,47 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 326,30			
	St.-Rochus-Krankenhaus, Dieburg	1. 9.— 31. 12. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 (2) 302,55			
	Kreiskrankenhaus, Groß-Umstadt	1. 1. 1993	§ 5 (1) 363,65 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 345,75			

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BPfIV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BPfIV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BPfIV (DM)	Sonderentgelte § 6 BPfIV § 21 Fallpauschale (DM)
noch Landkreis Darmstadt-Dieburg	Therapeutische Gemeinschaft, Haus Burgwald, Mühlthal	1. 1.—31. 12. 1993	§ 5 (1) 129,95			
Landkreis Groß-Gerau	Kreiskrankenhaus, Groß-Gerau	1. 1. 1993	§ 5 (1) 431,18			§ 6 (1) Nr. 14 12,55 pro 100 000 E
	Stadtkrankenhaus, Rüsselsheim	1. 10.— 31. 12. 1993	§ 5 (1) 516,47		§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 719,41	§ 6 (1) Nr. 11 4 867,21 § 6 (1) Nr. 12 3 502,33 § 6 (1) Nr. 12 5 758,25 je Leistung § 6 (1) Nr. 14 37,46 § 6 (1) Nr. 14 18,59 je 100 000 E
	Psychiatrisches Krankenhaus Philipphospital, Riedstadt	1. 7.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 281,54			
	Psychiatrisches Krankenhaus Philipphospital, Tageskliniken Raunheim, Groß-Gerau, Riedstadt	1. 7.—31. 12. 1992			§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 174,81	
	Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Hofheim, Riedstadt	1. 1. 1993	§ 5 (1) 416,02		§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 284,36	
Odenwaldkreis	Kreiskrankenhaus, Erbach	1. 6.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 356,57 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 338,74			

Wiesbaden, 18. November 1993

Hessisches Ministerium
für Jugend, Familie und Gesundheit
III/III B 1 b — 18 c 04.11.15
St.Anz. 50/1993 S. 3045

1181

HESSISCHES MINISTERIUM FÜR FRAUEN, ARBEIT UND SOZIALORDNUNG

Arbeitstagung und Seminare der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Versicherungsämter auf dem Gebiet der Sozialversicherung im Jahre 1994

Nachstehend gebe ich die Fortbildungsveranstaltungen der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Versicherungsämter im Jahre 1994 auf dem Gebiet der Sozialversicherung (überwiegend Rentenversicherung) für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Versicherungsämter sowie der Stadt- und Gemeindeverwaltungen bekannt.

Wiesbaden, 23. November 1993

Hessisches Ministerium für
Frauen, Arbeit und Sozialordnung
IV A 1 a — 54 c 201.0

St.Anz. 50/1993 S. 3062

I.

Arbeitstagung

Die Arbeitstagung findet

vom 10. bis zum 11. Mai 1994.

in der Sportschule Sporthotel Grünberg, 35305 Grünberg, Am Tannenkopf, unter Mitwirkung des Hessischen Ministeriums für Frauen, Arbeit und Sozialordnung, der Regierungspräsidien in

Darmstadt, Gießen und Kassel, des Hessischen Städtetages, der Landesverbände der Betriebs- und Innungskrankenkassen in Hessen, des Hessischen Landesprüfungsamtes für Krankenversicherung, der Landesversicherungsanstalt Hessen und der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte statt.

Im Rahmen der Veranstaltung wird in der Gallushalle, 35305 Grünberg, Gießener Straße 45,
am 10. Mai 1994

eine Schulung für Bedienstete der kreisfreien Städte Frankfurt am Main und Wiesbaden sowie der kreisangehörigen Städte und Gemeinden des Hochtaunuskreises, des Main-Kinzig-Kreises, des Main-Taunus-Kreises, des Rheingau-Taunus-Kreises, des Werra-Meißner-Kreises, des Wetteraukreises, der Landkreise Fulda, Gießen, Hersfeld-Rotenburg und Limburg-Weilburg auf dem Gebiet der gesetzlichen Rentenversicherung durch Referenten der Landesversicherungsanstalt Hessen und der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte angeboten.

II.

Fortbildungsmaßnahmen

Die Fortbildungsmaßnahmen für Bedienstete der Versicherungsämter bzw. der Stadt- und Gemeindeverwaltungen in Hessen auf dem Gebiet der gesetzlichen Rentenversicherung werden — wie seit Jahren — in der Pension „Haus Schönblick“, 64756 Mossautal/ Ortsteil Güttersbach, Odenwaldkreis, durchgeführt.

Grundseminar I

21. Februar bis 25. Februar 1994

Die **Grundseminare I** sind Fortbildungsveranstaltungen mit dem Ziel, den Teilnehmerinnen und den Teilnehmern Grundkenntnisse auf dem Gebiet der gesetzlichen Rentenversicherung zu vermitteln.

Diese Seminare sind für Bedienstete vorgesehen, die entsprechende Aufgaben erst seit kurzer Zeit wahrnehmen.

Es werden folgende Themen behandelt:

- System der sozialen Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland; Aufgaben der Gemeinden und Versicherungsämter im Rahmen des Verwaltungsverfahrens in der Rentenversicherung; Überblick über die Rehabilitationsleistungen; Ausfüllen der Rentenantragsvordrucke, Erläuterung weiterer Antragsvordrucke; Krankenversicherung der Rentner.

Grundseminar II

28. Februar bis 4. März 1994

Die **Grundseminare II** sind Fortbildungsveranstaltungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die entweder bereits ein Grundseminar I besucht haben oder aber über Vorkenntnisse auf dem Gebiet der gesetzlichen Rentenversicherung und eine bestimmte Praxis in diesem Aufgabengebiet verfügen.

Es werden folgende Themen behandelt:

- Kindererziehungszeiten und Berücksichtigungszeiten; Nachzahlung von freiwilligen Beiträgen; Erläuterung der Rentenberechnung; Weiterarbeit und Rentenbezug; Beispiele für die Einkommensanrechnung auf die Witwen-, Witwer-, Waisen- und Erziehungsrente; Ausfüllen eines Antrages auf Hinterbliebenenrente; Aussiedler und ihre Rente; Überleitung des Rentenrechts auf das Beitrittsgebiet; Ausfüllen eines Antrages auf Kontenklärung; Versorgungsausgleich.

Aufbauseminare

7. März bis 11. März 1994

31. Oktober bis 4. November 1994

21. November bis 25. November 1994

28. November bis 2. Dezember 1994

Die **Aufbauseminare** sind für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorgesehen, die bereits die Grundseminare I und II besucht haben oder auf eine langjährige Erfahrung im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung zurückblicken können und dadurch bereits über ein fundiertes Grundwissen in diesem Rechtsgebiet verfügen.

Es werden folgende Themen behandelt:

- Versicherungs- und Beitragsrecht einschließlich Kontenklärung nach dem SGB VI; Aussiedler und ihre Rente; rentenrechtliche Zeiten und Ansprüche; Rentenberechnung nach dem SGB VI; Zusammentreffen mehrerer Ansprüche; Überleitung des Rentenrechts auf das Beitrittsgebiet.

Alle Themen werden unter Verwendung der aktuellen Vordrucke dargestellt.

Die Anmeldungen zu den Fortbildungsveranstaltungen — die mittels besonderer Vordrucke zu erfolgen haben — sind generell über das zuständige Versicherungsamt einzureichen; dort sind auch die genannten Formulare erhältlich.

Formfreie Anmeldungen, z. B. durch Schreiben der Versicherungsämter sowie der Stadt- und Gemeindeverwaltungen können nicht berücksichtigt werden, sie verursachen lediglich einen vermeidbaren Verwaltungsaufwand.

Die Einladung erfolgt rechtzeitig vor Beginn der Seminare durch die

Arbeitsgemeinschaft der hessischen Versicherungsämter,
Geschäftsstelle:

Stadt Frankfurt am Main — Der Magistrat —, Versicherungsamt,
Sandgasse 6, 60311 Frankfurt am Main

(Tel.: 0 69/2 12-3 37 22, Fax: 0 69/2 12-3 07 23).

1182

PERSONALNACHRICHTEN

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministeriums des Innern und für Europaangelegenheiten

beim Polizeipräsidium Frankfurt am Main

ernannt:

zu **Ersten Polizeihauptkommissaren** die Polizeihauptkommissare (BaL) Günter Klein-Alstädde, Jochen Große (beide 20. 7. 93);

zu **Polizeihauptkommissaren** die Polizeioberkommissare (BaL) Edgar Kersting, Peter Richert (beide 1. 7. 93), Christian Liebs, Klaus Kreh, Otto Macek, Arnold Schneider (sämtlich 14. 7. 93);

zu **Kriminalhauptkommissaren** die Kriminaloberkommissare (BaL) Hans-Joachim-Zahn (15. 7. 93), Udo Dorn, Alfred Weber, Heinz FaBold (sämtlich 16. 7. 93), Hans Ewald Gemmer (20. 7. 93);

zu **Polizeioberkommissaren** die Polizeikommissare (BaL) Lothar Balder, Ulrich Düsing, Robert Zwick (sämtlich 1. 7. 93), Hans-Ulrich Otto (2. 7. 93), Armin Noe (5. 7. 93);

zu **Kriminaloberkommissaren/innen** die Kriminalkommissare/innen (BaL) Peter Schneider, Jürgen Zimmermann, Wolfgang Kloss, Christa Glebe-Stennei, Arnold Walter, Michael Müller, Carmen Simon-Schäfer, Sabine Reiß (sämtlich 1. 7. 93), Dieter Willhardt (5. 7. 93), Alexander Liewig (14. 7. 93), Frank Dinter (23. 7. 93), Peter Falkenberg (26. 7. 93);

zu **Polizeikommissaren** die Polizeihauptmeister (BaL) Udo Huck (1. 8. 93), Ulrich Bauch, Dirk Bublitz, Thomas Graß, Thomas Gläsel, Michael Greis, Matthias Lihl, Alexander Müller, Uwe Nachtwey, Ralf Reichmann, Petra Lihl, Holger Rüb-sam, Uwe Schneider, Stefan Scholl, Frank Voit, Frank Weckert, Oliver Zimmermann, Helmut Gollrad, Markus Hüsmert, Thomas Köhler, Uwe Kümmel, Holger Weichseldorfer, Uwe Wingenfeld, Andreas Mutschke, Helmut Schramm, Andreas Weiher, Alfred Hau, Hagen Mayer, Thomas Raths, Frank Pet-mecky, Stefan Sandrock, Eckhard Schmidt, Ralf Schroeder, Ronald Zink, Robert Schmidt (sämtlich 2. 8. 93), Uwe Marx (10. 8. 93), Hans-Josef Jung (11. 8. 93), Harald Scholz (12. 8. 93), Patrick Heß (13. 8. 93), Ralf Chudy (18. 8. 93), Polizeihauptmeister (BaP) Jörg Schmidt (2. 8. 93);

zu **Kriminalkommissaren/innen** die Kriminalhauptmeister/-innen (BaL) Dirk Eschinger, Stefan Faber, Stefan Götz, Stefan Heil, Hubertus Klein, Beate Malburg, Bernd Ranft, Norbert Ring, Angelika Schöppl, Silke Grünwald, Roland Koch, Veit Nehrbauser, Ralf Christ, Martina Jung, Stefanie Zufall, Maximin Stähler (sämtlich 2. 8. 93), Klaus Herrmann (4. 8. 93), Dieter Hildmann (10. 8. 93);

zum **Inspektor Hauptsekretär** (BaL) Uwe Bujotzek (26. 7. 93);
zu/r **Polizeihauptmeister/in** die Polizeiobermeister/in (BaL) Gerd Sommer, Werner Englert, Uwe Klingelhöfer, Manfred Hörle, Hans-Walter Hesse, Rolf Daum, Rainer Möller, Günter Siegmund, Helmut Neusüß, Bernd Metzger, Martin Müller, Andreas Frankenbach, Uwe Schmitt, Gerhard Braun, Holger Zinn, Mario Rossa, Gerd Siebert, Andreas Suda, Friedhelm Rüppel, Peter Handermann, Axel Grünberg, Thomas Röh-s, Peter Meier, Gernot Hild, Werner Knorr, Udo Kloos, Michael Leckel, Martin Frank, Jürgen Schäfer, Volker Hauck, Wolfgang Stauder, Lutz Kudla, Harald Ehl, Michael Simon, Uwe Marx, Ortwin Theiß, Heiko Geiter, Edgar Ramelow, Georg Wörner, Harald Huhn, Rüdiger Fritscher, Edgar Kaut, Rudolf Liller, Dieter Müller, Hartmut Volker, Christoph Riebel, Holger Braun, Harald Güntner, Harald Zwick, Karl-Heinz Brössel, Michael Henes, Manfred Hahn, Michael Rohde, Holger Wolfstädter, Andreas Döll, Reinhard Wachter, Bernhard Huder, Ernst Schilling, Ulrich Preinl, Frank Weckert, Peter Badouin, Michael Redder, Roland Stämmeler, Udo Rüdiger, Martin Jungermann, Uwe Nachtwey, Michael Greis, Michael Pfaff, Stefan Scholl, Thomas Köhler, Dietmar Plotz, Uwe Schneider, Alexander Müller, Uwe Kümmel, Harald Lotz, Rolf Bäcker, Ulrich Bauch, Uwe Niebauer, Dirk Kleine, Thomas Reinhard, Manfred Kaletsch, Thomas Gaß, Ralf Reidmann, Matthias Lihl, Petra Lihl, Markus Hüsmert, Helmut Gollrad, Uwe Wingenfeld, Oliver Zimmermann, Frank Voit, Dirk Bublitz, Thomas Gläsel (sämtlich 1. 7. 93), Eberhard Winkler, Werner Krohne, Dirk Noll, Dieter Schlauer, Wilfried Nöding, Andreas Bieden-kapp, Ralf Chudy, Holger Rüb-sam, Harald Scholz, Uwe Nickel, Uwe Berger, Klaus-Dieter Hase, Jürgen Staubach, Bernd Ziegler, Polizeiobermeister (BaP) Jörg Schmidt (sämtlich 2. 7. 93), die Polizeiobermeister (BaL) Manfred Holzmann, Norbert Bolland, Roland Gräbs (sämtlich 3. 7. 93), Uwe Kirchhoff, Hartmut Michel, Patric Heß, Ulrich Kremer, Holger Weichseldorfer

(sämtlich 5. 7. 93), Rudi Messner, Stefan Kehr (beide 6. 7. 93), Robert Kamrau (9. 7. 93), Norbert Butzke (10. 7. 93), Horst Schleinig (12. 7. 93), Stefan Lemke (13. 7. 93), Heiko Homolla (15. 7. 93), Reinhard Piskator (17. 7. 93), Dirk Beck (19. 7. 93), Michael Saul (23. 7. 93), Bernd Nickel (28. 7. 93);

zu **Kriminalhauptmeistern/innen** die Kriminalobermeister/innen (BaL) Fred Blum, Thomas Priemer, Stefan Backhaus, Stefan Götz, Dieter Hildmann, Stefan Faber, Angelika Schöpplein, Silke Grünewald, Beate Malburg (sämtlich 1. 7. 93);

zu **Polizeiobermeistern/innen** die Polizeimeister (BaL) Frank Dönges, Roland Endler, Werner Hüfner, Hans-Jürgen Müller, Arno Schindewolf, Markus Kress, Achim Peitz (sämtlich 1. 7. 93), Ralf Cunz (2. 7. 93), Thomas Lohrum (3. 7. 93), Michael Laub, Jürgen Laaz (beide 5. 7. 93), Gerd Malzfeld (7. 7. 93), Andreas Heinemann (14. 7. 93), Roland Gmeiner (28. 7. 93), die Polizeimeister/innen (BaP) Peter Freitag, Dirk Hartleib, Nils Helmbrecht, Christian Klas, Armin Klaus, Stefan Malke, Nicole Mannebach, Guido Rehr, Katja Stempel, Steffen Schöbitz, André Schweitzer (sämtlich 1. 7. 93), Ute Döring, Frank Becker, Axel Greszok, Thomas Hasler, Sandra Margraf, Matthias Metzler, Stefan Stange (sämtlich 2. 7. 93), Klaus-Peter Jung, Heike Kersebaum, Kurt Klose, Olaf Mahncke-Kirchhoff, Susan Rheinländer (sämtlich 3. 7. 93), Claudia Moske (5. 7. 93), Michael Riechota, Mathias Schneeweis (beide 7. 7. 93), Martina Ernst, Carsten Glusko, Stefan Pilger (sämtlich 8. 7. 93), Thomas Köhler (15. 7. 93), Nicole Klöpffel (16. 7. 93), Kerstin Bressler (28. 7. 93);

zur **Obersekretärin Sekretärin** (BaP) Tatjana Hoffmann (30. 7. 93);

zu **Polizeimeistern/innen** (BaP) die Polizeimeister/innen z. A. (BaP) Tanja Weller (31. 8. 93), Norman Aue, Michael Beutel, Olaf Blank, Alfons Bode, Marc Breithaupt, Simone Dewenter, Heiko Dittrich, Katja Eckhardt, Ulrich Germeroth, Bettina Heidl, Thomas Heinle, Anette Heliosch, Peter Hupfeld, Almut Keller, Marcus Kempf, Michael König, Michael Korchesch, Mirco Leck, Christine Lindner, Nadija Mostafa, Volker Müller, Axel Naumann, Holger Nebel, Jens Özdemir, Alexander Roos, Stefan Ruppel, Andreas Schmidt, Thorsten Schnell, Michael Schulz, Frank Siedhoff, Andrea Sieverding, Stefan Theis, Volker Tschepe, Stephan Werner, Alexandra Westphal, Markus Weymann (sämtlich 1. 9. 93), Sabine Ehrlich, Monike Huslage, Tanja Ramseger, Dirk Rupprecht, Kirsten Varlemann, Sybille Wüst (sämtlich 2. 9. 93), Hanco-Breido Blomeyer, Susanne Dauer, Olaf Gedik, Holger Mertelmeyer, Dirk Pegglov, Michael Ponicke, Klaus Schneider, Thomas Gerhard Stowasser, Andreas Wirth (sämtlich 3. 9. 93), Sonja-Maria Böhm (4. 9. 93), Christiane Schwarz (5. 9. 93), Renate Henrich, Anja Schönwitz (beide 6. 9. 93), Melanie Horvat, Jens Lollert (beide 7. 9. 93), Stefan Gräser, Thomas Klein, Matthias Köhler (sämtlich 8. 9. 93), Stephan Welski (9. 9. 93), Jörg Steffens (10. 9. 93), Harald Grund, Carsten Lohmann, Mario Sturm (sämtlich 13. 9. 93), Petra Schmidt (14. 9. 93), Sabine Schomber (15. 9. 93), Thomas Krippner (22. 10. 93);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe A 12

die Polizeihauptkommissare (BaL) Wolfgang Richter, Gerhard Schall (beide 20. 7. 93),

die Kriminalhauptkommissare (BaL) Heinz Erich Lückel (1. 1. 93), Siegfried Manoch (1. 7. 93), Walter Becker (20. 7. 93);

in die Besoldungsgruppe A 9 mit Amtszulage

die Polizeihauptmeister (BaL) Jürgen Müller, Heinz-Friedrich Steffes, Rolf Koch, Erwin Reinhard, Norbert Hoffmann, Winfried Feige, Edmund König, Hartmut Kloß, Hans Blöcher, Michael Ackermann, Norbert Neumann, Wilfried Rauch, Johannes Rehkessel, Wolfgang Range, Harald Handke, Hans Breitbart, Frank Jobst, Rolf Voigt, Gerold Lange, Jürgen Witzel, Gerhard Leinbach, Artur Baum, Waldemar Krüger, Hans-Georg Koll, Egon Sauer, Josef Müller, Roland Seidmann, Werner Landau, Georg Pfromm, Lothar Bramm, Bernd Hammann, Gerold Teubert, Karl Kraus, Kurt Schäfer, Hans-Erwin Falz, Rolf Burhenn, Jörg Gründer, Ulrich Wilke, Manfred Semrau, Gunar Braun, Wolfgang Strehle, Kurt Babian, Rudolf Wozar, Rolf Peter Philipp, Helmut Rettinghaus, Rainer Grebe, Hans-Jürgen Storch, Alfred Möller, Winfried Jörg, Udo Wassermann, Otto Kracht, Hans-Werner Lange, Heinz Wittler, Werner Wilhelm, Martin Arzt, Helmut Biskamp, Oskar Dehnhardt, Karl-Heinz Mahnke, Klaus Sauer, Michael Becker, Heinz Gischler, Karl Heinz Wolf, Udo Stephan Waldschmidt, Armin Klaas, Dieter Bindewald, Peter Seim, Gerhard Kurschat, Norbert Weber, Herbert Marschner, Heinz Wüst, Helmut Teschner, Wolfgang Kluge (sämtlich 24. 6. 93), Klaus Möller, Rainer Schnei-

der, Wilfried Weiß, Peter Hagelgans, Horst Wabra, Berthold Liebert, Rainer Marx, Alexander Plein, Jürgen Smykalla, Joachim Hackel, Volker Hofheinz, Roland Fischer, Rainer Panhans, Hans Werner Blysch, Peter Prief, Reiner Döring (sämtlich 25. 6. 93), Gunter Dißen, Bruno Stein, Kenneth Färber, Wolfgang Scharf (sämtlich 26. 6. 93), Harald Klug, Manfred Kaufmann, Friedhelm Fischer (sämtlich 27. 6. 93), Günter Zörnig, Karl-Heinz Althaus (beide 28. 6. 93), Lothar Opitz, Heinz-Josef Quirl (beide 29. 6. 93), Joachim Radwanski, Herbert Rothwell, Gerhard Kempf (sämtlich 30. 6. 93), Gerhard Pöfner (1. 7. 93), Hermann Buße, Hans Hermann Jochem, Karl Meißner (sämtlich 2. 7. 93), Jürgen Krauskopf, Walter Thiele (beide 5. 7. 93), Burkhard Schäfer (8. 7. 93), Martin Süßner (9. 7. 93), Erwin Zentgraf (12. 7. 93), Klaus Hocke (15. 7. 93), die Kriminalhauptmeister/in (BaL) Wilfried Adam, Gisela Carstens, Jürgen Denk, Manfred Hofmann, Karl-Heinz Kasperczyk, Roland Kraus, Rüdiger Leese, Klaus Neumann, Karl Oehl, Reinhold Ploch, Kurt Röbbig, Klaus Breidung, Jürgen Csernovsky, Norbert Schellhase, Aribert Spriestersbach, Friedrich Runkel (sämtlich 1. 7. 93);

versetzt:

zur Polizeidirektion Nordhausen (Thüringen)
Polizeihauptmeister Helmut Neusüß (1. 11. 93);
zum Polizeipräsidium Wuppertal (Nordrhein-Westfalen)
Polizeiobermeister Frank Nitschke (1. 11. 93);
von der Bereitschaftspolizei Nordrhein-Westfalen
Polizeihauptmeister Rainer Hofmann (1. 11. 93);
vom Magistrat der Stadt Frankfurt am Main
Inspektorin Elke Weiser (1. 11. 93);

aus sonstigen Gründen ausgeschieden:

Kriminalhauptmeisterin Karin Friedrich (1. 10. 93), Kriminalobermeister Michael Bußer (31. 10. 93).

Frankfurt am Main, 25. November 1993

Polizeipräsidium Frankfurt am Main
P III/33

StAnz. 50/1993 S. 3063

E. im Bereich des Hessischen Ministeriums der Justiz im Ministerium

ernannt:

zum **Ministerialdirigenten** Leitender Ministerialrat (BaL) Dr. Werner Schultze (1. 12. 93);
zur **Regierungsoberrätin** Regierungsrätin (BaL) Eva Maria Eicke (1. 12. 93);
zum **Regierungsoberrat** Regierungsrat (BaL) Gerhard März (1. 12. 93);
zur **Hauptsekretärin** Obersekretärin (BaL) Katja Richter (1. 12. 93).

Wiesbaden, 26. November 1993

Hessisches Ministerium der Justiz
2010 E 1 — I. ZB 48/93

StAnz. 50/1993 S. 3064

H. im Bereich des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Technologie in der Straßenbauverwaltung

ernannt:

zum **Baudirektor** Bauoberrat (BaL) Dipl.-Ingenieur Andreas Moritz (16. 7. 93);
zu/zur **Bauoberräten/Bauoberrätin**, die Bauräte/Baurätin (BaL) Dipl.-Ingenieure/in Uta Maria Pleß, Eugen Werner Reichwein, Ulrich Wieditz (sämtlich 30. 7. 93);
zum **Vermessungsoberrat** Vermessungsrat (BaL) Dipl.-Ingenieur Wilfried Pühler (30. 7. 93);
zu **Bauräten** (BaL) die Bauräte z. A. (BaP) Dipl.-Ingenieure Wolfgang Kühn (25. 6. 93), Ralf Sendrowski (30. 9. 93);
zu **Bauräten** Baurat z. A. (BaP) Dipl.-Ingenieur Ulrich Hansel (5. 6. 93), Techn. Oberamtsrat (BaL) Herbert Schmitt (19. 7. 93);
zum **Baurat z. A. (BaP)** Baureferendar (BaW) Dipl.-Ingenieur Ingbert Debus (19. 5. 93);
zum **Vermessungsrat z. A. (BaP)** Vermessungsassessor Dipl.-Ingenieur Detlev Klemm (1. 7. 93);

zu **Baureferendaren (BaW)** die Bewerber Dipl.-Ingenieure Gregor Günter Heinz Schröder, Markus Josef Wagner (beide 1. 10. 93);

zu/zur **Techn. Oberamtsräten/Techn. Oberamtsrätin** die Techn. Amtsräte/Techn. Amtsrätin (BaL) Günter Gabke, Herbert Gliewe, Werner Hohenhaus, Petra Kell-Recktenwald, Norbert Oestreich, Günter Reuschling, Helmut Schmidt (sämtlich 1. 7. 93), Herbert Weber (21. 7. 93), Reinhard Freytag, Heinrich Reifschneider, Erich Weigl (sämtlich 22. 7. 93), Rainer Kuhl (23. 7. 93), Lutz Deegener (26. 7. 93), Titus Mertens, Gerhard Weinert (beide 27. 7. 93);

zu/zur **Techn. Amtsräten/Techn. Amtsrätin** die Techn. Amtmänner/Techn. Amtfrau (BaL) Thomas Benner, Hans Walter Buchner, Norbert Schmitt, Joachim Vorwerk, Robert Weil (sämtlich 1. 7. 93), Werner Peter Schmitt (2. 7. 93), Herbert Georg Kilian (16. 7. 93), Günter Bracht, Oswald Hölß (beide 19. 7. 93), Manfred Milpacher, Rudolf Rühl, Elmar Rützel (sämtlich 20. 7. 93), Gerhard Werner Lickefett, Hans Heinrich Pflüger (beide 21. 7. 93), Gerhard Paul, Irntraud Zschech (beide 22. 7. 93), Heinrich Schäfer, Werner Schmidt, Peter Strey (sämtlich 23. 7. 93), Oskar Heinig, Gerhard Simon (beide 27. 7. 93), Horst Buß, Hansgeorg Einloft, Walter Jauernik, Georg Kurt Klippert, Heinrich Wilhelm Peter, Hans-Wilhelm Sprick, Aloisius Stein (sämtlich 28. 7. 93), Uto Rainer Anton, Herbert Bieger, Peter Thomas Espenhain, Ludwig Karl Franz Grosser, Helmut Stiebing (sämtlich 29. 7. 93), Erhard Friedrich Becker, Udo Neubacher (beide 2. 8. 93);

zu **Techn. Amtmännern/Techn. Amtfrauen**, die Techn. Oberinspektoren/Techn. Oberinspektorinnen (BaL) Georg Bambach, Thomas Hasenauer (beide 14. 7. 93), Herbert Ahlbrand, Karl-Peter Clös, Bernhard Hofmann, Siegmund Lorenz, Matthias Orlovsky, Bernhard Peter, Klaus Petreszin, Franz Robert Radics, Eckhard Schmidt, Detlev Schwarz, Jürgen Semmler, Karin Volk (sämtlich 15. 7. 93), Kurt Huff, Rainer Friedrich Schäfer, Markus Stähler (sämtlich 16. 7. 93), Michael Klaus Henninger, Harald Körner (beide 19. 7. 93), Andrea Kühl-Fehrl (22. 7. 93), Wolfgang Bulle, Gregor Helm, Peter Moch, Monika Sabine Schneider, Ralf Thomas (sämtlich 23. 7. 93), Paul Beimborn, Bernd Schneider, Stefan Rudolf Wald (26. 7. 93);

zum **Techn. Amtmann (BaL)** Bewerber Hans-Jürgen Steffen (16. 6. 93);

zu/zur **Techn. Oberinspektoren/Techn. Oberinspektorin (BaL)** die Techn. Oberinspektoren/Techn. Oberinspektorin z. A. (BaP) Horst Buchenau (1. 4. 93), Barbara Elzbieta Michalek (18. 7. 93), Bruno Thiele (1. 8. 93), Wolfgang Axel Altmann (29. 10. 93);

zum/zur **Oberinspektor/Oberinspektorin** Inspektor/Inspektorin (BaL) Horst Mauer (1. 7. 93), Gudrun Else Ringel (7. 7. 93);

zum **Techn. Oberinspektor z. A. (BaP)** Techn. Inspektoranwärter (BaW) Reinhard Heinrich Banse (5. 10. 93);

zum **Inspektor** Inspektor z. A. (BaP) Harald Grothe (1. 10. 93);

zu **Inspektoren z. A. (BaP)** die Inspektoranwärter (BaW) Karsten Friedrich Keidel, Reinhard Friedrich Wacker (beide 1. 10. 93);

zum **Assistenten z. A. (BaP)** Assistentanwärtern (BaW) Thomas Michael Zammert (1. 9. 93);

zu/zur **Assistentanwärtern/Assistentanwärterin (BaW)** die Bewerber/Bewerberin Thomas Carsten Maushagen, Anne Doreen Wald, Gerald Wald (sämtlich 1. 9. 93);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Obersekretär (BaP) Michael Zacke (27. 7. 93);

versetzt:

vom Magistrat der Stadt Frankfurt

Techn. Amtmann (BaL) Michael Bernd Helbing (1. 5. 93),

Techn. Amtfrau (BaL) Yvonne Zimmermann (1. 9. 93);

vom Landschaftsverband Rheinland

Inspektorin (BaL) Iris Breidenbach (1. 9. 93);

zum Bundesausfuhramt Eschborn

Oberinspektor (BaL) Christof Klöbendanz (1. 6. 93);

zum Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden

Obersekretär (BaL) Horst Bohrmann (1. 9. 93);

in den Ruhestand versetzt:

Ltd. Baudirektor Dipl.-Ingenieur Gerhard Benner (30. 9. 93),

Baudirektor Dipl.-Ingenieur Horst Jauch (30. 4. 93), Garten-

bauoberrat Dipl.-Ingenieur Wolf-Dietrich Rademann (31. 5.

93), Techn. Oberamtsrat Johann Lindauer (31. 8. 93);

aus sonstigen Gründen ausgeschieden:

Ltd. Baudirektor (BaL) Dipl.-Ingenieur Hermann Spory (31. 10. 93);

verstorben:

Bauoberrat (BaL) Dipl.-Ingenieur Klaus Bär (30. 9. 93).

Wiesbaden, 19. November 1993

Hessisches Landesamt für Straßenbau
1132 — 7 h — 04

StAnz. 50/1993 S. 3064

1183

DARMSTADT

DIE REGIERUNGSPRÄSIDIEN

Durchführung des Raumordnungsgesetzes (ROG) und des Hessischen Landesplanungsgesetzes (HLPG);

hier: Raumordnungsverfahren gemäß §§ 6 a ROG, 11 HLPG für die geplante Erdgasfernleitung der Energie- und Wasserwerke Rhein-Neckar AG von Weinheim (Baden-Württemberg) nach Mörlenbach (Hessen) (DN 150, PN 16, Länge ca. 7 km) im Abschnitt von der hessisch-baden-württembergischen Landesgrenze bis Mörlenbach

Bezug: Bekanntmachung vom 17. Mai 1993 (StAnz. S. 1167)

Das o. a. Raumordnungsverfahren zu der von der Rhein-Neckar AG beabsichtigten Verlegung einer Erdgasfernleitung — wie in der nachstehend abgedruckten Karte vom 8. September 1993, Maßstab 1 : 25 000, dargestellt — ist am 15. November 1993 mit folgendem Ergebnis abgeschlossen worden:

I.

Das Vorhaben konnte unter Einbeziehung der Teilvariante 3 in die Trassenführung mit allen beteiligten Planungsträgern und sonstigen Stellen mit Ausnahme der Gemeinde Birkenau unter folgenden Voraussetzungen abgestimmt werden:

- Der Eingriff in Natur und Landschaft sowie in Landwirtschaft und Wasserwirtschaft soll bei Bau und Betrieb des Vorhabers möglichst gering sein,
- die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sollen orts- und zeitnah erfolgen, und
- der Bau der Leitung in der Ortsdurchfahrt Birkenau soll in verkehrsarmen Zeiten und unter geringstmöglicher Verkehrsbeeinträchtigung durchgeführt werden, wobei es der Feintras-

sierung überlassen bleibt, ob die Leitung im Zuge der B 38 oder in anderen innerörtlichen Straßen (s. Teilvariante 1) verlegt wird.

II.

Das Vorhaben steht unter den o. g. Voraussetzungen mit den Erfordernissen der Raumordnung und Landesplanung gemäß den §§ 6 a Abs. 1 ROG, 11 Abs. 1 HLPG in Übereinstimmung.

III.

Die Abweichungen von den Bestimmungen des Regionalen Raumordnungsplans Südhessen ([RROPS], StAnz. 1987 S. 388 ff.) werden gemäß § 8 Abs. 3 HLPG zugelassen.

IV.

Sonstige Rechtsvorschriften über das Verfahren bei der Abstimmung von raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen bleiben unberührt. Die nach diesen Vorschriften erforderlichen Erlaubnisse, Genehmigungen, Bewilligungen oder sonstigen Entscheidungen werden durch das Raumordnungsverfahren und die Zulassung der Abweichungen vom RROPS nicht ersetzt.

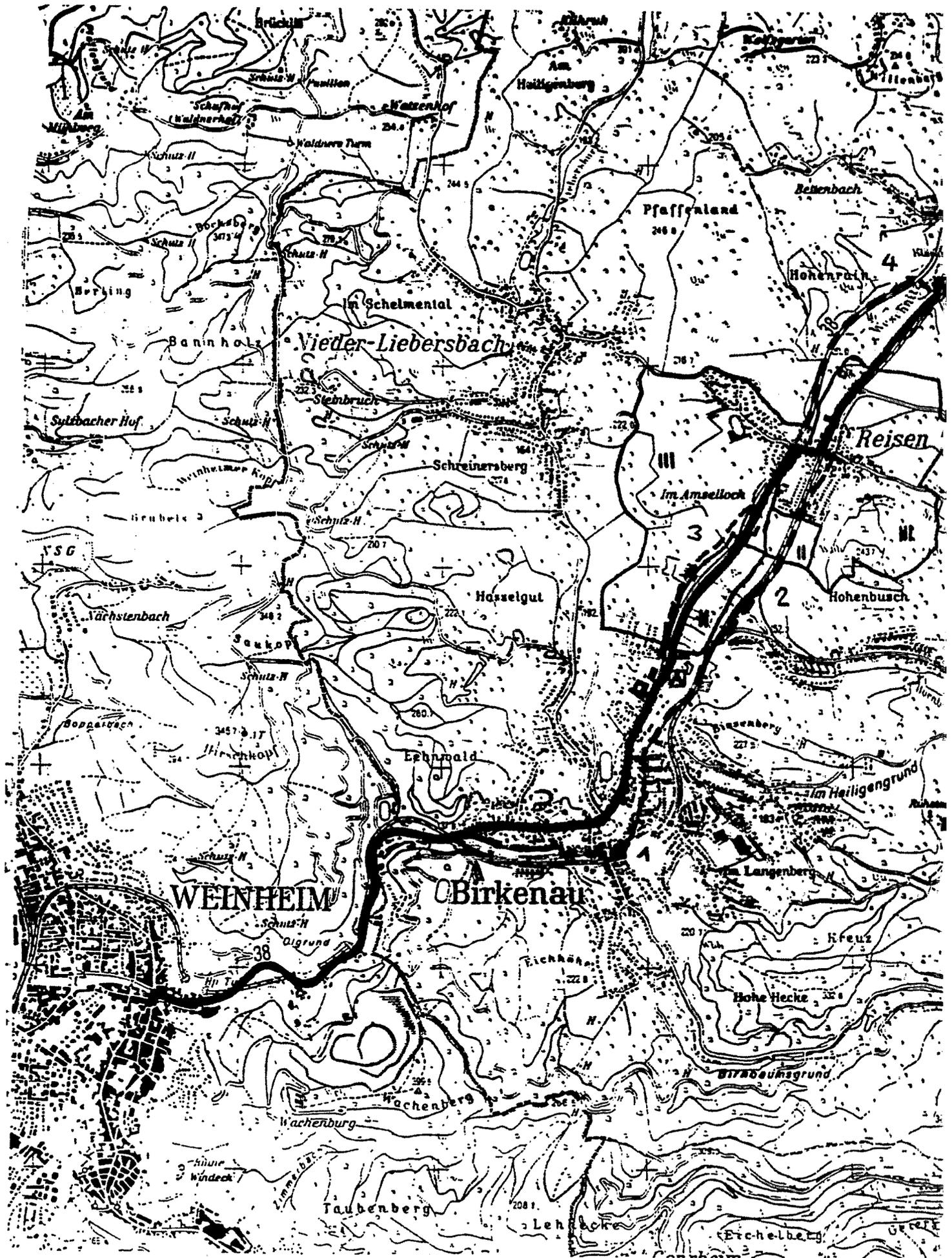
Hinweis:

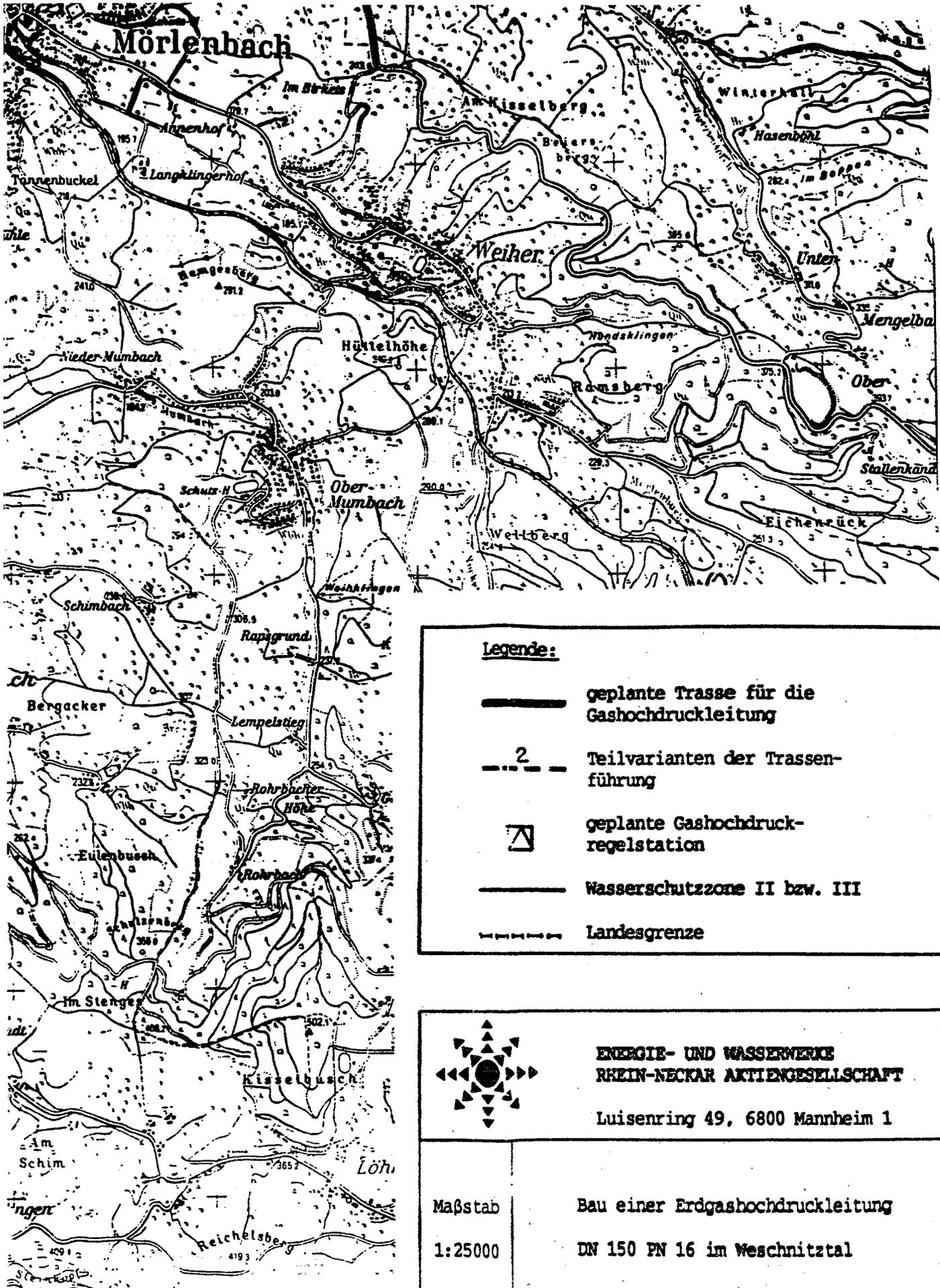
Die Entscheidung vom 15. November 1993, einschließlich ihrer Begründung, kann vom Tage dieser Bekanntmachung an zwei Wochen beim Regierungspräsidium Darmstadt — Abteilung Regionalplanung —, Platz der deutschen Einheit 25, II. OG, Zi. 214, während der üblichen Dienststunden von jedermann eingesehen werden.

Darmstadt, 26. November 1993

Regierungspräsidium Darmstadt
VII 54 — 93 d 06/05 (E 434/93)

StAnz. 50/1993 S. 3065





1184

Vorhaben der Stadtwerke Frankfurt am Main, 60276 Frankfurt am Main

Die Stadtwerke Frankfurt am Main haben Antrag auf Genehmigung zur Änderung des Heizkraftwerkes Nordweststadt in Frankfurt am Main, Hedderheimer Landstraße 157, Gemarkung Hedderheim, Flur 8, Flurstück 63/64, durch die Errichtung und den Betrieb von zwei mit Heizöl EL befeuerte Dampfkesselanlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von jeweils 61 MW als Ersatz für bestehende Altanlagen gestellt und gleichzeitig die Teilgenehmigung für die Errichtung der baulichen Anlagen, für das gemeinsame Kesselhaus und für die Dampfkesselanlagen beantragt. Die Anlagen sollen im Oktober 1994 in Betrieb genommen werden.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß §§ 15, 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466), i. V. m. Spalte 1, Nr. 1.1 des Anhanges der 4. BImSchV der Genehmigung durch das Regierungspräsidium Darmstadt.

Das Vorhaben wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG öffentlich bekanntgemacht.

Der Antrag und die Unterlagen liegen in der Zeit vom 20. Dezember 1993 bis 19. Januar 1994 beim Regierungspräsidium Darmstadt, Wilhelminenstraße 1—3, in Darmstadt, Zimmer 1301, und beim Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, Braubachstraße 15 (Technisches Rathaus, roter Bauteil), 4. Stock, Zimmer 426, aus und können dort während der Dienststunden eingesehen werden.

Innerhalb der Zeit vom 20. Dezember 1993 bis 2. Februar 1994 können gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG Einwendungen gegen das Vorhaben schriftlich bei den vorgenannten Behörden/Auslegungsstellen erhoben werden. Es wird gebeten, Namen und Anschrift lesbar anzugeben. Soweit Name und Anschrift bei Bekanntgabe der Einwendungen an den Antragsteller oder an die im Genehmigungsverfahren beteiligten Behörden unkenntlich gemacht werden sollen, ist hierauf im Einwendungsschreiben hinzuweisen.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist vom 20. Dezember 1993 bis 2. Februar 1994 werden Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Als Erörterungstermin wird der 1. März 1994 bestimmt.

Der Erörterungstermin kann verlängert werden.

Der Erörterungstermin endet jedoch in jedem Fall dann, wenn sein Zweck erreicht ist. Er findet ab 10.00 Uhr beim Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, Technisches Rathaus, Saal 4, Braubachstraße 15, Frankfurt am Main, statt.

Gesonderte Einladungen hierzu ergehen nicht mehr. Die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen werden auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert.

Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachungen ersetzt werden.

Darmstadt, 22. November 1993

Regierungspräsidium Darmstadt
V 32 — 53 e — 621 — Ffm. (75 d)
StAnz. 50/1993 S. 3068

1185

Vorhaben der Firma Hoechst AG, Werk Offenbach, 63075 Offenbach am Main

Die Firma Hoechst AG, Werk Offenbach, Mainstraße 169, 63075 Offenbach am Main, hat einen Antrag zur Erweiterung der Anlage zur Herstellung von Dimethylterephthalat in Offenbach, Mainstraße 169, Gemarkung Offenbach, Flur 23, Flurstück 307/1, gestellt. Die Anlage soll nach Erteilung des Bescheides in Betrieb genommen werden.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 15 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466), i. V. m. Spalte 1, Nr. 4.1 des Anhanges der 4. BImSchV der Genehmigung durch das Regierungspräsidium Darmstadt.

Das Vorhaben wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG öffentlich bekanntgemacht.

Der Antrag und die Unterlagen liegen in der Zeit vom 20. Dezember 1993 bis 19. Januar 1994 beim Regierungspräsidium Darmstadt, Wilhelminenstraße 1—3, 64278 Darmstadt, Zimmer 1301, und im Rathaus der Stadt Offenbach, Berliner Straße 100, Raum für öffentliche Bekanntmachungen (Erdgeschoß), aus und können dort während der Dienststunden eingesehen werden.

Innerhalb der Zeit vom 20. Dezember 1993 bis 2. Februar 1994 können gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG Einwendungen gegen das Vorhaben schriftlich bei den vorgenannten Behörden/Auslegungsstellen erhoben werden. Es wird gebeten, Namen und Anschrift lesbar anzugeben. Soweit Name und Anschrift bei Bekanntgabe der Einwendungen an den Antragsteller oder an die im Genehmigungsverfahren beteiligten Behörden unkenntlich gemacht werden sollen, ist hierauf im Einwendungsschreiben hinzuweisen.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist vom 20. Dezember 1993 bis 2. Februar 1994 werden Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Als Erörterungstermin wird der 1. März 1994 bestimmt.

Der Erörterungstermin kann verlängert werden.

Der Erörterungstermin endet jedoch in jedem Falle dann, wenn sein Zweck erreicht ist. Er findet ab 9.30 Uhr im Rathaus der Stadt Offenbach, Berliner Straße 100, Saal 1, 63012 Offenbach am Main, statt.

Gesonderte Einladungen hierzu ergehen nicht mehr. Die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen werden auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert.

Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachungen ersetzt werden.

Darmstadt, 23. November 1993

Regierungspräsidium Darmstadt
V 32 — 53 e — 621 — FWO 11 i
StAnz. 50/1993 S. 3068

1186

Vorhaben der Firma Peter Allmenröder, Roßbacher Hof, 64711 Erbach

Herr Peter Allmenröder, Roßbacher Hof, 64711 Erbach-Roßbach, hat Antrag auf Erteilung einer Immissionsschutzrechtlichen Genehmigung für die wesentliche Änderung der Anlage zum Halten von Schweinen in Erbach-Roßbach, Gemarkung Erbach, Flur 16, Flurstücke 17/1 und 60, gestellt. Die Anlage soll nach Bescheiderteilung wesentlich geändert und in geänderter Form betrieben werden.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 15 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721), i. d. F. der Bekanntmachung vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466), i. V. m. Spalte 1, Nr. 7.1 des Anhanges der 4. BImSchV der Genehmigung durch das Regierungspräsidium Darmstadt.

Das Vorhaben wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG öffentlich bekanntgemacht.

Der Antrag und die Unterlagen liegen in der Zeit vom 20. Dezember 1993 bis 19. Januar 1994 beim Regierungspräsidium Darmstadt, Wilhelminenstraße 1—3, 64278 Darmstadt, Zimmer 1301, und beim Bauverwaltungsamt des Magistrats der Stadt Erbach, Verwaltungsgebäude, Zimmer 106, Neckarstraße 3, 64711 Erbach, aus und können dort während der Dienststunden eingesehen werden.

Innerhalb der Zeit vom 20. Dezember 1993 bis 2. Februar 1994 können gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG Einwendungen gegen das Vorhaben schriftlich bei den vorgenannten Behörden/Auslegungsstellen erhoben werden. Es wird gebeten, Namen und Anschrift lesbar anzugeben. Soweit Name und Anschrift bei Bekanntgabe der Einwendungen an den Antragsteller oder an die im Genehmigungsverfahren beteiligten Behörden unkenntlich gemacht werden sollen, ist hierauf im Einwendungsschreiben hinzuweisen.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist vom 20. Dezember 1993 bis 2. Februar 1994 werden Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Als Erörterungstermin wird der 24. Februar 1994 bestimmt.

Der Erörterungstermin kann verlängert werden.

Der Erörterungstermin endet jedoch in jedem Falle dann, wenn sein Zweck erreicht ist. Er findet ab 10.00 Uhr im Kleinen Saal der Werner-Borchers-Halle, Otto-Glenz-Straße 3, 64711 Erbach, statt.

Gesonderte Einladungen hierzu ergehen nicht mehr. Die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen werden auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert.

Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Darmstadt, 29. November 1993

Regierungspräsidium Darmstadt
V 32 — 53 e — 621 — Roßbacher Hof (1)
StAnz. 50/1993 S. 3068

1187

Zweckänderung der Freireligiösen und Unitarischen Stiftung, Sitz Offenbach am Main

Gemäß § 9 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1984 (GVBl. I S. 344), habe ich mit Bescheid vom 11. November 1993 dem Antrag auf Zweckänderung der Stiftungsverfassung stattgegeben.

- § 2 Abs. 1 der Stiftungsverfassung lautet nunmehr wie folgt:
„Die Stiftung dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen/mildtägigen/kirchlichen Zwecken i. S. des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.“
- § 2 Abs. 2 Buchstabe a) lautet nunmehr wie folgt:
„a) Unterstützung von bedürftigen Pfarrern, Predigern, Sprechern oder Lehrern freireligiöser und unitarischer Gemeinden jeglicher Art sowie von bedürftigen Personen, die für die Sache religiöser Freiheit wirken.“
- § 2 Abs. 6 wurde neu hinzugefügt:
„Die Stiftung ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.“

Darmstadt, 11. November 1993

Regierungspräsidium Darmstadt
III 11 a — 25 d 04/11 (13) 21

St.Anz. 50/1993 S. 3069

1188

Zweckänderung der Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen-Stiftung, Sitz Bad Soden am Taunus

Gemäß § 9 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1984 (GVBl. I S. 344), habe ich am 18. November 1993 dem Antrag auf Änderung der Stiftungsverfassung der „Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen-Stiftung“, Sitz Bad Soden am Taunus, stattgegeben.

§ 2 Abs. 3 der Verfassung lautet nunmehr wie folgt:
Zweck der Stiftung ist die

- Förderung der Integration, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens.
Insbesondere sollen künstlerische Leistungen von ausländischen Flüchtlingen, die als Asylberechtigte anerkannt worden sind, sowie Ausländern, die im Rahmen humanitärer Hilfsmaßnahmen im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Aufnahme gefunden haben (sog. Kontingentflüchtlinge) und Bürgerkriegsflüchtlinge i. S. des § 32 a des zukünftigen Ausländergesetzes durch die Vergabe von Preisen an förderungswürdige Künstler oder Künstlergruppen honoriert werden.
- Förderung von Wissenschaft und Forschung dieses Personenkreises.
- Unterstützung von gemeinnützigen Institutionen, die im Flüchtlingsbereich arbeiten.

Darmstadt, 18. November 1993

Regierungspräsidium Darmstadt
III 11 a — 25 d 04/11 (6) — 12

St.Anz. 50/1993 S. 3069

1189

Zweckänderung der Albert- u. Emilienstiftung, Sitz Beerfelden

Gemäß § 9 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1984 (GVBl. I S. 344), habe ich am 19. November 1993 dem Antrag des Vorstandes den Zweck der Albert- u. Emilienstiftung, Sitz Beerfelden, geändert:

§ 2 Abs. 3 lautet nunmehr wie folgt:

Zweck der Stiftung ist die persönliche Unterstützung für die jeweiligen und früheren Forstarbeiter der Gräflich Erbach-Fürstenausschen Verwaltung. Weiterhin sollen deren Witwen und Waisen in Fällen der Not unterstützt werden. Der Stiftungszweck wird verwirklicht durch Gewährung laufender Leistungen und Leistungen im Einzelfall, wobei die Dauer der Zugehörigkeit des Begünstigten berücksichtigt wird.

Darmstadt, 19. November 1993

Regierungspräsidium Darmstadt
III 11 a — 25 d 04/11 (7) — 5

St.Anz. 50/1993 S. 3069

1190

Genehmigung der Stiftung StadtBauPlan, Sitz Darmstadt

Gemäß § 80 BGB i. V. m. § 3 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1984 (GVBl. I S. 344), habe ich die mit Stiftungsgeschäft vom 10. November 1993 errichtete Stiftung StadtBauPlan, Sitz Darmstadt, mit Stiftungsurkunde vom 23. November 1993 genehmigt.

Darmstadt, 23. November 1993

Regierungspräsidium Darmstadt
III 11 a — 25 d 04/11 — (11) — 84

St.Anz. 50/1993 S. 3069

1191

Genehmigung der Auflösung der Viehunterstützungskasse Eichelsdorf

Die Viehunterstützungskasse Eichelsdorf hat durch ihre ordentliche Mitgliederversammlung am 1. Februar 1992 die Auflösung mit sofortiger Wirkung beschlossen.

Hierzu habe ich die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt.

Darmstadt, 10. November 1993

Regierungspräsidium Darmstadt
III 11 a — 39 i 02/01 — (10) — 19

St.Anz. 50/1993 S. 3069

1192

Verzicht auf die Zulassung als Sachverständiger für die Untersuchung von Gegenproben nach dem Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz

Bezug: Bekanntmachung vom 23. Oktober 1974 (StAnz. S. 2072)

Herr Norbert Schmidt, Aschaffener Straße 4, 63073 Offenbach am Main, hat auf seine Zulassung als Sachverständiger für die Untersuchung von Gegen- und Zweitproben nach dem Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz verzichtet.

Auf die o. a. Bekanntmachung vom 23. Oktober 1974 wird Bezug genommen.

Darmstadt, 18. November 1993

Regierungspräsidium Darmstadt
II 16 e — 20 a 06/17 — 22

St.Anz. 50/1993 S. 3069

1193

GIESSEN

Verordnung zum Schutz der Trinkwassergewinnungsanlagen „Ottostollen“, „Erbstollen“, „Grube Allerheiligen“ und „Wasserwerk über der Lahn“ der Stadt Weilburg, Landkreis Limburg-Weilburg, vom 7. September 1993

Auf Grund des § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (WHG) i. d. F. vom 23. September 1986 (BGBl. I S. 1529), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Februar 1990 (BGBl. I S. 205), und des § 29 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) i. d. F. vom 22. Januar 1990 (GVBl. I S. 114), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 1990 (GVBl. I S. 197), wird folgendes verordnet:

§ 1

Schutzgebietsfestsetzung

Auf Antrag und zugunsten der Stadt Weilburg werden im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung für die Trinkwassergewinnungsanlagen „Ottostollen“, „Erbstollen“, „Grube Allerheiligen“ und „Wasserwerk über der Lahn“ Wasserschutzgebiete festgesetzt.

§ 2

Gliederung, Umfang, Grenzen

A. Für den „Ottostollen“ und den „Erbstollen“

- Zone II (Engere Schutzzone),
- Zone III (Weitere Schutzzone).

B. Für die „Grube Allerheiligen“ und das „Wasserwerk über der Lahn“

- Zone I** (Fassungsbereich),
Zone II (Engere Schutzzone),
Zone III (Weitere Schutzzone).

Über die Wasserschutzgebiete und ihre Schutzzonen gibt die als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichte Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000 einen Überblick.

Die betroffenen Gemarkungen und Flure sind in § 3 aufgeführt.

Im einzelnen ergeben sich die genauen Abgrenzungen der Wasserschutzgebiete und der Schutzzonen aus den Übersichtsplänen im Maßstab 1 : 10 000 und der Flurkarten in den Maßstäben 1 : 2 000, 1 : 1 000 und 1 : 500, in denen die Schutzzonen wie folgt dargestellt sind:

- Zonen I** = rote Umrandungen,
Zonen II = blaue Umrandungen,
Zonen III = gelbe Umrandungen.

Die Anlage und die Schutzgebietskarten sind Bestandteil dieser Verordnung.

Die Schutzgebietskarten werden archivmäßig bei dem Regierungspräsidium Gießen — oberer Wasserbehörde —, Landgraf-Philipp-Platz 3—7, 35390 Gießen, verwahrt und können dort während der Dienststunden eingesehen werden.

Außerdem können sie während der Dienststunden bei dem Magistrat der Stadt Weilburg, 35781 Weilburg, sowie bei nachfolgend aufgeführten Institutionen eingesehen werden.

Landrat des Kreises Limburg-Weilburg

— untere Wasserbehörde —,

Schiede 43,
 65549 Limburg a. d. Lahn,

Wasserwirtschaftsamt Dillenburg,

Wilhelmstraße 9,
 35683 Dillenburg,

Kreisausschuß des Landkreises Limburg-Weilburg
 Schiede 43,
 65549 Limburg a. d. Lahn,

Hessisches Landesamt für Bodenforschung,

Leberberg 9,
 65193 Wiesbaden,

Hessisches Landesamt für Umwelt,

Rheingaustraße 186,
 65203 Wiesbaden.

§ 3

Bezeichnung der Grundstücke

1. „Ottostollen“

- a) Die Engere Schutzzone (Zone II) umfaßt die Grundstücke in der Gemarkung Ahausen, Flur 5, Flurstücke 9, 10 teilweise, 29 teilweise, Flur 4, Flurstück 55, Gemarkung Drommershausen, Flur 6, Flurstücke 105, 126, 152, Flur 9, Flurstück 1 teilweise (Gemarkung Kubach).

2. „Erbstollen“

- a) Die Engere Schutzzone (Zone II) umfaßt die Grundstücke in der Gemarkung Weilburg, Flur 16, Flurstücke 1—4, 6/1, 8—10, 11/1, 12/6, Flur 5, Flurstücke 47/1, 47/2 und 47/4 (teilweise), Flur 6, Flurstücke 586/5, 198—200, 630/201, 631/201, 632/203, 633/203, 204—208, 587, 316/1, 316/2, 665/209, 677/209, 210—212, 636/213, 637/213, 214/1, 219—224, 225/2, 291/147, 180/10 teilweise.

3. „Grube Allerheiligen“

- a) Der Fassungsbereich (Zone I) umfaßt das Grundstück in der Gemarkung Kubach, Flur 7, Flurstück 1 teilweise.
 b) Die Engere Schutzzone (Zone II) umfaßt die Grundstücke in der Gemarkung Weilburg, Flur 7, Flurstück 40/1, Gemarkung Kubach, Flur 7, Flurstück 1—5, 9/6, 9/24, 9/25, 9/26, 9/20, 9/21, 25, 30—32, 39, Flur 6, Flurstücke 5—7 jeweils teilweise, 10, 11 teilweise, 21, 22 teilweise, 23 teilweise, 43, 44, Flur 8, Flurstücke 20 teilweise, 21—23.
 c) Die gemeinsame Weitere Schutzzone (Zone III) für den „Ottostollen“, den „Erbstollen“ und das Wasserwerk „Allerheiligen“ umfaßt Teile der Gemarkungen Weilburg, Ahausen, Drommershausen und Kubach.

4. Wasserwerk „Über der Lahn“

- a) Der Fassungsbereich (Zone I) umfaßt die Grundstücke in der Gemarkung Weilburg, Flur 10, Flurstücke 236—239, 240/1 und 240/2.
 b) Die Engere Schutzzone (Zone II) umfaßt die Grundstücke in der Gemarkung Weilburg, Flur 10, Flurstücke 125/1,

127—136, 152—154, 157, 162, 165, 232/1, 232/2, 233—235, 241—244, 368 und Nr. 155, 156, 158—161, 163, 164, 166, 167, 490/366 jeweils teilweise,

Gemarkung Odersbach, Flur 19, Flurstück 1.

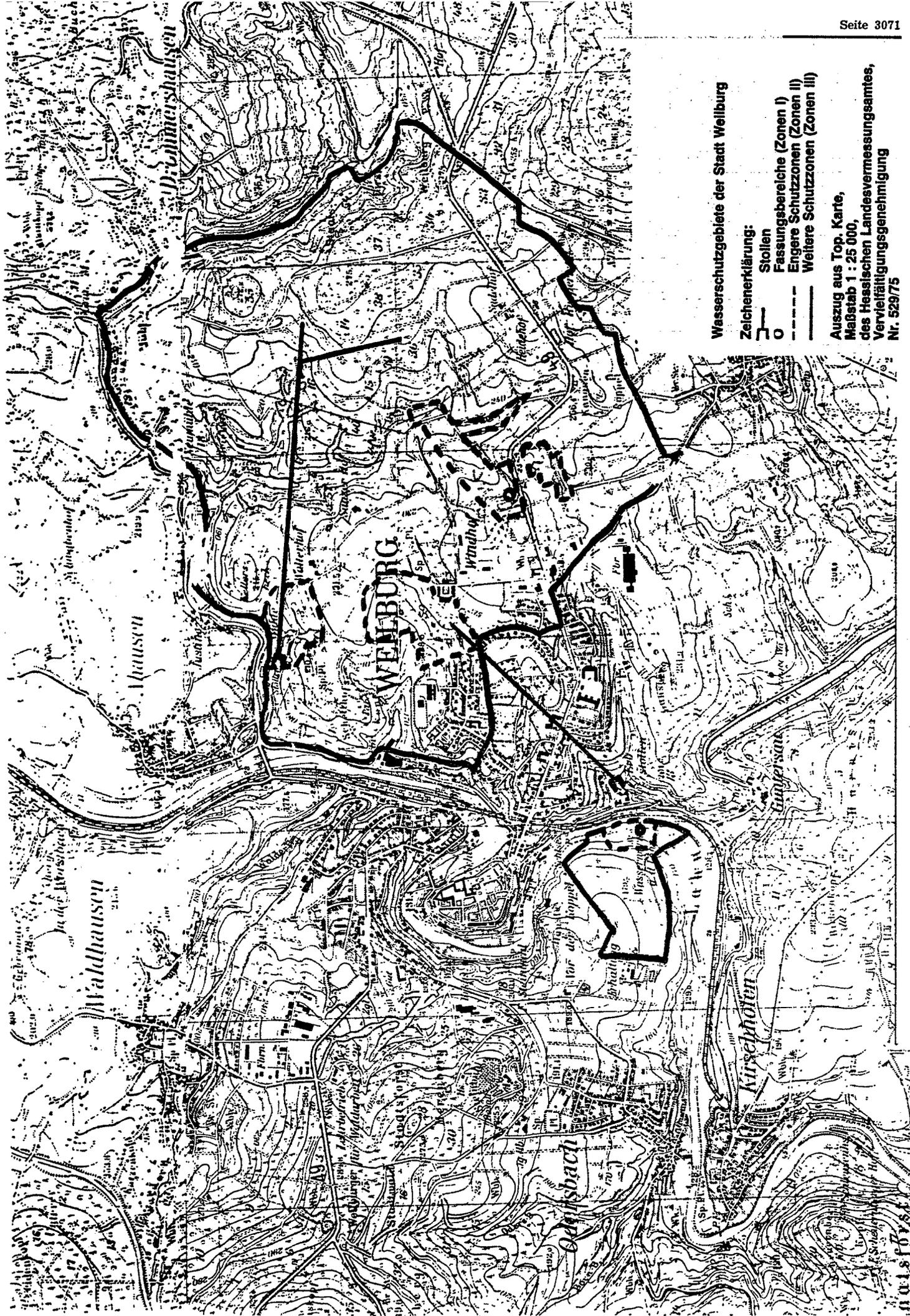
- c) Die Weitere Schutzzone (Zone III) umfaßt Teile der Gemarkungen Weilburg und Odersbach.

§ 4

Verbote in der Schutzzone III

Verboten in der Schutzzone III sind:

1. Versenken von Abwasser einschließlich des auf den Straßen anfallenden Niederschlagswassers;
2. Versenken oder Versickern radioaktiver Stoffe;
3. Errichten und Betreiben von gewerblichen und industriellen Anlagen, bei denen radioaktive Stoffe, wassergefährdende Stoffe oder Betriebsabwässer anfallen, wenn diese Stoffe nicht vollständig aus dem Schutzgebiet herausgeleitet, herausgebracht, ausreichend behandelt oder zulässigerweise in eine öffentliche Kanalisation eingeleitet werden;
4. Ablagern von radioaktiven oder wassergefährdenden Stoffen sowie deren Einbringen in den Untergrund;
5. Errichten und Betreiben von Fernleitungen für wassergefährdende Stoffe;
6. Errichten und Betreiben von gewerblichen und industriellen Anlagen, in denen radioaktive oder wassergefährdende Stoffe hergestellt oder verwendet werden;
7. Halten von Tieren in Großbeständen, wenn das ordnungsgemäße Verwerten oder Beseitigen der tierischen Ausscheidungen nicht gesichert ist;
8. das offene Lagern boden- oder wasserschädigender Mittel für Pflanzenschutz (einschließlich Mittel zur Aufwuchs- und Schädlingsbekämpfung) und zur Wachstumsregelung; die Anwendung ist nur unter genauer Beachtung der Gebrauchsanweisung zulässig;
9. Versickern von Abwasser einschließlich des auf den Straßen anfallenden Niederschlagswassers;
10. Wohnsiedlungen, Krankenhäuser, Heilstätten und Betriebe, wenn das Abwasser nicht vollständig und sicher aus der Zone III hinausgeleitet wird;
11. das unsachgemäße Lagern von Wirtschafts- und Handelsdünger;
12. das Lagern, Abfüllen und Umschlagen wassergefährdender Stoffe und deren Befördern in Rohrleitungen, soweit hierzu nicht Anlagen i. S. des § 15 Abs. 2 der Anlagenverordnung (VAwS) vom 23. März 1982 (GVBl. I S. 74) verwendet werden;
13. Start-, Lande- und Sicherheitsflächen sowie Anflugsektoren und Notabwurfplätze des Flugverkehrs;
14. militärische Anlagen sowie Manöver und Übungen von Streitkräften oder anderer Organisationen, die geeignet sind, das Grundwasser nachteilig zu verändern;
15. Abfallbeseitigungsanlagen; Anlagen, die der Lagerung und Behandlung von Autowracks dienen;
16. Abwasserbehandlungsanlagen (Kläranlagen mit Ausnahme von zugelassenen Kleinkläranlagen) und Sammelgruben;
17. das Aufbringen von Fäkalschlamm;
18. das Aufbringen von tierischen Ausscheidungen, soweit das übliche Maß der landwirtschaftlichen Düngung überschritten wird;
19. das Aufbringen von Klärschlamm, soweit nach der Klärschlammverordnung (AbfKlärV) vom 25. März 1982 (BGBl. I S. 734) dies verboten bzw. eine Genehmigung oder die Zulassung einer Ausnahme erforderlich ist;
20. Versenken oder Versickern von Kühlwasser;
21. das Herstellen von Bohrungen und von Erdaufschlüssen mit wesentlicher Minderung der Grundwasserüberdeckung, sofern nicht fachbehördlich festgestellt worden ist, daß eine schädliche Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist;
22. das Auffüllen der Erdoberfläche mit wassergefährdenden Stoffen;
23. Neuanlagen und Erweitern von Friedhöfen;
24. Rangierbahnhöfe;
25. Verwenden von wassergefährdenden auswasch- oder auslaugbaren Materialien zum Straßen- Wege- oder Wasserbau (s. Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wassergewinnungsgebieten);
26. Grundwasser- und Erdreichwärmepumpen.



Wasserschutzgebiete der Stadt Weiburg

Zeichenerklärung:

Stollen

Fassungsbereiche (Zonen I)

Engere Schutzzonen (Zonen II)

Weitere Schutzzonen (Zonen III)

Auszug aus Top. Karte,
Maßstab 1 : 25 000,
des Hessischen Landesvermessungsamtes,
Verwieffertigungsgenehmigung
Nr. 529/75

§ 5

Verbote in der Schutzzone II

Verboten in der Schutzzone II sind:

1. alle für Zone III genannten Einrichtungen, Handlungen und Vorgänge;
2. das Errichten und die wesentliche Änderung von Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen i. S. des § 2 der Hessischen Bauordnung (HBO);
3. Baustellen, Baustofflager, Baustelleneinrichtungen;
4. der Neubau und die wesentliche Änderung von Straßen, Bahnlinien und sonstigen Verkehrsanlagen, ausgenommen Feld- und Waldwege,
5. das Errichten von Sport-, Zelt-, Bade- und Parkplätzen sowie das Zelten, Lagern und das Abstellen von Wohnwagen;
6. Kraftfahrzeugwaschen und Ölwechsel;
7. jegliche über die land- und forstwirtschaftliche Bearbeitung hinausgehenden Bodeneingriffe (z. B. Kies-, Sand-, Torf- und Tongruben, Steinbrüche), durch die die belebte Bodenzone verletzt oder die Grundwasserüberdeckung vermindert wird;
8. Bergbau, wenn er zum Zerreißen der Grundwasserüberdeckung, zu Einmuldungen oder zu offenen Wasseransammlungen führt;
9. Sprengungen;
10. Viehansammlungen, Pferche, soweit dadurch das übliche Maß der landwirtschaftlichen Düngung überschritten oder die Pflanzendecke wesentlich verletzt wird;
11. das unsachgemäße Anwenden von Wirtschafts- und Handelsdüngern;
12. organische Düngung, sofern die Düngstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr ihrer oberirdischen Abschwemmung in den Fassungsbereich besteht;
13. das Aufbringen von Klärschlamm;
14. Gärfuttermieten;
15. Kleingärten, Gartenbaubetriebe;
16. sämtlicher Umgang mit oder das Befördern von wassergefährdenden Stoffen mit Ausnahme der Verwendung von Betriebsstoffen in land- und forstwirtschaftlichen Maschinen;
17. das Vergraben von Tierkörpern;
18. Transport radioaktiver Stoffe;
19. Herstellen oder wesentliches Umgestalten von oberirdischen Gewässern einschließlich Fischteiche;
20. militärische Anlagen, Manöver und Übungen von Streitkräften oder anderen Organisationen; ausgenommen sind:
 1. Bewegungen zu Fuß;
 2. das oberirdische Verlegen von leichtem Feldkabel;
 3. auf klassifizierten Straßen und wasserdicht befestigten Flächen
 - das Durchfahren mit Ketten-Kraftfahrzeugen,
 - Bewegungen von Rad-Kraftfahrzeugen mit Ausnahme von Tank-Kraftfahrzeugen.

§ 6

Verbote in der Schutzzone I

Verboten in der Schutzzone I sind:

1. alle für Zone II genannten Einrichtungen, Handlungen und Vorgänge;
2. der Fahr- und Fußgängerverkehr;
3. die land- und forstwirtschaftliche Nutzung;
4. die Düngung;
5. das Anwenden von Mitteln für Pflanzenschutz (einschließlich Mitteln zur Aufwuchs- und Schädlingsbekämpfung) und zur Wachstumsregelung;
6. das Verletzen der belebten Bodenzone und der Grundwasserüberdeckung;
7. alle sonstigen Maßnahmen, die das Grundwasser beeinflussen können, soweit sie nicht für die Wasserversorgung notwendig sind.

§ 7

Duldungspflichten

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes haben zu dulden, daß Beauftragte der zuständigen staatlichen Behörden die Grundstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten.

Sie haben ferner zu dulden, daß

1. der Fassungsbereich eingezäunt, bepflanzt und gepflegt wird;

2. Beobachtungsstellen errichtet werden;
3. Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufgestellt werden;
4. Mulden und Erdaufschlüsse aufgefüllt werden;
5. wassergefährdende Ablagerungen beseitigt werden;
6. notwendige Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus dem Wasserschutzgebiet erstellt werden;
7. Vorkehrungen an den in der Engeren Schutzzone liegenden Straßen und Wegen zur Verhinderung von Ölunfällen und zur Minderung derer Folgen getroffen werden;
8. vorhandene Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen versehen und an die Kanalisation angeschlossen werden;
9. Maßnahmen zum Schutz vor Überschwemmungen vorgenommen werden.

§ 8

Ausnahmen

(1) Von den Schutzbestimmungen dieser Verordnung kann das Regierungspräsidium Gießen — obere Wasserbehörde — auf Antrag Ausnahmen zulassen. Die Ausnahme bedarf der Schriftform.

(2) Handlungen, die einer wasserrechtlichen Erlaubnis, Bewilligung oder Genehmigung, einer gewerberechtlichen, abfallrechtlichen oder bauaufsichtlichen Genehmigung bedürfen oder die auf Grund eines bergbehördlich geprüften Betriebsplanes oder durch bergrechtliche Erlaubnis oder Bewilligung zugelassen werden, bedürfen keiner Ausnahmegenehmigung nach dieser Verordnung. Entscheidet in den vorgenannten Fällen die obere Wasserbehörde nicht selbst, ist ihr Einvernehmen erforderlich.

§ 9

Ordnungswidrigkeiten

Zu widerhandlungen gegen die Verbote der §§ 4—6 können nach § 41 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 WHG mit einer Geldbuße bis zu hunderttausend Deutsche Mark geahndet werden.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Gießen, 7. September 1993

Regierungspräsidium Gießen

gez. Bäumer

Regierungspräsident

StAnz. 50/1993 S. 3069

1194 KASSEL

Vorhaben des Landwirtes Hans Konrad Giede-Jeppe, Giedenhof, 34393 Grebenstein

Der Landwirt Hans Konrad Giede-Jeppe in 34393 Grebenstein hat Antrag auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zum Betrieb einer bestehenden Anlage zum Halten von Mast Schweinen und zum Ausbau und Betrieb eines weiteren Mast Schweinestalles mit 280 Mast Schweineplätzen in 34393 Grebenstein, Gemarkung Grebenstein, Flur 11, Flurstück 107, gestellt. Der geplante Stall soll nach Bescheiderteilung errichtet und in Betrieb genommen werden.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721) i. d. F. der Bekanntmachung vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466) i. V. m. Spalte 1, Nr. 7.1 e des Anhanges der 4. BImSchV der Genehmigung durch das Regierungspräsidium Kassel.

Das Vorhaben wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG öffentlich bekanntgemacht.

Der Antrag und die Unterlagen liegen in der Zeit vom 20. Dezember 1993 bis 19. Januar 1994 beim Regierungspräsidium Kassel, Dr.-Fritz-Hoch-Haus, Steinweg 6, 34117 Kassel, Zimmer 653, und im Rathaus der Stadt Grebenstein, Markt 1, 34389 Grebenstein, im Magistratszimmer aus und können dort während der Dienststunden eingesehen werden.

Innerhalb der Zeit vom 20. Dezember 1993 (erster Tag) bis 2. Februar 1994 (letzter Tag) können gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG Einwendungen gegen das Vorhaben schriftlich bei den vorgenannten Behörden/Auslegungsstelle erhoben werden. Es wird gebeten, Namen und Anschrift lesbar anzugeben. Soweit Name und Anschrift bei Bekanntgabe der Einwendungen an den Antragsteller oder an die im Genehmigungsverfahren beteiligten Behörden un-

kenntlich gemacht werden sollen, ist hierauf im Einwendungsschreiben hinzuweisen.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist werden Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Als Erörterungstermin wird der 16. Februar 1994 bestimmt. Der Erörterungstermin findet ab 10.00 Uhr im Magistrateszimmer des Rathauses der Stadt Grebenstein, Markt 1, 34393 Grebenstein, statt.

Die Erörterung ist nicht öffentlich; zugelassen sind nur die Personen, die fristgerecht Einwendungen erhoben haben.

Gesonderte Einladungen hierzu ergehen nicht mehr. Die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen werden auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert.

Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Kassel, 19. November 1993

Regierungspräsidium Kassel
32 b — 53 e 621 — 1 — Kg

StAnz. 50/1993 S. 3072

BUCHBESPRECHUNGEN

Der Ortsbeirat — unter Berücksichtigung des Ausländerbeirats —. Von Mag. Dir. Hermann Böcher. 7., Neubearb. Aufl., 1993. 56 S., 18,— DM. Richard Boorberg Verlag, 70563 Stuttgart. ISBN 3-415-01816-4

Mit der 7. Auflage seines in der Schriftenreihe der FUNDSTELLE erschienenen Buches reagiert der Verfasser auf die Kommunalverfassungsnovelle 1992, mit welcher der Bürgerentscheid auch auf Ortsbezirksebene ermöglicht (§ 82 Abs. 6 HGO i. V. m. § 8 b HGO) und der Ausländerbeirat in der Hessischen Gemeindeordnung verankert wurde (§§ 84 bis 88 HGO).

Der Verfasser betont zu Recht, daß der Bürgerentscheid auf Ortsbezirksebene einen Beschluß des Ortsbeirats ersetzt. Bei den möglichen Anwendungsfällen denkt er daher in erster Linie an Angelegenheiten, die die Gemeindevertretung dem Ortsbeirat zur endgültigen Beschlußfassung übertragen hat (§ 82 Abs. 4 Satz 1 HGO). Dabei weist der Autor allerdings darauf hin, daß in der Praxis für eine solche Delegation „nur wenig übrigbleibt“, wie etwa die Benennung von Straßen oder Grundstücksgeschäfte in gewissen Grenzen.

Erwähnt wird auch die zweite die Stellung der Ortsbeiräte (§§ 81, 82 HGO) unmittelbar betreffende Änderung: Durch das Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 20. Mai 1992 (GVBl. I S. 170) wurde § 81 Abs. 3 HGO a. F. gestrichen, mithin die Regelung, daß der Ortsbeirat das Schicksal der Gemeindevertretung, z. B. im Fall einer erfolgreichen Wahl-anfechtung, teilt, aufgegeben. Nach Einführung der unmittelbaren Wahl der Ortsbeiräte hat diese Verknüpfung ihren Sinn verloren.

Der anzuzeigende Band gewinnt insbesondere durch die Hinzufügung eines zweiten Kapitels „Der Ausländerbeirat“ an Wert, nachdem auf Grund der maßgeblichen Einwohnerzahlen des Hessischen Statistischen Landesamtes bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt mehr als ein Viertel aller hessischen Gemeinden gemäß § 84 Satz 1 HGO verpflichtet sind, einen Ausländerbeirat einzurichten. Nach Aufgabenstellung und Struktur lassen sich Ausländerbeiräte mit den Ortsbeiräten vergleichen, welche die besonderen Interessen der Einwohner eines Ortsbezirks wahrnehmen. Folgerichtig ist die Rechtsstellung der Ausländerbeiräte derjenigen der Ortsbeiräte nachgebildet. Das Gesetz zählt beide zu den „Maßnahmen zur Förderung der Selbstverwaltung“ (Überschrift des 4. Abschnittes des 5. Teils der HGO). Durch die Bezeichnung „Beirat“ wird die lediglich beratende Funktion — ohne eigene Entscheidungskompetenz — der institutionalisierten Interessenvertretung der ausländischen Einwohner unterstrichen (vgl. Schmitt-Glaeser/Horn, Bayerische Verwaltungsblätter 1993, 1, 6). Anders als die Ortsbeiräte haben die Ausländerbeiräte allerdings eine eigene Geschäftsordnungsautonomie (§ 87 Abs. 3 Satz 1 HGO) und das Recht auf mündliche Anhörung in den Sitzungen der Ausschüsse bei Tagesordnungspunkten, die Interessen der ausländischen Einwohner berühren.

Als Organisationshilfen für die Kommunalverwaltung enthält die Broschüre im Anhang Muster einer Satzung zur Änderung der Hauptsatzung für die Einrichtung eines Ortsbeirats sowie eines Ausländerbeirats und eine Mustergeschäftsordnung für die Ortsbeiräte. Ein detailliertes Stichwortverzeichnis erleichtert den Zugang zu den unterschiedlichen Themenbereichen. Wer praktische Arbeit in der Kommunalpolitik leisten will, wird dieses Handbuch zu schätzen wissen.

Regierungsdirektor Ulrich Dreßler

Silvio Gesell: Gesammelte Werke. Herausgegeben von der „Stiftung für persönliche Freiheit und Soziale Sicherheit“, Hamburg. Band 11: 1920; 1991, 440 S., kart., 48,— DM, ISBN 3-87998-421-2; Band 12: 1920 bis 1921; 393 S., kart., 48,— DM, ISBN 3-87998-422-0. Gauke Verlag, Fachverlag für Sozialökonomie, 24319 Lütjensburg.

Band 11 ist ganz dem Hauptwerk Silvio Gesells: „Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“ in der 4., letztmalig vom Autor überarbeiteten Auflage gewidmet. Gesell legt hier seine wesentlichen Kerngedanken zu einer der menschlichen Natur (Eigennutz) angepaßten Wirtschaftsordnung, dem damit verbundenen Abbau der Staatswirtschaft sowie der Beseitigung der arbeitslosen Einkommen Zins (durch Frei- oder Schwundgeld) und Grundrente (durch Freiland) dar. In einer natürlichen Wirtschaft sollen sich die Talente jedes Individuums in fairem Wettstreit ohne jegliche Privilegien frei entfalten können und dem einzelnen das Recht auf seinen vollen Arbeitsertrag gesichert werden. Gesell erwartet auf diese Weise ein friedlicheres Zusammenleben der Menschen und daß „die Menschheit unter der Führung der Edelsten den schon lange unterbrochenen Aufstieg zu göttlichen Zielen wieder aufnehmen wird“.

Wenngleich die Lehre des in seinem eigentlichen Beruf als Kaufmann wirtschaftlich sehr erfolgreichen Gesell durchaus utopische Züge an sich trägt, die soziale und ökologische Dimension einer Wirtschaftsordnung von ihm (zeitbedingt!) nur teilweise bzw. rudimentär gesehen wird, so kann die

„Natürliche Wirtschaftsordnung“ in gewisser Hinsicht auch heute noch oder vielleicht gerade heute wieder eine gewinnbringende Lektüre darstellen.

Das Augenmerk der Leserschaft sollte dann aber weniger auf die erheblichen Umsetzungsprobleme der Gesellschen Vorschläge gerichtet sein, z. B. die Transformation bestehender Wirtschaftsordnungen in die „natürliche“ Wirtschaftsordnung, die Bestimmung der „richtigen“ Schwundrate gehorteten Geldes oder der Verhinderung einer extremen Flucht in die Sachwerte als Folge der Einführung von Freigeld, das seiner Funktion als Wertaufbewahrungsmittel weitestgehend entkleidet ist, und auch nicht primär der Frage gelten, ob und inwieweit Boden denn die natürlichen Ressourcen (Rohstoffe, Umweltgüter) insgesamt mitumfassen kann.

Vielmehr verweist das Gedankengebäude Gesells zuerst einmal grundsätzlich auf den essentiellen Zusammenhang von Natur und Wirtschaftsgeschehen. Darüber hinaus läßt sich anhand der Lehre von Freiland und Freigeld durchaus ergiebige Material für eine Diskussion über eine Konkretisierung der verfassungsmäßig verankerten Sozialpflichtigkeit des Eigentums gewinnen. So gesehen kommen diejenigen, welche sich um eine umfassende Analyse und gerechte Lösung unserer gegenwärtigen drängenden Konjunktur- und Strukturprobleme bemühen, um eine ernsthafte Prüfung auch der Gesellschen Grundgedanken kaum herum.

Band 12 der gesammelten Werke vereinigt zumeist kleinere Beiträge zu unterschiedlichen Fragestellungen. Das Spektrum reicht hierbei von der Verteidigungsrede Gesells vor Gericht, als er wegen Hochverrats im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für die Münchner Räteregierung angeklagt war (Ergebnis: Freispruch), über eine Abhandlung zur Errichtung des Reichswährungsamts (für die Angelegenheiten der Reichswährung anstelle der Reichsbank) bis hin zur Kampfschrift „Vaterland und Kommunismus“, in der Gesell mit Kommunisten wie Kapitalisten gleichermaßen rigoros abrechnet.

Regierungsrat z. A. Dr. Bernhard Schulz

Aufgabenverlagerung und gemeindliche Aufgabengarantie. Von Joachim Kronisch. 1993, 162 S., brosch., 49,— DM (Kommunalrecht — Kommunalverwaltung, Bd. 10). Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. ISBN 3-7890-2792-8

Die Krise der kommunalen Selbstverwaltung wird schon seit Jahren in Rechtsprechung, Literatur und Reden beschworen. Entörtlichungsprozess und wirtschaftliche Notwendigkeit sind Stichworte, die im Zusammenhang mit Aufgabenverlagerungen und Zentralisierungen zu hören sind. Die Verwaltungsreform Ende der 60er und in den 70er Jahren hat hieran nur wenig geändert. Es rächt sich, daß sie seinerzeit durchgeführt wurde, ohne eine klare Perspektive für die Gliederung unseres politisch-administrativen Systems zu besitzen. Die jetzt herausgekommene Schrift des früheren Ministerpräsidenten Albert Oswald, in dessen Amtszeit die Verwaltungsreform ihren Höhepunkt erfuhr, macht deutlich, wie pragmatisch — trotz aller Bemühungen um Theorie — damals gehandelt wurde. Dabei fragt es sich, ob für die Gemeinde eine funktionale Identität überhaupt gefunden werden kann, ob sie nicht — jedenfalls zu einem erheblichen Teil — eine wertvolle „Durchlaufgröße“ ist, in der die Aufgaben, nachdem sie im lokalen Bereich „geschaffen“ worden sind, sich im Laufe der Zeit zu übergreifenden Aufgaben entwickeln und in größere funktionale Zusammenhänge hineinwachsen.

Die vorgelegte Veröffentlichung über die Aufgabenverlagerung und gemeindliche Aufgabengarantie bewegt sich im wesentlichen in den hergebrachten Argumentationssträngen. Der Fall Rastede wird in seinen verschiedenen Verastelungen behandelt. Sind sich doch das Oberverwaltungsgericht, das Bundesverwaltungsgericht und das Bundesverfassungsgericht im besagten Fall nicht einig gewesen. Auch aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts kann keine endgültige Klage gewonnen werden. Es ist zu vermuten, daß es bei dieser Entscheidung nicht sehr lange bleibt. Die Rastede-Diskussion bot immerhin in den letzten Jahren hinreichend Gelegenheit zu umfassenden Auseinandersetzungen um die Inhalte des aufgabenbezogenen Elements der gemeindlichen Selbstverwaltungsgarantie. Die Diskussion zeigt allerdings, daß vieles nicht gesichert ist und auch das Bundesverfassungsgericht mit seiner Argumentation z. T. in einem Kreis läuft.

Die vorliegende Arbeit ist am Institut für Kommunalrecht der Universität Osnabrück entstanden und hat dort dem Fachbereich Rechtswissenschaften im Sommersemester 1991 unter dem Titel „Aufgabenverlagerung und gemeindliche Aufgabengarantie“ als Diskussionsgrundlage vorgelegen. Sie ist allen kommunalpolitisch und kommunalrechtlich Interessierten zu empfehlen.

Ministerialrat Dr. Karl Reinhard Hinkele

Rußland und Deutschland — Nachbarn in Europa. Von Oleg Bogomolow / Heinrich Vogel (Hrsg.). 1992, 238 S., geb., 49,— DM (Schriftenreihe des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Bd. 23). Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. ISBN 3-7890-2767-7

Der Verfall des sowjetischen Imperiums und die Vereinigung Deutschlands haben die politische Landschaft Europas und die Weltlage grundlegend geändert. Sorgen bereiten vor allem die Probleme Rußlands und der übrigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Auf Deutschland richten sich große Erwartungen, aber auch Befürchtungen der Nachbarn, wobei die Erwartungen objektiv wohl problematischer sind als die Befürchtungen, die uns subjektiv allerdings soweit gebracht haben, daß wir mit brennenden Kerzen vor Angst (vor uns selbst?) herumirren, statt in unserer Politik, Verwaltung, Justiz und jeder an seinem Platz in souveräner Weise dem Radikalismus entgegenzutreten.

Die Beiträge des Sammelbandes diskutieren die Belastung Rußlands durch das sowjetische Erbe, die Transformationsprobleme dort und in der Bundesrepublik sowie Perspektiven einer Erweiterung der europäischen Integration unter diesen Rahmenbedingungen. Das Buch richtet sich an alle, die in Wissenschaft, Publizistik und politischer Bildung an zeitgeschichtlichen und europäischen Fragen interessiert sind.

Die Autoren der Beiträge sind durch international beachtete Veröffentlichungen hervorgetreten. Herausgeber sind Professor Dr. Oleg T. Bogomolow, Leiter des Instituts für Weltwirtschaft und politische Studien der russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau, und Professor Dr. Heinrich Vogel, Direktor des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

Der Band besteht aus drei Teilen:

„Rußland und das sowjetische Erbe“

„Wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation — ein Problem für Rußland und Deutschland“

„Der Weg Rußlands nach Europa“

Gewisse Schwerpunkte der Beiträge sind wohl der von Gerhard Simon: „Die Entstehung neuer Staaten auf dem Territorium der früheren Sowjetunion“ und der von Leonid Zedilin: „Politik und Gesellschaft im vereinten Deutschland: Bleibt die Spaltung nach der Vereinigung?“

Die goldfarbenen Figuren im absterbenden Ausstellungsgelände der sowjetischen/russischen Errungenschaften in Moskau, jede eine der ehemaligen Unionsrepubliken typisch darstellend, sind beweglich geworden und haben sich aus dem festgefügtten Kreis gelöst. Sie tanzen den Tanz der Freiheit und haben noch keinen Rhythmus gefunden. Der zentrale Punkt dieser überdimensionalen Darstellung in Moskau, nämlich die Sowjetunion, hat sich verflüchtigt. Die GUS-Staaten (Gründungsakte in Minsk und Alma Ata vom 8. und 23. Dezember 1991) stellen weder einen Staatenbund noch eine supranationale Gemeinschaft dar. Sie sind nur in einzelnen Aufgabenbereichen lose verbunden, aber auch insoweit zerstritten. Die Angaben über die

Zahl der Nachfolge-Staaten der Sowjetunion sind in der Literatur unterschiedlich. Simon verzichtet in seiner Publikation ganz auf eine Zahlenangabe, wie überhaupt die staatlich-organisatorische Perspektive in der gesamten Veröffentlichung leider vernachlässigt wird. Die Sowjetunion bestand jedenfalls aus fünfzehn Gliedstaaten und einigen autonomen Gebieten. Rußland selbst als einer der fünfzehn Gliedstaaten — heute der wichtigste GUS-Staat — besteht zur Zeit, so muß man wohl formulieren, aus 26 Einzelstaaten und zehn autonomen Gebieten. Dabei ist die Abgrenzung zwischen Gliedstaaten und autonomen Gebieten schwierig festzustellen. Daher ergeben sich auch in verschiedenen Veröffentlichungen andere Zahlen, wie z. B. 21 Einzelstaaten und 15 autonome Gebiete. Der neue Verfassungstext Jelzins könnte Aufschluß geben.

Die wichtigsten Klammern für den Zusammenhalt der Nationalitäten entfielen: Die sowjetische Armee mangels Auftrag, die KPdSU infolge ihres Verbots und die Zentralregierung infolge ihrer Auflösung Ende des Jahrs 1991.

Ob von der Wirtschaft Impulse für einen Mindestzusammenhang ausgehen, erscheint fraglich. Immerhin liegt es nahe, hierauf zu hoffen, da die Strukturen der ehemaligen wirtschaftlichen Zentrallenkung hierfür gewisse Bedingungen abgeben. Allerdings ist die Regionalisierung der Wirtschaft schon eingeleitet und ein wesentlicher Teil der Intellektuellen, die die Reform tragen könnten, ist wegen der Parteizugehörigkeit in Mißkredit geraten.

Zedilin stellt in seiner Veröffentlichung über Politik und Gesellschaft im vereinten Deutschland fest, daß dem Verlust der nationalen Identität in der früheren DDR eine erhebliche Bedeutung zukomme. Dem kann zugestimmt werden. Ob die Beurteilung Zedilins und zum Teil auch anderer Verfasser nicht doch zu eng ist, wenn er z. B. meint, durch die Massenarbeitslosigkeit sei das mangelnde Selbstvertrauen in den neuen Bundesländern entstanden, müßte diskutiert werden. Hier fehlt es an wichtigen Betrachtungen über die Art und Weise (verfassungsrechtlich, politisch, verwaltungsmäßig, wirtschaftlich und menschlich), wie die damalige DDR als „der verlorene Sohn“ vereinnahmt wurde. Da wird völlig übersehen, was die „alte BRD“ bewirkte, vom mangelnden politischen Gespür, dem leichtfertigen Versprechen und der Ahnungslosigkeit der Regierung, über Fehlentwicklungen bei der Arbeit der Clearingkommission bis hin zur Tätigkeit von sogenannten Leihbeamten, die häufig alles besser wußten. Die Schlussfolgerungen der Veröffentlichung gerät leider zu sehr in übliche Bahnen, wie z. B. höhere Kriminalität, Rechtsextremismus u. ä. Die These ist unrichtig: „Das, was in der ersten Etappe der inneren Vereinigung schon erreicht ist, muß insgesamt Anlaß zur Zufriedenheit bei einem großen Teil der Bevölkerung im Osten wie auch im Westen geben“. Warum wohl haben 174 nordamerikanische Professoren und Dozenten für deutsche Kultur und Geschichte gegen einen Beitrag von Fritz J. Raddatz in „der Zeit“ Stellung genommen und sich mit Christa Wolf solidarisiert?: „Wir haben nicht die tröstliche Gewißheit, daß wir anders als Christa Wolf gehandelt hätten.“ Die Veröffentlichung ist lesenswert, weil sie zur kritischen Diskussion anregt.

Ministerialrat Dr. Karl Reinhard Hinkel

ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1993

MONTAG, 13. DEZEMBER 1993

Nr. 50

Gerichtsangelegenheiten

4902

371 Ea — 17 — 4 — Erlaubnisurkunde: Herr Ronny Weigand, geboren am 28. März 1956 in Bernbach, jetzt Freigericht, wohnhaft Josef-Seliger-Straße 18, 61118 Bad Vilbel, wird gemäß Artikel 1 § 1 Abs. 1 Satz 2 Ziffer 4 des Rechtsberatungsgesetzes vom 13. Dezember 1935 (RGBl. I S. 1478) die Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten als Inkassounternehmer für die außergerichtliche Einziehung von Forderungen (Inkassobüro) erteilt.

Frankfurt am Main, 27. 10. 1993
Der Präsident des Landgerichts

4903

7 V 133: Mit Verfügung vom 31. August 1993 — 7 V 133 — habe ich auf Grund des vorgelegten Verzichts die mit Verfügung vom 4. Juli 1978 erteilte Erlaubnis zur Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten widerrufen. Die Rücknahmeverfügung ist rechtskräftig.

Marburg, 25. 11. 1993
Der Präsident des Landgerichts

Güterrechtsregister

4904

GR 694 — Neueintragung — 23. 11. 1993: Eheleute Rolf-Dieter Zeiger, geboren am 18. 10. 1967, und Christiane Zeiger geb. Rasbach, geboren am 28. 11. 1968, beide wohnhaft in Taunusstein. Durch notariellen Vertrag vom 7. August 1993 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnngemeinschaft ausgeschlossen und Gütertrennung vereinbart.

Bad Schwalbach, 23. 11. 1993 Amtsgericht

4905

GR 2574 — Neueintragung — 26. 11. 1993: Harnischfeger, Frank, und Harnischfeger geb. Troß, Yvonne, Steinfurther Weg 9, 61200 Wölfersheim-Melbach. Gütertrennung durch Vertrag vom 9. Juli 1993.

Friedberg (Hessen), 26. 11. 1993 Amtsgericht

4906

8 GR 1449 — Neueintragung — 10. 11. 1993: Eheleute Hanspeter Robert Willi Hauss, geboren am 9. 10. 1943, und Perrine Elyse Henriette Hauss geb. Macho, geboren am 10. 5. 1946, beide wohnhaft in Schwalbach am Taunus. In der notariellen Urkunde vom 23. Juli 1976 ist Gütertrennung vereinbart nach Artikel 1536 bis 1541 des Code Civil der Französischen Republik.

Königstein im Taunus, 24. 11. 1993
Amtsgericht

4907

GR 821 — Neueintragung — 26. 11. 1993: Eheleute Stephan Schuster, geboren am 13. 12. 1965, und Gabriele Giesela Schuster geb. Beltz, geboren am 1. 2. 1959, beide wohnhaft Elkerhäuser Berg 18, 35789 Weilmünster-Wolfenhausen. Durch Ehevertrag vom 14. Mai 1993 ist Gütertrennung vereinbart. Das Recht der Ehegatten, daß der jeweilige andere berechtigt ist, Geschäfte zur angemessenen Deckung des Lebensbedarfes der Familie mit Wirkung für den anderen zu besorgen, ist ausgeschlossen.

Weilburg, 26. 11. 1993 Amtsgericht

4908

GR 1268 — Neueintragung — 25. 11. 1993: Eheleute Jochen Kirchhof, geboren am 3. 1. 1966, und Martina Kirchhof geb. Siering, geboren am 28. 5. 1964, Zum Rasenberg 1, 35619 Braunfels. Durch Ehevertrag vom 2. August 1993 ist Gütertrennung vereinbart. Die Befugnis, Geschäfte zur angemessenen Deckung des Lebensbedarfs der Familie mit Wirkung auch für den anderen Ehegatten zu besorgen, ist gegenseitig ausgeschlossen.

Wetzlar, 29. 11. 1993 Amtsgericht

Vereinsregister

4909

VR 421 — Neueintragung — 12. 11. 1993: Förderverein NEPOMUK Altstadt, Altstadt.

Büdingen, 12. 11. 1993 Amtsgericht

4910

VR 436 — Neueintragung — 18. 11. 1993: Arbeiterwohlfahrt, Ortsverein Büdingen und Umgebung, Büdingen.

Büdingen, 18. 11. 1993 Amtsgericht

4911

VR 714 — Neueintragung — 23. 11. 1993: Verein zur Beschaffung christlicher Versammlungsräume, Weidelbach in Haiger-Weidelbach.

Dillenburg, 23. 11. 1993 Amtsgericht

4912

3 VR 386 — Neueintragung — 24. 11. 1993: Feuerwehr Laisa 1844, 35088 Battenberg (Eder)-Laisa.

Frankenberg (Eder), 24. 11. 1993 Amtsgericht

4913

VR 857 — Neueintragung — 1. 12. 1993: Gesellschaft zur Förderung der Rose, Bad Nauheim.

Friedberg (Hessen), 1. 12. 1993 Amtsgericht

4914

VR 451 — Neueintragung — 24. 11. 1993: Chorverein Hebel 1951, Wabern-Hebel.

Fritzlar, 24. 11. 1993 Amtsgericht

4915

Neueintragungen beim Amtsgericht Fürth (Odw.)

VR 460 — 24. 11. 1993: TÜRK SPOR WALD-MICHELBAACH/WAHLEN, Wald-Michelbach.

VR 461 — 24. 11. 1993: Gesangverein „Sängerlust“ 1898 Schlierbach, Lindenfels-Schlierbach.

Fürth (Odw.), 26. 11. 1993 Amtsgericht

4916

VR 507 — Neueintragung — 24. 11. 1993: Verein der Freunde Pertuis. Sitz: 35745 Herborn.

Herborn, 24. 11. 1993 Amtsgericht

4917

VR 105 — Neueintragung — 30. 11. 1993: Rhönklub-Zweigverein Tann (Rhön) in Tann (Rhön).

Hilders, 30. 11. 1993
Amtsgericht Fulda, Zweigstelle Hilders

4918

VR 369 — Neueintragung — 24. 11. 1993: DLRG — Ortsgruppe Oberweser e. V., Oberweser.

Hofgeismar, 25. 11. 1993 Amtsgericht

4919

VR 472 — Neueintragung — 23. 11. 1993: Sudetendeutsche Rückkehr (SdR), Sitz in 65527 Niedernhausen.

Idstein, 23. 11. 1993 Amtsgericht

4920

8 VR 603 — Neueintragung — 23. 11. 1993: Förderverein der Ernst-Reuter-Schule Egelsbach, Egelsbach.

Langen, 23. 11. 1993 Amtsgericht

4921

8 VR 604 — Neueintragung — 23. 11. 1993: Odenwaldklub Ortsgruppe Langen e. V., Langen.

Langen, 23. 11. 1993 Amtsgericht

4922

7 VR 748 — Neueintragung — 24. 11. 1993: Tischtennis-Club 1968 Werschau, Sitz: Brechen, Ortsteil Werschau.

Limburg a. d. Lahn, 24. 11. 1993 Amtsgericht

4923

VR 523 — Neueintragung — 24. 11. 1993: Akkordeon-Ensemble Rüsselsheim, Rüsselsheim.

Rüsselsheim, 24. 11. 1993 Amtsgericht

4924

VR 524 — **Neueintragung** — 25. 11. 1993:
Selbstverteidigungs-Verein Rüsselsheim —
SVR —, Rüsselsheim.

Rüsselsheim, 25. 11. 1993 **Amtsgericht**

4925

VR 426 — **Neueintragung** — 24. 11. 1993:
Kulturforum Ramholz, Schlüchtern.

Schlüchtern, 24. 11. 1993 **Amtsgericht**

4926

VR 591 — **Neueintragung** — 26. 11. 1993:
Internationale medizinische und technische
Hilfsorganisation IMTHO e. V., Rodgau.

Seligenstadt, 26. 11. 1993 **Amtsgericht**

4927

VR 592 — **Neueintragung** — 26. 11. 1993:
Obst- und Gartenbauverein Zellhausen e. V.,
Mainhausen-Zellhausen.

Seligenstadt, 26. 11. 1993 **Amtsgericht**

Vergleiche — Konkurse**4928**

N 24/93: Über das Vermögen des **Herrn Heinrich Zilch, Freiherr-vom-Stein-Straße 13, 36251 Ludwigsau-Mecklar**, wird heute, am 24. November 1993, 15.35 Uhr, Konkurs eröffnet wegen Zahlungsunfähigkeit.

Zum Konkursverwalter wird Herr Rechtsanwalt Dr. Gerald Derwisch-Ottenberg, Lindenstraße 28, 36037 Fulda, ernannt.

Konkursforderungen sind beim Gericht zweifach und mit den bis zum Tage der Konkurseröffnung errechneten Zinsen anzumelden bis 20. Januar 1994.

Vor dem Amtsgericht Bad Hersfeld, Dudenstraße 10, Raum 5, Erdgeschoß, werden folgende Termine abgehalten:

28. Januar 1994, 8.30 Uhr, Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, über die Wahl eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände.

4. Februar 1994, 8.30 Uhr, Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen.

Wer eine zur Konkursmasse gehörende Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 20. Januar 1994 anzeigen.

Post- und Telegrammsperre wird angeordnet.

Zum Geldinstitut für Hinterlegungen wird bestimmt: Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg in Bad Hersfeld.

Bad Hersfeld, 24. 11. 1993 **Amtsgericht**

4929

1 N 54/87 a — **Beschluß**: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Kelling KG**, vertreten durch den phG Egon Kelling, Hauptstraße 101, 61184 Karben, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Bad Vilbel, 24. 11. 1993 **Amtsgericht**

4930

61 N 105/90: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **S. + M. Modever-**

triebs-GmbH in Weiterstadt ist gemäß § 204 KO eingestellt.

Festgesetzt sind:

Vergütung des Verwalters: 23 167,19 DM,
seine Auslagen: 3 945,14 DM.

Darmstadt, 25. 11. 1993 **Amtsgericht, Abt. 61**

4931

81 N 265/92 — **Beschluß**: Das Konkursverfahren über das Vermögen der **Intertrade GmbH Devisenhandels-Gesellschaft, Kennedyallee 93, 60596 Frankfurt am Main**, gesetzlich vertreten von dem Geschäftsführer Werner Hofmann, wird nach Abhaltung des Schlußtermins nach § 163 KO aufgehoben.

Frankfurt am Main, 28. 10. 1993 **Amtsgericht, Abt. 81**

4932

81 N 924/93: Über den Nachlaß des zwischen dem 11. und 15. 3. 1993 verstorbenen **Herrn Mohammed Reza Vafairesht, wohnhaft gewesen: Wittelsbacherallee 182, 60385 Frankfurt am Main**, wird heute, am 18. November 1993, 14.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Manfred Burghardt, Leerbachstraße 107, 60322 Frankfurt am Main, Tel. 5 97 66 55.

Konkursforderungen sind bis zum 30. Dezember 1993, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO und Prüfungstermin am

6. Januar 1994, 9.10 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Heiligkreuzgasse 34, Gebäude A, II. Stock, Zimmer Nr. 283.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 30. Dezember 1993 ist angeordnet.

Frankfurt am Main, 18. 11. 1993 **Amtsgericht, Abt. 81**

4933

81 N 88/91 — **Beschluß**: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Bernd Kessler GmbH, Leipziger Straße 44, 60487 Frankfurt am Main**, wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis, anberaumt auf den

9. Februar 1994, 9.25 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Heiligkreuzgasse 34, Gebäude A, II. Stock, Zimmer Nr. 283.

Für den Verwalter werden festgesetzt:

a) Vergütung: 92 000,— DM,
b) Auslagen: 154,26 DM,
jeweils einschließlich Steuer.

Frankfurt am Main, 23. 11. 1993 **Amtsgericht, Abt. 81**

4934

81 N 937/93: Über das Vermögen der Firma **ISO-Dach- und Gerüstbau GmbH, Lärchenstraße 29, 65933 Frankfurt am Main**, wird heute, am 23. November 1993, 11.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Bernhard Hembach, Stiftstraße 22, 60313 Frankfurt am Main, Tel. 0 69/28 53 26.

Konkursforderungen sind bis zum 31. Dezember 1993, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO, am Mittwoch, 19. Januar 1994, 9.25 Uhr,

Prüfungstermin am Mittwoch, 16. Februar 1994, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Heiligkreuzgasse 34, Gebäude A, II. Stock, Zimmer Nr. 283.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 31. Dezember 1993 ist angeordnet.

Frankfurt am Main, 23. 11. 1993 **Amtsgericht, Abt. 81**

4935

81 N 851/93: Über das Vermögen der Firma **Global Elemente Bau GmbH**, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Heinz Jürgen Bölling, Hölderlinstraße 9, 60316 Frankfurt am Main, wird heute, am 24. November 1993, 10.30 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Hans-Joachim Ritz, Am Fischstein 48, 60487 Frankfurt am Main, Tel. 70 39 19.

Konkursforderungen sind bis zum 31. Dezember 1993, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag, bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO und Prüfungstermin am

18. Januar 1994, 9.20 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Heiligkreuzgasse 34, Gebäude A, II. Stock, Zimmer Nr. 283.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 31. Dezember 1993 ist angeordnet.

Frankfurt am Main, 24. 11. 1993 **Amtsgericht, Abt. 81**

4936

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Bernd Kessler GmbH, Leipziger Straße 44, Frankfurt am Main**, soll die Schlußverteilung erfolgen. Der verfügbare Massebestand beträgt 120 875,74 DM, wozu die aufgelaufenen Zinsen treten. Dagegen gehen ab: das Honorar und die Auslagen des Konkursverwalters sowie die noch nicht erhobenen Gerichtskosten.

Zu berücksichtigen sind 819 694,42 DM bevorrechtigte und 3 128 430,87 DM nichtbevorrechtigte Forderungen.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht für die Beteiligten auf in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt, Abt. 81.

Frankfurt am Main, 26. 11. 1993
Der Konkursverwalter
Brauburger

4937

N 27/93: Über das Vermögen der Firma **Gebr. Hirt GmbH, Wickstädter Straße 2, 61194 Niddatal**, ist am Montag, dem 22. November 1993, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet worden.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Walter Leister, Alicestraße 2, 61231 Bad Nauheim.

Konkursforderungen sind bis zum 28. Januar 1994 dem Gericht in zwei Stücken anzumelden. Vertreter von Gläubigern haben Vollmacht mit einzureichen oder diese im Termin vorzulegen.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines anderen Verwalters, eines Gläubigerausschusses und über die in den §§ 132, 134 und 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist am

Freitag, dem 14. Januar 1994, 11.30 Uhr, und Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am

Freitag, dem 25. Februar 1994, 11.00 Uhr, Amtsgericht Friedberg (Hessen), Homburger Straße 18, Saal 28, Erdgeschoß.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderung, für die er aus der Masse gesonderte Befriedigung verlangt,

dem Verwalter bis zum 28. Januar 1994 anzeigen.

Friedberg (Hessen), 23. 11. 1993 Amtsgericht

4938

7 N 56/84: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Zahntechnisches Laboratorium Ellwood Herrmann GmbH, zuletzt Haimbacher Straße 11, Fulda, zuletzt vertreten durch den Geschäftsführer Josef Perweiler, ist gemäß § 204 KO eingestellt.

Schlußtermin am 17. Januar 1994, 10.00 Uhr, Zimmer 104, I. Stock, im Amtsgericht Fulda, Königstraße 38.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 4 000,— DM festgesetzt.

Fulda, 29. 11. 1993 Amtsgericht

4939

7 N 41/93: In dem Konkursantragsverfahren betreffend die Firma SZT Sägewerk und Zimmerei, Tiefengruben GmbH, Kasseler Straße 1 in 36116 Neuhof-Tiefengruben, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführer Helmut Schmidt-Soltan und Walter Göller, wird die angeordnete Sequestration sowie das Veräußerungsverbot vom 27. Juli 1993 aufgehoben.

Fulda, 1. 12. 1993 Amtsgericht

4940

N 31/92 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Rein Baurträger GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Dieter Rein, Hauptstraße 39, 63594 Hasselroth 3, wird dem Konkursverwalter gemäß § 7 VergütVO gestattet, der Konkursmasse einen Vorschuß in Höhe von 5 500,— DM zu entnehmen. Der Vorschuß ist auf die endgültige Vergütung anzurechnen.

Gelnhausen, 23. 11. 1993 Amtsgericht

4941

42 N 31/93 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Betriebswirts Holger Bär, Unterstruth 71, 35418 Buseck-Großen-Buseck, wird zur Beschlußfassung über die Genehmigung zur Veräußerung der im Eigentum bzw. Miteigentum des Gemeinschuldners stehenden Immobilien aus freier Hand eine Gläubigerversammlung auf

Donnerstag, 23. Dezember 1993, 9.00 Uhr, Raum 123, I. Stock, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstraße 1, anberaumt.

Gießen, 30. 11. 1993 Amtsgericht

4942

24 N 102/93: Über das Vermögen des Karl Johannes Verzay, Transporte und Frachtemittlung, Frankensteiner Straße 43, 65479 Gernsheim am Rhein, ist am 24. November 1993, 20.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Diplomrechtspfleger und Rechtsbeistand Klaus Köhle, Heidelberger Straße 195, 64285 Darmstadt.

Konkursforderungen sind bis 7. Februar 1994 beim Gericht in zwei Stücken anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in den §§ 132, 134, 137 und 204 KO bezeichneten Gegenstände:

11. Januar 1994, 10.00 Uhr, und zur Prüfung angemeldeter Forderungen:

8. März 1994, 10.30 Uhr, im Amtsgericht Groß-Gerau, Europaring 11–13.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas

schuldet, darf nichts an den Schuldner ausändigen oder leisten und muß den Besitz der Sachen und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 8. Januar 1994 anzeigen.

Groß-Gerau, 25. 11. 1993 Amtsgericht

4943

24 N 44/92: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Hiller GmbH & Co. KG, Jourdanallee 14, 64546 Mörfelden-Walldorf, persönlich haftende Gesellschafterin Firma Hiller GmbH, diese vertreten durch ihren Geschäftsführer, den Kaufmann Horst Erich Helmut Hiller, wird dem Konkursverwalter Rechtsanwalt und Notar Rolf-Rainer Barenberg, jetzt Henckelstraße 15, 65187 Wiesbaden, genehmigt, der Konkursmasse einen Vorschuß auf seine Auslagen in Höhe von 30 000,— DM zu entnehmen.

Groß-Gerau, 22. 11. 1993 Amtsgericht

4944

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Haas & Wagner GmbH — Bauunternehmung —, Dieselstraße 4, 63526 Erlensee, vor dem Amtsgericht Hanau, Aktenzeichen 42 N 168/81, wurden sämtliche Massegläubiger gemäß § 59 Abs. 1 KO befriedigt.

Die Konkursgläubiger nach § 61 Abs. 1 Ziff. 1 KO erhalten eine Quote von 50%.

Alle übrigen Gläubiger fallen aus.

Hanau, 1. 12. 1993

Der Konkursverwalter
Kloz
Rechtsanwalt und Notar

4945

4 N 24/93: Konkursantragsverfahren betreffend Firma TSD — Dr. Thies, Schiemann & Partner Gesellschaft für Datentechnik, Immenhausen, vertreten durch die Geschäftsführerin Ingrid Schiemann.

Der Schuldnerin ist am 30. November 1993 verboten worden, über Gegenstände ihres Vermögens zu verfügen. Sie darf auch keine Forderungen einziehen.

Hofgeismar, 30. 11. 1993 Amtsgericht

4946

7 N 68/93: Über das Vermögen der Firma TOP CLEAN Gebäudeservice GmbH, Am Lachengraben 5, 63303 Dreieich, vertreten durch den Geschäftsführer Norbert Sauer, ist am 23. November 1993, 10.10 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Dipl.-Rpfl. Klaus Köhle, Heidelberger Straße 195, 64285 Darmstadt.

Konkursforderungen sind bis Donnerstag, 10. Februar 1994, zweifach schriftlich, Zinsen berechnet bis zur Eröffnung, bei Gericht anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände:

Donnerstag, 13. Januar 1994, 10.30 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen:

Donnerstag, 3. März 1994, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht, Zimmerstraße 29, Saal B.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er

aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum Donnerstag, 10. Februar 1994, anzeigen.

Langen, 23. 11. 1993 Amtsgericht

4947

7 N 49/92 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Inverdata Electronics GmbH, Paul-Ehrlich-Straße 17, 63322 Rödermark, wird dem Konkursverwalter gestattet, aus der Masse einen Vorschuß auf seine Vergütung in Höhe von 33 250,— DM zu entnehmen.

Langen, 10. 11. 1993 Amtsgericht

4948

7 N 42/93: Über das Vermögen der Firma LTL Logistic Nahtransport Limburg GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Bernd Greiner, Gartenstraße 24, 65556 Limburg-Staffel, wird am 29. November 1993, 10.45 Uhr, Konkurs eröffnet. Grund: Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit.

Zum Konkursverwalter wird ernannt: Kalcker, Wolfgang, Kölnstraße 135, 53743 St. Augustin-Hangelar.

Konkursforderungen sind beim Gericht zweifach und mit den bis zum Tage der Konkurseröffnung errechneten Zinsen anzumelden bis: 31. Dezember 1993.

Vor dem Amtsgericht, Raum 41, I. Stock, im Gerichtsgebäude A, Schiede 14, Limburg a. d. Lahn, werden folgende Termine abgehalten:

Montag, den 17. Januar 1994, 10.40 Uhr, Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, über die Wahl eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände sowie Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen.

Wer eine zur Konkursmasse gehörende Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 31. Dezember 1993 anzeigen.

Post- und Telegrammsperre wird angeordnet; ausgenommen hiervon sind Sendungen der Justizbehörde Limburg und des Konkursverwalters.

Zum Geldinstitut für Hinterlegungen wird bestimmt: Kreissparkasse Siegburg, Konto 0220 13742.

Limburg a. d. Lahn, 29. 11. 1993 Amtsgericht

4949

7 N 48/93: Über das Vermögen der Hoch- und Tiefbau Gesellschaft für schlüsselfertiges Bauen mbH, Breslauer Straße 5, 65597 Hünfelden-Nauheim, vertreten durch den Geschäftsführer Wolfgang Zochert, ebenda, wird am 29. November 1993, 10.45 Uhr, Konkurs eröffnet. Grund: Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit.

Zum Konkursverwalter wird ernannt: Kalcker, Wolfgang, Kölnstraße 135, 53743 St. Augustin-Hangelar.

Konkursforderungen sind beim Gericht zweifach und mit den bis zum Tage der Konkurseröffnung errechneten Zinsen anzumelden bis: 31. Dezember 1993.

Vor dem Amtsgericht, Raum 41, I. Stock, im Gerichtsgebäude A, Schiede 14, Limburg a. d. Lahn, werden folgende Termine abgehalten:

Montag, den 17. Januar 1994, 10.20 Uhr, Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines

neuen Verwalters, über die Wahl eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände sowie Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen.

Wer eine zur Konkursmasse gehörende Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verpfänden oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 31. Dezember 1993 anzeigen.

Post- und Telegrammsperre wird angeordnet; ausgenommen hiervon sind Sendungen der Justizbehörde Limburg und des Konkursverwalters.

Zum Geldinstitut für Hinterlegungen wird bestimmt: KSK Siegburg, Konto 022013759.

Limburg a. d. Lahn, 29. 11. 1993 Amtsgericht

4950

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Stenzel GmbH, Rheingaustraße 38, 65201 Wiesbaden (Aktenzeichen beim Amtsgericht Wiesbaden 62 N 188/93), wird mitgeteilt:

Nach dem derzeitigen Stand des Verfahrens und der zu erwartenden Masseverwertung ist davon auszugehen, daß die vorhandene Konkursmasse nicht zur vollständigen Deckung der Masseverbindlichkeiten ausreicht.

Die Massegläubiger werden daher gemäß § 60 KO auf Ihre Forderungen nur eine Quote erhalten, deren Höhe noch nicht absehbar ist.

Mainz, 26. 11. 1993

Der Konkursverwalter

Dipl.-Volkswirt Gerd Funcke

4951

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Stenzel CNC-Technik GmbH, Rheingaustraße 38, 65201 Wiesbaden (Aktenzeichen beim Amtsgericht Wiesbaden 62 N 189/93), wird mitgeteilt:

Nach dem derzeitigen Stand des Verfahrens und der zu erwartenden Masseverwertung ist davon auszugehen, daß die vorhandene Konkursmasse nicht zur vollständigen Deckung der Masseverbindlichkeiten ausreicht.

Die Massegläubiger werden daher gemäß § 60 KO auf Ihre Forderungen nur eine Quote erhalten, deren Höhe noch nicht absehbar ist.

Mainz, 26. 11. 1993

Der Konkursverwalter

Dipl.-Volkswirt Gerd Funcke

4952

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Stenzel CNC-Technik GmbH & Co, Verwaltungs-KG, Rheingaustraße 38, 65201 Wiesbaden (Aktenzeichen beim Amtsgericht Wiesbaden 62 N 190/93), wird mitgeteilt:

Nach dem derzeitigen Stand des Verfahrens und der zu erwartenden Masseverwertung ist davon auszugehen, daß die vorhandene Konkursmasse nicht zur vollständigen Deckung der Masseverbindlichkeiten ausreicht.

Die Massegläubiger werden daher gemäß § 60 KO auf Ihre Forderungen nur eine Quote erhalten, deren Höhe noch nicht absehbar ist.

Mainz, 26. 11. 1993

Der Konkursverwalter

Dipl.-Volkswirt Gerd Funcke

4953

1 N 9/93: Konkursantragsverfahren über das Vermögen der Erika Koch, Am Eibinger Markt 8, 65385 Rüdeshheim am Rhein, Inhaberin der Gaststätte Adlerturmschänke, Grabenstraße 8, 65385 Rüdeshheim am Rhein. Infolge Antragsrücknahme wird das am 11. Oktober 1993 verfügte allgemeine Veräußerungsverbot aufgehoben. Das Amt des Sequesters ist beendet.

Rüdeshheim am Rhein, 26. 11. 1993

Amtsgericht

4954

4 N 13/92 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über den Nachlaß der Melitta Kleff ist auf

Mittwoch, den 5. Januar 1994, 14.00 Uhr, Zimmer 16 des Amtsgerichts Usingen, Weilburger Straße 2, eine Gläubigerversammlung einberufen.

Tagesordnung: Anhörung der Gläubiger über einen Grundstücksverkauf.

Usingen, 18. 11. 1993

Amtsgericht

4955

4 N 28/93 — **Beschluß:** In dem Konkursantragsverfahren über das Vermögen der Erdil Bau GmbH, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Usingen unter HRB 1641, vertreten durch den Geschäftsführer Zeki Erdogan, geboren am 6. 1. 1955, wohnhaft: Harheimer Weg 36, Frankfurt am Main, ist gemäß § 106 KO über das Vermögen der Schuldnerin ein allgemeines Veräußerungsverbot zur Sicherung der Masse verhängt worden.

Usingen, 24. 11. 1993

Amtsgericht

4956

4 N 30/93 — **Beschluß:** In dem Konkursantragsverfahren über das Vermögen der Franz Huber, Inhaber der Firma Franz Huber Galabau, Weilburger Straße 25, 61250 Usingen, ist gemäß § 106 KO über das Vermögen der Schuldnerin ein allgemeines Veräußerungsverbot zur Sicherung der Masse verhängt worden.

Usingen, 25. 11. 1993

Amtsgericht

4957

62 N 201/93: Konkursantragsverfahren betreffend Brigitte Irmeler-von Laufenberg, Bodenstedtstraße 7, 65189 Wiesbaden.

Der Schuldnerin ist am 16. November 1993 verboten worden, über Gegenstände ihres Vermögens zu verfügen. Sie darf auch keine Forderungen einziehen.

Wiesbaden, 16. 11. 1993

Amtsgericht

4958

62 N 71/93: In dem Konkursantragsverfahren betreffend C + C Bau GmbH, Goldgasse 16, 65183 Wiesbaden, vertreten durch die Geschäftsführerin Jutta Celikovic.

Infolge Antragsrücknahme wird das am 20. Juli 1993 verfügte allgemeine Veräußerungsverbot aufgehoben.

Wiesbaden, 22. 11. 1993

Amtsgericht

4959

62 N 181/93: Über das Vermögen der F. D. Fitness Dom GmbH, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Joachim Friedrich, Holzstraße 36, 65197 Wiesbaden, wird heute, am 18. November 1993, 17.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Roland H. Paule, Möhringstraße 3-5, 65187 Wiesbaden.

Anmeldungen (doppelt) bis zum 2. Januar 1994. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 2. Januar 1994.

Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am Montag, 17. Januar 1994, 11.00 Uhr, Zimmer 402.

Wiesbaden, 18. 11. 1993

Amtsgericht

4960

62 N 204/93: Konkursantragsverfahren betreffend C & K Bau GmbH, Alte Schmelze 23, 65201 Wiesbaden, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Habib Candogan.

Der Schuldnerin ist am 29. November 1993 verboten worden, über Gegenstände ihres Vermögens zu verfügen. Sie darf auch keine Forderungen einziehen.

Wiesbaden, 29. 11. 1993

Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

4961

3 K 22/93: Das im Grundbuch von Orpethal, Band 5, Blatt 106, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Orpethal, Flur 6, Flurstück 39, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Mühlenstraße 2, Größe 12,62 Ar, soll am Mittwoch, dem 26. Januar 1994, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Arolsen, Rauchstraße Nr. 7, Zimmer Nr. 23, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. 4. 1993 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Friedhelm Müller.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 243 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Arolsen, 24. 11. 1993

Amtsgericht

4962

K 62/92: Die im Grundbuch von Heenes, Band 11, Blatt 350, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Heenes,

lfd. Nr. 1, Flur 5, Flurstück 21, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorf, Größe 1,12 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 5, Flurstück 20, Hof- und Gebäudefläche, Am Hasenrain, Größe 0,08 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 5, Flurstück 23, Gartenland, im Dorf, Größe 10,30 Ar,
 lfd. Nr. 5, Flur 5, Flurstück 19, Hofraum, im Dorf, Größe 0,28 Ar,
 lfd. Nr. 6, Flur 5, Flurstück 22/2, Hof- und Gebäudefläche, Am Hasenrain 11, Größe 5,19 Ar,
 lfd. Nr. 8, Flur 5, Flurstück 22/1, Hof- und Gebäudefläche, Am Hasenrain 11, Größe 0,08 Ar,
 sollen am Mittwoch, dem 9. Februar 1994, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Dudenstraße 10, Saal 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. 11. 1992 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- a) Peter Fäcke,
 - b) Emilie Fäcke,
 - c) Cornelia Fäcke,
 - d) Uwe Fäcke,
- je zu einem Viertel —
 Wert nach § 74 a ZVG:

lfd. Nr. 1:	50 000,— DM,
lfd. Nr. 2:	240,— DM,
lfd. Nr. 4:	1 545,— DM,
lfd. Nr. 5:	840,— DM,
lfd. Nr. 6:	225 000,— DM,
lfd. Nr. 8:	160,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Bad Hersfeld, 29. 11. 1993 Amtsgericht

4963

4 K 12/91: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Kettenbach, Band 15, Blatt 583,
 lfd. Nr. 2, Flur 13, Nr. 48/2, Gebäude- und Freifläche, Obere Weinbergstraße 60, Größe 7,29 Ar,
 soll am Freitag, dem 18. Februar 1994, 10.30 Uhr, Raum 10, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Bad Schwalbach, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. 4. 1991 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
 Maria Gareis,
 Christel Renate Ratazzi, Obere Weinbergstraße 60, Aarbergen.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für lfd. Nr. 2, Flur 13, Nr. 48/2 auf 452 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Bad Schwalbach, 23. 11. 1993 Amtsgericht

4964

8 K 87/93: Der im Grundbuch von Bad Vilbel, Bezirk Okarben, Band 40, Blatt 1527, eingetragene Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

lfd. Nr. 1: 52 118/1 000 000 (zweiundfünfzigtausendeinhundertachtzehn Millionstel) Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Okarben, Flur 2, Flurstück 92/54, LB 968, Hof- und Gebäudefläche, Am tiefen Born 10, Größe 8,84 Ar,
 verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 12 bezeichneten Wohnung, 2. Obergeschoß rechts;

das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (eingetragen in Blatt 1516 bis 1526, Blatt 1528 bis 1531) gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt; der Wohnungseigentümer bedarf zur Veräußerung der Zustimmung des Verwalters, jedoch nicht für den Fall der Veräußerung an den Ehegatten, Verwandte gerader Linie, Verwandte zweiten Grades in der Seitenlinie, der Veräußerung im Wege

der Zwangsversteigerung oder durch den Konkursverwalter, sowie den Erwerb oder die Weiterveräußerung durch Grundpfandgläubiger; im übrigen wird wegen des Gegenstandes und Inhalts des Sondereigentums auf die Bewilligung vom 8. Dezember 1971 Bezug genommen; eingetragen am 1. März 1972;

soll am Dienstag, dem 22. Februar 1994, 9.00 Uhr, Sitzungssaal 3, 2. Ebene, Friedrich-Ebert-Straße 28, 61118 Bad Vilbel, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 9. 9. 1993 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Rolf König, Lindenweg 22, 61184 Karben. Beschlagnahmedatum: 7. September 1993. Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1 auf 148 000,— DM.
 Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Bad Vilbel, 19. 11. 1993 Amtsgericht

4965

8 K 88/93: Der im Grundbuch von Bad Vilbel, Bezirk Okarben, Band 40, Blatt 1525, eingetragene Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

lfd. Nr. 1: 52 012/1 000 000 (zweiundfünfzigtausendzwei Millionstel) Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Okarben, Flur 2, Flurstück 92/54, LB 968, Hof- und Gebäudefläche, Am tiefen Born 10, Größe 8,84 Ar,
 verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 10 bezeichneten Wohnung, 2. Obergeschoß Mitte links;

das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (eingetragen in Blatt 1516 bis 1524, Blatt 1526 bis 1531) gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt; der Wohnungseigentümer bedarf zur Veräußerung der Zustimmung des Verwalters, jedoch nicht für den Fall der Veräußerung an den Ehegatten, Verwandte gerader Linie, Verwandte zweiten Grades in der Seitenlinie, der Veräußerung im Wege der Zwangsversteigerung oder durch den Konkursverwalter, sowie den Erwerb oder die Weiterveräußerung durch Grundpfandgläubiger; im übrigen wird wegen des Gegenstandes und Inhalts des Sondereigentums auf die Bewilligung vom 8. Dezember 1971 Bezug genommen; eingetragen am 1. März 1972;

soll am Dienstag, dem 1. März 1994, 9.00 Uhr, Sitzungssaal 3, 2. Ebene, Friedrich-Ebert-Straße 28, 61118 Bad Vilbel, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 9. 9. 1993 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Rolf König, Lindenweg 22, 61184 Karben. Beschlagnahmedatum: 7. September 1993. Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1 auf 125 300,— DM.
 Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Bad Vilbel, 19. 11. 1993 Amtsgericht

4966

K 6/92: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Bad Wildungen, Band 149, Blatt 4435, Lieg.-B.-Nr. 2102, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bad Wildungen, Flur 14, Flurstück 59/5, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Stresemannstraße 59, Größe 3,70 Ar,
 soll am Freitag, dem 25. Februar 1994, 10.00 Uhr, Sitzungssaal, Erdgeschoß, im Ge-

richtsgebäude, Laustraße 8, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 25. 3. 1992 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

- a) Nette, Helmut, Kaufmann, geboren am 28. 7. 1949,
- b) Nette, Ursula, geborene Schäfer, geboren am 28. 3. 1957, beide in Borken-Kerstenhausen, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 230 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Bad Wildungen, 22. 11. 1993 Amtsgericht

4967

4 K 12/93: Das im Grundbuch von Breidenbach, Band 78, Blatt 2610, eingetragene Grundeigentum,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Breidenbach, Flur 11, Flurstück 119/23, Gebäude- und Freifläche (Betriebsfläche), Formerstraße 5, Größe 46,52 Ar,
 soll am Dienstag, dem 1. Februar 1994, 9.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Biedenkopf, Hainstraße 70 — Nebengebäude —, Raum Nr. 1, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 19. 5. 1993 (Tag des Versteigerungsvermerks):
 Lauber geborene Kaut, Ruth, Arbeiterin, geboren am 22. Juni 1950, Biedenkopf-Breidenstein, Rosenstraße 5.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

1 646 500,— DM.
 Der Wert des Zubehörs (Inventar eines metall- und holzverarbeitenden Betriebes) ist auf 184 860,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Biedenkopf, 4. 11. 1993 Amtsgericht

4968

3 K 28/92: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Rommelhausen, Band 28, Blatt 866,

Gemarkung Rommelhausen, Flur 3, Nr. 32/25, Gebäude- und Freifläche, Wernher-von-Braun-Straße 1, Größe 11,93 Ar,
 soll am Montag, dem 21. Februar 1994, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Büdingen, Schloßgasse 22, Zimmer Nr. 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 20. 7. 1992 (Tag des Versteigerungsvermerks):
 Erika Josun geb. Raab, Wernher-von-Braun-Straße 1, 63694 Limeshain.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

900 000,— DM.
 Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Büdingen, 25. 11. 1993 Amtsgericht

4969

61 K 95/92: Die im Grundbuch von Eberstadt, Band 276, Blatt 10 086, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Eberstadt, Flur 17, Flurstück 674/4, Hof- und Gebäudefläche, Heidelberger Landstraße 99 C, Größe 1,81 Ar,
 sowie der ebenfalls hier eingetragene

lfd. Nr. 2/zu 1: 1/11 Anteil an dem Grundstück, Gemarkung Eberstadt, Flur 17, Flur-

stück 674/8, Hof- und Gebäudefläche, Heidelberger Landstraße, Größe 9,02 Ar, sollen am Mittwoch, dem 9. Februar 1994, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, Saal 8, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. 12. 1992 (Tag des Versteigerungsvermerks) bzgl. lfd. Nr. 1 und am 11. 8. 1993 (Tag des Versteigerungsvermerks) bzgl. lfd. Nr. 2/zu 1:

a) Dr. Martin Stark, Pfungstadt, — zur Hälfte —

b) Elisabeth Maria Stark, daselbst, — zur Hälfte —

Der Wert des Grundeigentums lfd. Nr. 1 ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 610 000,— DM.

Der Wert des 1/11 Anteils lfd. Nr. 2/zu 1 ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 70 000,— DM.

Der Gesamtwert des Grundbesitzes lfd. Nr. 1 und lfd. Nr. 2/zu 1 wird gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 680 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Darmstadt, 22. 11. 1993 **Amtsgericht**

4970

3 K 23/92: Das im Grundbuch von Eschwege, Band 334, Blatt 11 971, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Eschwege, Flur 48, Flurstück 293/1, Gebäude- und Freifläche, Neustadt 77 und 79, Größe 5,07 Ar,

soll am Mittwoch, dem 2. Februar 1994, 10.00 Uhr, Raum 121, I. Stock, im Gerichtsgebäude, Bahnhofstraße 30, 37269 Eschwege, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 7. 5. 1992 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Helga Heckmann, Lengdorf.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Eschwege, 19. 11. 1993 **Amtsgericht**

4971

84 K 47/92: Die im Grundbuch-Bezirk 15 des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 58, Blatt 1999, eingetragene ideelle Hälfte des Grundstücks,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Frankfurt am Main 1, Flur 183, Flurstück 7, Gebäude- und Freifläche, Hafestraße 35, Größe 1,75 Ar,

soll am Freitag, dem 11. Februar 1994, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 60313 Frankfurt am Main, Zimmer 137, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 27. 3. 1992 (Versteigerungsvermerk):

Frau Sonja Luise Pippert geb. Hein, Ginsheim-Gustavsburg, — zur Hälfte —

Der Wert der Grundstückshälfte ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 675 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt am Main, 11. 10. 1993 **Amtsgericht, Abt. 84**

4972

84 K 14/93: Das im Grundbuch-Bezirk 38 des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 141, Blatt 4803, eingetragene Teileigentum,

lfd. Nr. 1: 125,75/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung 38, Flur 40,

Flurstück 5/4, Hof- und Gebäudefläche, Hansenweg 71, Größe 3,76 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an den Räumen im Souterrain, Nr. IV des Aufteilungsplans;

das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt (eingetragen Band 141, Blätter 4800 bis 4802);

zur Veräußerung ist die Zustimmung der Mehrheit der übrigen Wohnungs- bzw. Teileigentümer erforderlich, dies gilt auch für den Fall dieser Zwangsvollstreckung;

soll am Freitag, dem 25. Februar 1994, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 60313 Frankfurt am Main, Zimmer 137, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 17. 3. 1993 (Versteigerungsvermerk):

Herr Karl Heinz Hentschel, Hansenweg 71, 60599 Frankfurt am Main.

Der Wert des Teileigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 116 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt am Main, 25. 10. 1993 **Amtsgericht, Abt. 84**

4973

K 29/93: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Ockstadt, Band 81, Blatt 3350,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Ockstadt, Flur 2, Flurstück 684, Ackerland (Obstbaumstück), Auf der Heide, Größe 13,49 Ar,

halber Miteigentumsanteil, soll am Freitag, dem 28. Januar 1994, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Homburger Straße 18, 61169 Friedberg (Hessen), Raum 28, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 2. 7. 1993 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Marichen Grömling geborene Gröninger, 67346 Speyer, — zum halben Miteigentumsanteil —

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1 349,— DM für den halben Miteigentumsanteil.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Friedberg (Hessen) 25. 11. 1993 **Amtsgericht**

4974

K 6/90: Das im Grundbuch von Niedenstein, Band 55, Blatt 1706, eingetragene Grundeigentum,

Flur 5, Flurstück 151/18, Hof- und Gebäudefläche, Gassenhausener Weg 48, Größe 11,68 Ar,

soll am Freitag, dem 11. Februar 1994, 10.00 Uhr, Raum 15, I. Stock, Schladenweg 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. 2. 1990 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Ullrich Rudolph, Rosel Rudolph geb. Führer, beide Niedenstein, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 375 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Fritzlar, 25. 11. 1993 **Amtsgericht**

4975

K 25/92: Das im Grundbuch von Gras-Ellenbach, Band 15, Blatt 528, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Gras-Ellenbach, Flur 1, Nr. 44/6, Gebäude- und Freifläche, Außerhalb 6, Größe 221,01 Ar,

Flur 5, Nr. 50/7, Verkehrsfläche, Heinrich-Glücklich-Straße, Größe 0,27 Ar,

Flur 5, Nr. 50/8, Verkehrsfläche, Heinrich-Glücklich-Straße, Größe 1,18 Ar,

Flur 1, Nr. 44/5, Landwirtschaftsfläche, Auf der Hardt, Größe 1,36 Ar,

soll am Mittwoch, dem 26. Januar 1994, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Fürth (Odw.), Heppenheimer Straße 15, Raum 8 (Erdgeschoß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 10. 11. 1992 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Johann Schüttinger, Forchheim.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 9 100 000,— DM.

Objekttyp: Hotel, ehemals Kneipp-Kurhaus, zur Zeit leerstehend, 3- und 4geschoßige Gebäude, ca. 85 Zimmer mit Bädern und Balkonen, Nebenräume, Küche, Aufenthaltsräume, Speisesaal, 5 Garagen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Fürth (Odw.), 29. 11. 1993 **Amtsgericht**

4976

K 29-36/93: Die im Grundbuch von Lettgenbrunn, Band 7, Blatt 234, eingetragenen Grundstücke,

Bestandsverzeichnis lfd. Nr. 3, Gemarkung Lettgenbrunn, Flur 8, Flurstück 77/22, Freifläche, Sudetenstraße, Größe 5,37 Ar,

Bestandsverzeichnis lfd. Nr. 4, Gemarkung Lettgenbrunn, Flur 8, Flurstück 77/23, Freifläche, Sudetenstraße, Größe 5,54 Ar,

Bestandsverzeichnis lfd. Nr. 5, Gemarkung Lettgenbrunn, Flur 8, Flurstück 77/24, Freifläche, Sudetenstraße, Größe 5,56 Ar,

Bestandsverzeichnis lfd. Nr. 6, Gemarkung Lettgenbrunn, Flur 8, Flurstück 77/25, Freifläche, Sudetenstraße, Größe 5,52 Ar,

Bestandsverzeichnis lfd. Nr. 7, Gemarkung Lettgenbrunn, Flur 8, Flurstück 77/12, Freifläche, Sudetenstraße 8, Größe 7,96 Ar,

Bestandsverzeichnis lfd. Nr. 9, Gemarkung Lettgenbrunn, Flur 8, Flurstück 77/11, Freifläche, Sudetenstraße 8, Größe 3,99 Ar,

Bestandsverzeichnis lfd. Nr. 11, Gemarkung Lettgenbrunn, Flur 8, Flurstück 77/8, Gebäude- und Freifläche (unbebaut), Sudetenstraße, Größe 2,55 Ar,

Bestandsverzeichnis lfd. Nr. 12, Gemarkung Lettgenbrunn, Flur 8, Flurstück 77/10, Gebäude- und Freifläche (unbebaut), Sudetenstraße 8, Größe 3,98 Ar,

sollen am Montag, dem 21. Februar 1994, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Raum 13, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 5./6. 5. 1993 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Matthias Meyer in Joßgrund.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flurstück 77/22 auf	75 000,— DM,
Flurstück 77/23 auf	78 000,— DM,
Flurstück 77/24 auf	78 000,— DM,
Flurstück 77/25 auf	78 000,— DM,
Flurstück 77/12 auf	112 000,— DM,
Flurstück 77/11 auf	56 000,— DM,
Flurstück 77/8 auf	35 000,— DM,
Flurstück 77/10 auf	56 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Gelnhausen, 19. 11. 1993 **Amtsgericht**

4977

42 K 62/93: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von a) Rodheim, Band 98, Blatt 3561,

lfd. Nr. 1, Flur 14, Nr. 254/144, Ackerland, An der Straße, Größe 12,26 Ar,

b) eingetragen im Grundbuch von Vetzberg, Band 20, Blatt 757,

lfd. Nr. 1, Flur 1, Nr. 192, Ackerland, das Kreuzfeld, Größe 5,09 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 1, Nr. 548/145, Wiese, Grünland die Kreuzwiesen, Größe 3,82 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 1, Nr. 569/206, Ackerland das Kreuzfeld, Größe 4,77 Ar,

c) eingetragen im Grundbuch von Krofdorf-Gleiberg, Band 142, Blatt 4885,

lfd. Nr. 2, Flur 18, Nr. 59, Ackerland, Hinten die Strafehant, Größe 13,12 Ar,

Grünland, Hinten die Strafehant, Größe 4,00 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 38, Nr. 112, Grünland die Großwiese, Größe 7,00 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 38, Nr. 113, Grünland, daselbst, Größe 7,07 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 18, Nr. 71, Ackerland, hinten die Strafehant, Größe 14,03 Ar,

soll am Mittwoch, dem 2. März 1994, 13.30 Uhr, Raum 205, II. Stock, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstraße 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 27. 7. 1993

(Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Hans Moos.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Rodheim, Flur 14, Nr. 254/144 auf

3 678,— DM,

Vetzberg, Flur 1, Nr. 192 auf 2 305,20 DM,

Vetzberg, Flur 1, Nr. 548/145 auf

1 336,50 DM,

Vetzberg, Flur 1, Nr. 569/206 auf

2 169,20 DM,

Krofdorf-Gleiberg, Flur 18, Nr. 59 auf

6 648,— DM,

Krofdorf-Gleiberg, Flur 38, Nr. 112 auf

2 450,— DM,

Krofdorf-Gleiberg, Flur 38, Nr. 113 auf

2 474,50 DM,

Krofdorf-Gleiberg, Flur 18, Nr. 71 auf

5 612,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Gießen, 25. 11. 1993 **Amtsgericht**

4978

42 K 68/93: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Staufenberg, Band 51, Blatt 1744,

lfd. Nr. 2, Flur 11, Nr. 289, Hof- und Gebäudefläche, Am Ruhestein 3, Größe 9,43 Ar,

soll am Mittwoch, dem 16. März 1994, 9.00 Uhr, Raum 205, II. Stock, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstraße 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 12. 8. 1993

(Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Burkhardt Müller,

b) Anita Müller geb. Labsch, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

628 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Gießen, 29. 11. 1993 **Amtsgericht**

4979

42 K 147/92, 42 K 148/92 — **Berichtigung:** Die im Termin am 17. Februar 1994 beim Amtsgericht Hanau zu versteigernde Wohnung Nr. 114 des Aufteilungsplanes sowie des Kfz-Abstellplatzes Nr. S 11 befindet sich in Hanau, Leipziger Straße 30 und Freigerichtstraße 3.

Hanau, 22. 11. 1993 **Amtsgericht**

4980

3 K 14/92: Das im Grundbuch von Hörbach, Gemarkung Hörbach, Band 26, Blatt 891, eingetragene Grundeigentum, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Flur 9, Flurstück 153, Gebäude- und Freifläche, Guntersdorfer Straße (jetzt Auf der Kogels 12), Größe 7,44 Ar,

(Einfamilienhaus mit Pkw-Doppelgarage), soll am Freitag, dem 18. Februar 1994,

9.00 Uhr, Raum 120, I. Stock, Gerichtsgebäude, Westerwaldstraße 16, Herbhorn, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 7. 4. 1992

(Tag des Versteigerungsvermerks):

Marie-Luise Hofmann geb. Kämpfer, Auf der Kogels 12, Herbhorn-Hörbach.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

524 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Herborn, 22. 11. 1993 **Amtsgericht**

4981

3 K 48/92: Das im Grundbuch von Offenbach, Gemarkung Offenbach, Band 39, Blatt 1324, eingetragene Grundeigentum, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 9, Flur 13, Flurstück 40/3, Gebäude- und Freifläche, Oranienstraße, Größe 5,37 Ar,

soll am Freitag, dem 11. März 1994, 9.00 Uhr, Raum 120, I. Stock, Gerichtsgebäude,

Westerwaldstraße 16, Herbhorn, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. 7. 1992

(Tag des Versteigerungsvermerks):

Wetz, Inge, geb. Knaf, in Mittenaar-Offenbach, — zur Hälfte —,

Wetz, Inge, geb. Knaf,

Wetz, Oliver, beide in Mittenaar-Offenbach, — in Erbengemeinschaft zur Hälfte —.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flur 13, Nr. 140/3 auf 430 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Herborn, 25. 11. 1993 **Amtsgericht**

4982

1 K 3/93: Das im Grundbuch von Waldeck, Band 31, Blatt 930, eingetragene Grundeigentum, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Waldeck, Flur 1, Flurstück 270/3, Hof- und Gebäudefläche, Schloßstraße 18, Größe 1,93 Ar,

soll am Freitag, dem 28. Januar 1994, 9.30 Uhr, Raum 132, 1. Stockwerk, im Gerichtsgebäude, Hagenstraße 2, Korbach, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 10. 2. 1993

(Tag des Versteigerungsvermerks):

Willi Schaller, Schloßstraße 18, Waldeck.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

170 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Korbach, 18. 11. 1993 **Amtsgericht**

4983

1 K 23/93: Der im Grundbuch von Willingen, Band 89, Blatt 2596, eingetragene Grundbesitz, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Willingen, Flur 2, Flurstück 57/4, Gebäude- und Freifläche,

Wohnen, Zum Treis 7, Größe 6,30 Ar,

soll am Freitag, dem 4. Februar 1994, 9.30 Uhr, Raum 132, 1. Stockwerk, im Gerichtsgebäude, Hagenstraße 2, Korbach, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. 7. 1993

(Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Volker Scholz,

b) Marita Scholz geb. Pflüger, beide: Briloner Straße 24, Willingen, — je zur Hälfte.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

578 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Korbach, 18. 11. 1993 **Amtsgericht**

4984

7 K 46/91: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Götzenhain, Band 53, Blatt 2519,

lfd. Nr. 3, Flur 6, Flurstück 195/1, Hof- und Gebäudefläche, Röntgenstraße 1, Größe 6,26 Ar,

soll am Dienstag, dem 1. Februar 1994, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Zimmerstraße 29, Saal A, Erdgeschoß, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. 12. 1991

(Tag des Versteigerungsvermerks):

Heinz Leichter,

Danica Leichter geb. Vukmirovic, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

933 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Langen, 9. 11. 1993 **Amtsgericht**

4985

7 K 39/91: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Dreieichenhain, Band 45, Blatt 2487,

lfd. Nr. 2, Flur 5, Flurstück 64/8, Gebäude- und Freifläche, Ringstraße 23, Größe 6,15 Ar,

soll am Dienstag, dem 22. Februar 1994, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Zimmerstraße 29, Saal A, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 29. 10. 1991

(Tag des Versteigerungsvermerks):

Wilhelm Schinko.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

588 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Langen, 15. 11. 1993 **Amtsgericht**

4986

7 K 25/91: Folgender Grundbesitz (Teileigentum), eingetragen im Grundbuch von Langen, Band 450, Blatt 17 064, bestehend in dem 50,94/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Langen, Flur 1, Flurstück 504/4, Gebäude- und Freifläche, Darmstädter Straße 1, Größe 36,51 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Gewerbeinheit, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 114;

der hier eingetragene Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt;

soll am Dienstag, dem 8. Februar 1994, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Zimmerstraße 29, Saal A, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. 8. 1991 (Tag des Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Alfred Griebel.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 162 000,— DM (ohne Inventar).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Langen, 19. 11. 1993

Amtsgericht

4987

1 K 17/93: Das im Grundbuch von Schnellrode, Band 12, Blatt 322, eingetragene Grundeigentum,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Schnellrode, Flur 6, Flurstück 68, Waldfläche, Der Altelauf, Größe 10,70 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Schnellrode, Flur 6, Flurstück 69, Waldfläche, Der Altelauf, Größe 99,64 Ar,

und im Grundbuch von Vockerode, Band 7, Blatt 181, eingetragene Grundeigentum,

lfd. Nr. 29, Gemarkung Vockerode, Flur 3, Flurstück 5, Waldfläche, Aufm Schornstein, Größe 32,68 Ar,

lfd. Nr. 31, Gemarkung Vockerode, Flur 3, Flurstück 28, Landwirtschaftsfläche, Im Götzerode, Größe 48,16 Ar,

lfd. Nr. 32, Gemarkung Vockerode, Flur 3, Flurstück 35, Waldfläche, Buchenrain, Größe 34,73 Ar,

lfd. Nr. 33, Gemarkung Vockerode, Flur 3, Flurstück 36/2, Waldfläche, Buchenrain, Größe 27,61 Ar,

lfd. Nr. 34, Gemarkung Vockerode, Flur 3, Flurstück 46, Landwirtschaftsfläche, Im Götzerode, Größe 31,85 Ar,

lfd. Nr. 36, Gemarkung Vockerode, Flur 4, Flurstück 15/1, Landwirtschaftsfläche, Unland, Am Vogelsgraben, Größe 331,45 Ar,

lfd. Nr. 37, Gemarkung Vockerode, Flur 4, Flurstück 35, Landwirtschaftsfläche, Die Dammelländer, Größe 53,50 Ar,

lfd. Nr. 38, Gemarkung Vockerode, Flur 4, Flurstück 43/3, Gebäude- und Freifläche, Die Weiher, Größe 1,67 Ar,

lfd. Nr. 39, Gemarkung Vockerode, Flur 4, Flurstück 43/4, Landwirtschaftsfläche, Die Weiher, Größe 33,53 Ar,

lfd. Nr. 43, Gemarkung Vockerode, Flur 5, Flurstück 3/3, Waldfläche, Simmetsrain, Größe 1,68 Ar,

lfd. Nr. 47, Gemarkung Vockerode, Flur 7, Flurstück 38, Landwirtschaftsfläche, Das Göttelötchen, Größe 89,75 Ar,

lfd. Nr. 49, Gemarkung Vockerode, Flur 10, Flurstück 40/1, Gebäude- und Freifläche, Wickersröder Straße 2, Größe 35,21 Ar,

soll am Freitag, dem 4. Februar 1994, 9.00 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude, Kasseler Straße 29, 34212 Melsungen, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 1. 9. 1993 (Tag des Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Herbert Wicke, Wickersröder Straße 2, 34286 Spangenberg-Vockerode.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 642,— DM für lfd. Nr. 3 in Blatt 322 Schnellrode;

5 978,40 DM für lfd. Nr. 4 in Blatt 322 Schnellrode;

2 451,— DM für lfd. Nr. 29 in Blatt 181 Vockerode;

5 779,20 DM für lfd. Nr. 31 in Blatt 181 Vockerode;

1 910,15 DM für lfd. Nr. 32 in Blatt 181 Vockerode;

1 518,15 DM für lfd. Nr. 33 in Blatt 181 Vockerode;

4 777,50 DM für lfd. Nr. 34 in Blatt 181 Vockerode;

34 000,— DM für lfd. Nr. 36 in Blatt 181 Vockerode;

10 700,— DM für lfd. Nr. 37 in Blatt 181 Vockerode;

292,25 DM für lfd. Nr. 38 in Blatt 181 Vockerode;

5 867,75 DM für lfd. Nr. 39 in Blatt 181 Vockerode;

100,80 DM für lfd. Nr. 43 in Blatt 181 Vockerode;

14 360,— DM für lfd. Nr. 47 in Blatt 181 Vockerode;

284 000,— DM für lfd. Nr. 49 in Blatt 181 Vockerode;

Gesamtwert: 372 377,20 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Melsungen, 23. 11. 1993

Amtsgericht

4988

K 40/91: Das im Grundbuch von Bad König, Band 53, Blatt 2356, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 10, Nr. 247, Hof- und Gebäudefläche, Werkstraße 27, Größe 57,12 Ar, soll am Dienstag, dem 22. Februar 1994,

9.30 Uhr, Raum 128, S-Obergeschoß, im Gerichtsgebäude, Erbacher Straße 47, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 21. 8. 1991 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Heinz Muschik, Michelstadt.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 2 300 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Michelstadt, 18. 10. 1993

Amtsgericht

4989

K 74/92: Das im Grundbuch von Lützel-Wiebelsbach, Band 14, Blatt 669, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Flur 1, Nr. 203/19, Hof- und Gebäudefläche, Seckmaurer Straße 32, Größe 12,69 Ar,

soll am Dienstag, dem 22. Februar 1994, 14.00 Uhr, Raum 128, S-Obergeschoß, im Gerichtsgebäude, Erbacher Straße 47, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 28. 12. 1992 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Edga Skotzki geb. Ott, 64750 Lützelbach.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 885 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Michelstadt, 28. 10. 1993

Amtsgericht

4990

K 52/93: Die im Grundbuch von Steinbuch, Band 9, Blatt 320, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 2, Flur 5, Nr. 7/2, Grünland, Wiese, Bei der Rossert, Größe 45,81 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 5, Nr. 6/9, Grünland, Bei der Rossert, Größe 4,35 Ar,

sollen am Freitag, dem 11. Februar 1994,

9.00 Uhr, Raum 129, S-Obergeschoß, im Gerichtsgebäude, Erbacher Straße 47, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. 2. 1993 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Katharina Kroworsch, Am Kirchenfeld 10, 64720 Michelstadt,

b) Gisela Sachs, Steinberg, 63128 Dietzenbach,

c) Ursula Behrens, Stockach, 88167 Meierhöfen,

d) Josef Valentin Unger, Friedrich-Ebert-Straße 22, 64711 Erbach,

e) Ingrid Unger, Horeth 20, 64372 Ober-Ramstadt,

— in Erbengemeinschaft —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 2 auf 46 327,— DM,

lfd. Nr. 3 auf 34 800,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Michelstadt, 8. 11. 1993

Amtsgericht

4991

K 53/92: Das im Grundbuch von Weiten-Gesäß, Band 15, Blatt 452, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 13, Nr. 23, Ackerland, In den Märzäckern, Größe 28,87 Ar,

soll am Freitag, dem 11. Februar 1994, 11.00 Uhr, Raum 129, S-Obergeschoß, im Gerichtsgebäude, Erbacher Straße 47, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. 2. 1993 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Katharina Kroworsch, Am Kirchenfeld 10, 64720 Michelstadt,

b) Gisela Sachs, Steinberg, 63128 Dietzenbach,

c) Ursula Behrens, Stockach, 88167 Meierhöfen,

d) Josef Valentin Unger, Friedrich-Ebert-Straße 22, 64711 Erbach,

e) Ingrid Unger, Horeth 20, 64372 Ober-Ramstadt,

— in Erbengemeinschaft —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

5 744,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Michelstadt, 8. 11. 1993

Amtsgericht

4992

K 54/92: Die im Grundbuch von Rimhorn, Band 13, Blatt 473, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 4, Flur 1, Nr. 373/1, Acker-Grünland, Gartenland, Im Hangenloch, Größe 10,47 Ar,

lfd. Nr. 6, Flur 1, Nr. 374/1, Acker-Grünland, Gartenland, Im Hangenloch, Größe 15,62 Ar,

sollen am Freitag, dem 18. Februar 1994, 9.30 Uhr, Raum 129, S-Obergeschoß, im Gerichtsgebäude, Erbacher Straße 47, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. 2. 1993 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Katharina Kroworsch, Am Kirchenfeld 10, 64720 Michelstadt,

b) Gisela Sachs, Steinberg, 63128 Dietzenbach,

c) Ursula Behrens, Stockach, 88167 Meierhöfen,

d) Josef Valentin Unger, Friedrich-Ebert-Straße 22, 64711 Erbach,

e) Ingrid Unger, Horeth 20, 64372 Ober-Ramstadt,

— in Erbengemeinschaft —

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 4 auf 1 570,50 DM,
lfd. Nr. 6 auf 2 343,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Michelstadt, 8. 11. 1993

Amtsgericht

4993

K 27/91: Die im Grundbuch von Steinbuch, Band 8, Blatt 284, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Flur 1, Nr. 275, Hof- und Gebäudefläche, Größe 1,68 Ar,

Ackerland, Hauptstraße 2, Größe 9,70 Ar,
lfd. Nr. 2, Flur 1, Nr. 278/1, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße 2, Größe 1,00 Ar,

sollen am Dienstag, dem 25. Januar 1994, 14.00 Uhr, Raum 128, S-Obergeschoß, im Gerichtsgebäude, Erbacher Straße 47, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 17. 12. 1991 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

1. Liesel Schweizer geb. Kaiser, Mühlheim,
2. Elisabeth Kaiser geb. Mai, Mühlheim,
3. Peter Anton Kaiser, Michelstadt/Steinbuch,

4. Maria Josephine Eigl geb. Kaiser, Michelstadt/Steinbuch,

— in Erbengemeinschaft zur Hälfte —

5. Peter Anton Kaiser, Michelstadt/Steinbuch, — zur Hälfte —

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flurstück 275 auf 14 000,— DM,
Flurstück 278/1 auf 80 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Michelstadt, 23. 11. 1993

Amtsgericht

4994

7 K 29/92: Durch Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungs-Grundbuch von Offenbach, Band 731, Blatt 21 782, eingetragene

47/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Offenbach, Flur 6, Flurstück 283, Gebäude- und Freifläche, August-Hecht-Straße 24, Größe 6,01 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 2 bezeichneten Wohnung, beschränkt durch die jeweils zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte,

am Dienstag, dem 22. Februar 1994, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Luisenstraße 16, Saal 824, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 10. 4. 1992 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Firma belcasa Immobilien-Verwaltungsgesellschaft mbH in Frankfurt am Main.

Der Wert des Grundstücksanteils ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

86 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Offenbach am Main, 11. 11. 1993 Amtsgerecht

4995

7 K 30/92: Durch Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungs-Grundbuch von Offenbach, Band 731, Blatt 21 783, eingetragene 60/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Offenbach, Flur 6, Flurstück 283, Gebäude- und Freifläche, August-Hecht-Straße 24, Größe 6,01 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 3 bezeichneten Wohnung, beschränkt durch die jeweils zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte,

am Dienstag, dem 22. Februar 1994, 9.15 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Luisenstraße 16, Saal 824, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 10. 4. 1992 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Firma belcasa Immobilien-Verwaltungsgesellschaft mbH in Frankfurt am Main.

Der Wert des Grundstücksanteils ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

155 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Offenbach am Main, 11. 11. 1993 Amtsgerecht

4996

7 K 32/92: Durch Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungs-Grundbuch von Offenbach, Band 731, Blatt 21 791, eingetragene 54/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Offenbach, Flur 6, Flurstück 283, Gebäude- und Freifläche, August-Hecht-Straße 24, Größe 6,01 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 11 bezeichneten Wohnung, beschränkt durch die jeweils zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte,

am Dienstag, dem 22. Februar 1994, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Luisenstraße 16, Saal 824, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 10. 4. 1992 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Firma belcasa Immobilien-Verwaltungsgesellschaft mbH in Frankfurt am Main.

Der Wert des Grundstücksanteils ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

110 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Offenbach am Main, 11. 11. 1993 Amtsgerecht

4997

7 K 33/92: Durch Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungs-Grundbuch von Offenbach, Band 731, Blatt 21 792, eingetragene 56/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Offenbach, Flur 6, Flurstück 283, Gebäude- und Freifläche, August-Hecht-Straße 24, Größe 6,01 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 12 bezeichneten Wohnung, beschränkt durch die jeweils zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte,

am Dienstag, dem 22. Februar 1994, 9.45 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Luisenstraße 16, Saal 824, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 10. 4. 1992 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Firma belcasa Immobilien-Verwaltungsgesellschaft mbH in Frankfurt am Main.

Der Wert des Grundstücksanteils ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

114 000,— DM.

Zeitschrift für Sozialreform

Herausgeber: Prof. Dr. Florian Tennstedt

- aktuelle Abhandlungen zu allen Problemen der Sozialreform
- interessante Beiträge in- und ausländischer Autoren
- Veröffentlichungen im internationalen Vergleich
- Wissenschaft und Praxis

Verlag Chmielorz GmbH

Postfach 22 29 · 65012 Wiesbaden

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Offenbach am Main, 11. 11. 1993 Amtsgericht

4998

K 32/93: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Süß, Band 30, Blatt 656, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Süß, Flur 2, Flurstück 134, Gebäude- und Freifläche, Am Überloor 19, Größe 6,49 Ar, soll am Freitag, dem 11. Februar 1994, 8.00 Uhr, Sitzungssaal 1, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude, Weidenberggasse 1, 36199 Rotenburg a. d. Fulda, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 15. 6. 1993 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Liebing, Rudolf, geboren am 1. 1. 1948, Hospitalgasse 7, Rotenburg a. d. Fulda.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

85 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Rotenburg a. d. Fulda, 29. 11. 1993

Amtsgericht

4999

K 22/91: Das im Erbbaugrundbuch von Schlüchtern eingetragene Grundstück, Band 129, Blatt 3835, Erbbaurecht (mit dem auf dem Grundstück errichteten zweigeschossigen Wohnhaus, Hanauer Straße 33), eingetragen auf dem im Grundbuch von Schlüchtern, Blatt 2964, im Bestandsverzeichnis unter lfd. Nr. 35 verzeichneten Grundstück, Gemarkung Schlüchtern, Flur 23, Flur-

stück 45, Hof- und Gebäudefläche, Hanauer Straße 33, Größe 13,40 Ar, in Abteilung II, unter Nr. 45, für die Dauer bis zum 31. 12. 2059; als Eigentümer des belasteten Grundstücks ist das Kloster Schlüchtern eingetragen;

der Erbbauberechtigte bedarf zur Veräußerung und Belastung der Zustimmung des Grundstückseigentümers;

soll am Donnerstag, dem 3. März 1994, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Dreibrüderstraße 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 29. 8. 1991 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Ingrid Hoenke, 36381 Schlüchtern.

Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 281 000,— DM (Erbbaurecht).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Schlüchtern, 25. 11. 1993

Amtsgericht

5000

3 K 22/92: Das im Grundbuch von Treysa, Band 167, Blatt 5094, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Treysa, Flur 17, Flurstück 118/1, Gartenland, Der obere Sand, Größe 3,16 Ar,

soll am Dienstag, dem 8. Februar 1994, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schwalmstadt-Treysa, Steinkautsweg 2, Raum 13, I. Stock, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 6. 4. 1992 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Hagen Hartwig, geboren am 13. 3. 1940, Mühlbachstraße 28, Emmerting,

Volker Hartwig, geboren am 9. 2. 1942, Backnanger Weg 39, Tamm, — je zur Hälfte.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

5 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Schwalmstadt, 7. 10. 1993

Amtsgericht

5001

61 K 45/93: Das im Grundbuch von Wiesbaden-Biebrich, Band 455, Blatt 11 694, eingetragene Grundeigentum, 100/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Biebrich, Flur 59, Flurstück 66/40, Gebäude- und Freifläche, Am Schloßpark 56, Größe 14,39 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an den Räumen, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. A 4, den Kellern A 1 und 2;

zum Sondereigentum gehören Sondernutzungsrechte an den Pkw-Abstellplätzen P 1 und P 2 sowie an der mit SNR A 4 bezeichneten Fläche;

soll am Donnerstag, dem 3. Februar 1994, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Nebengebäude Moritzstraße 5, IV. Stock, Zimmer 402, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 12. 5. 1993 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Werner Blaue,

Michael Becker, beide Wiesbaden, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundeigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

329 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Wiesbaden, 24. 11. 1993

Amtsgericht

Andere Behörden und Körperschaften

Gebührensatzung des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg

Vom 27. Oktober 1993

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg hat auf Grund

- der §§ 1, 2 und 9 des Landesgesetzes zur Ausführung des Tierkörperbeseitigungsgesetzes (Landestierkörperbeseitigungsgesetz — LTierKBG —) vom 22. Juni 1978 (GVBl. S. 445),
- der §§ 16, 18 Abs. 3 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) vom 5. Mai 1986 (GVBl. S. 103),
- des § 7 Abs. 1 Nr. 4 des Zweckverbandsgesetzes (ZwVG) vom 22. Dezember 1982 (GVBl. S. 476),
- des § 1 des Landesgesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen und dem Land Rheinland-Pfalz über Zweckverbände, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, kommunale Arbeitsgemeinschaften sowie Wasser- und Bodenverbände vom 11. Juni 1974 in Verbindung mit Artikel 1 und 2 des dazugehörigen Staatsvertrages vom 7. Dezember 1973 (GVBl. S. 226),
- des § 15 Abs. 4 der Satzung des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg vom 16. Oktober 1981 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz Nr. 43 S. 1011 vom 2. November 1981), zuletzt geändert durch Satzung vom 7. Januar 1983 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz Nr. 2 S. 29 vom 17. Januar 1983)

am 27. Oktober 1993 folgende Satzung beschlossen, die nach Genehmigung durch das Ministerium des Innern und für Sport vom 23. November 1993 hiermit öffentlich bekanntgemacht wird:

§ 1

Allgemeines

Der Zweckverband erhebt zur Deckung der durch die Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und Erzeugnissen entstehenden Kosten, die nicht durch Produkterlöse gedeckt sind, nach Maßgabe dieser Satzung Gebühren.

§ 2

Gebührenpflichtige

(1) Gebührenpflichtig sind die Besitzer von Tierkörpern, Tierkörperteilen und Erzeugnissen, die nach dem Tierkörperbeseitigungsgesetz an Beseitigungspflichtige abzugeben sind.

(2) Die Benutzer einer Schlachtstätte haben dem Betreiber der Schlachtstätte die Tierkörperteile zur Abholung zu überlassen. Benutzer und Betreiber der Schlachtstätte sind Gebührenschuldner.

§ 3

Gebührensätze für Tierkörper

(1) Die Gebührensätze pro Stück betragen:

- | | |
|--|----------|
| 1. bei Abholung eines Tierkörpers | 40,00 DM |
| 2. für jeden weiteren Tierkörper, der beim gleichen Besitzer, am gleichen Ort und zum gleichen Zeitpunkt abgeholt wird | 15,00 DM |

3. bei Abholung eines Tierkörpers in Sammelstellen 15,00 DM
 4. für Tierkörper, die in einer gewerblichen Schlachtstätte oder in einem öffentlichen Schlachthaus fallen oder dort als Schlachtvieh gefallen angeliefert worden sind und mit Tierkörperteilen oder Erzeugnissen zusammen abgeholt werden 15,00 DM
 5. bei Selbstanlieferung von Tierkörpern in Tierkörperbeseitigungsanstalten werden Gebühren nicht erhoben.
- (2) Würfe werden wie Tierkörper behandelt.
- (3) Soweit bei der Abholung oder der Beseitigung von Tierkörpern besondere Erschwernisse auftreten und dadurch ein Zeitaufwand von mehr als einer halben Stunde erforderlich wird, ist zusätzlich zu den Gebühren nach Absatz 1 für jede angefangene Arbeitsstunde eine Gebühr von 55,00 DM zu zahlen.
- (4) Für die Zusatzleistungen des Zweckverbandes bei Sektionen sind folgende Gebühren zusätzlich zu zahlen:
- | | |
|------------------|----------|
| Einhufer, Rinder | 50,00 DM |
| Übrige Tierarten | 30,00 DM |
- jeweils pro Stück.

§ 4

Gebührensätze für Tierkörperteile aus Schlachtungen

(1) Die Gebühr für die Beseitigung von Tierkörperteilen aus Schlachtungen, mit Ausnahme von Tierkörperteilen aus Geflügelschlachtungen und mit Ausnahme von Blut, setzt sich zusammen aus einer Gebühr für die Einbringung und einer Gebühr für die Verarbeitung.

(2) Die Gebühr für die Einbringung bei Abholung in ein und derselben Schlachtstätte beträgt:

1. für	DM
das 1. bis 25. geschlachtete Tier	pro Stück 10,80
das 26. bis 50. geschlachtete Tier	pro Stück 9,00
das 51. bis 100. geschlachtete Tier	pro Stück 7,20
das 101. bis 150. geschlachtete Tier	pro Stück 5,40
das 151. bis 200. geschlachtete Tier	pro Stück 4,50
das 201. bis 300. geschlachtete Tier	pro Stück 3,60
das 301. bis 400. geschlachtete Tier	pro Stück 2,70
das 401. bis 500. geschlachtete Tier	pro Stück 1,80
das 501. bis 1 000. geschlachtete Tier	pro Stück 1,30
das 1 001. bis 2 500. geschlachtete Tier	pro Stück 0,90
das 2 501. bis 5 000. geschlachtete Tier	pro Stück 0,55
das 5 001. bis 10 000. geschlachtete Tier	pro Stück 0,40
das 10 001. bis 25 000. geschlachtete Tier	pro Stück 0,20
das 25 001. bis 50 000. geschlachtete Tier	pro Stück 0,15
das 50 001. bis 100 000. geschlachtete Tier	pro Stück 0,10
für alle ab dem 100 001. geschlachteten Tiere	pro Stück 0,05

wenn die Tierkörperteile bis zur Abholung bei einer Raumtemperatur von maximal 5 °C gelagert werden.

Der Nachweis der gekühlten Lagerung ist vom Gebührenpflichtigen zu erbringen.

2. für	DM
das 1. bis 25. geschlachtete Tier	pro Stück 15,60
das 26. bis 50. geschlachtete Tier	pro Stück 13,00
das 51. bis 100. geschlachtete Tier	pro Stück 10,40
das 101. bis 150. geschlachtete Tier	pro Stück 7,80
das 151. bis 200. geschlachtete Tier	pro Stück 6,50
das 201. bis 300. geschlachtete Tier	pro Stück 5,20
das 301. bis 400. geschlachtete Tier	pro Stück 3,90
das 401. bis 500. geschlachtete Tier	pro Stück 2,60
das 501. bis 1 000. geschlachtete Tier	pro Stück 1,85
das 1 001. bis 2 500. geschlachtete Tier	pro Stück 1,30
das 2 501. bis 5 000. geschlachtete Tier	pro Stück 0,80
das 5 001. bis 10 000. geschlachtete Tier	pro Stück 0,55
das 10 001. bis 25 000. geschlachtete Tier	pro Stück 0,30
das 25 001. bis 50 000. geschlachtete Tier	pro Stück 0,25
das 50 001. bis 100 000. geschlachtete Tier	pro Stück 0,15
für alle ab dem 100 001. geschlachteten Tiere	pro Stück 0,10

wenn die Tierkörperteile bis zur Abholung nicht bei einer Raumtemperatur von maximal 5 °C gelagert werden.

Maßgeblich ist die Anzahl der Schlachtungen im Kalenderjahr. Benutzen mehrere Gebührenschuldner eine Schlachtstätte, so ist eine durchschnittliche Gebühr aus der Gesamtzahl der Schlachtungen in dieser Schlachtstätte zu ermitteln.

Die so ermittelte Gebühr ist mit der Anzahl der Schlachtungen des Gebührenschuldners zu vervielfältigen.

(3) Für Gebührenschuldner, die nicht eine einem Dritten gehörende Schlachtstätte zur Schlachtung benutzen, gilt Absatz 2 entsprechend, wenn sie die Tierkörperteile aus Schlachtungen abholbereit bei einer Schlachtstätte zur Verfügung stellen.

(4) Die Verarbeitungsgebühr beträgt:

- | | |
|--|---------|
| 1. je geschlachtetes Rind oder vergleichbares Tier | 5,85 DM |
| je geschlachtetes Schwein, Kalb oder vergleichbares Tier | 1,70 DM |
| je geschlachtetes Schaf, Ziege, Ferkel oder vergleichbares Tier | 0,55 DM |
| 2. sind die Tierkörperteile mit Magen- und Darminhalten durchsetzt bzw. verunreinigt, beträgt die Verarbeitungsgebühr: | |
| je geschlachtetes Rind oder vergleichbares Tier | 9,85 DM |
| je geschlachtetes Schwein, Kalb oder vergleichbares Tier | 2,20 DM |
| je geschlachtetes Schaf, Ziege, Ferkel oder vergleichbares Tier | 0,90 DM |

3. Bestehen Zweifel, ob die Tierkörperteile frei von Magen- und Darminhalten sind, ist deren anderweitige Entsorgung vom Besitzer nachzuweisen.

(5) Der Antrag auf die Einbringungsgebühr entsprechend Absatz 2 Ziffer 1 ist bis zum 31. Dezember eines Jahres für das folgende Kalenderjahr zu stellen.

Der Antrag auf die Verarbeitungsgebühr entsprechend Absatz 4 Ziffer 1 ist bis zum 31. Dezember eines Jahres für das folgende Kalenderjahr zu stellen.

Wird bei einer Kontrolle festgestellt, daß die Voraussetzungen für die Gebühr nach Absatz 2 Ziffer 1 oder nach Absatz 4 Ziffer 1 nicht erfüllt werden, gilt der Antrag als nicht gestellt.

(6) Der Zweckverband kann auf Antrag des Gebührenschuldners auf die in einem Kalenderjahr zu zahlende Verarbeitungsgebühr (Absatz 4) einen Nachlaß gewähren, wenn sich der Gebührenschuldner verpflichtet, dem Zweckverband alle Knochen — getrennt von den übrigen Tierkörperteilen — in gekühltem Zustand (unter 5 °C) zu überlassen.

Der Nachlaß beträgt in diesem Falle 0,03 DM pro kg Knochen.

(7) Der Antrag nach Absatz 6 ist bis zum 31. Dezember eines Jahres für das folgende Kalenderjahr zu stellen. Der Nachlaß entfällt mit Wirkung vom Ersten des Monats, in dem die Voraussetzungen für einen Nachlaß nicht mehr vorliegen.

(8) Bei Schlachtungen über 50 000 Stück im Kalenderjahr können Sondervereinbarungen getroffen werden. Für die Ermittlung der Zahl der Schlachtungen für Sondervereinbarungen werden Rinderschlachtungen mit dem Faktor 3,6 vervielfacht. Sondervereinbarungen bedürfen der Einwilligung des Werksausschusses.

(9) Der Gebührensatz für Blut bemißt sich nach § 5.

(10) Wird bei der Abholung in den Sammelbehältern Fremdbesatz (z. B. loser Panseninhalt, Metall, Glas, Plastik oder anderer Abfall) festgestellt, so hat der Besitzer alle Kosten für die gesonderte Abholung, die Trennung, die Dekontaminierung des Fremdbesatzes und die anschließende ordnungsgemäße Entsorgung zu tragen.

§ 5

Blutentsorgungsgebühren

(1) Für die Abholung und unschädliche Beseitigung von Blut beträgt die Gebühr: 115,00 DM je angefangene 1 000 kg.

(2) Das Blut ist unmittelbar nach der Schlachtung auf unter 10 °C zu kühlen und gekühlt zu lagern.

(3) Wird das Blut nicht gekühlt und nicht gekühlt gelagert, beträgt die Gebühr: 250,00 DM je angefangene 1 000 kg.

(4) Der Nachweis der Kühlung und der gekühlten Lagerung ist vom Gebührenpflichtigen zu erbringen.

§ 6

Behältergebühren

Für Tierkörper und Tierkörperteile von Geflügel sowie für Erzeugnisse beträgt die Gebühr je Behälter mit einem Rauminhalt

bis zu 240 l	42,00 DM
bis zu 1 100 l	125,00 DM
bis zu 2 000 l	200,00 DM
bis zu 4 000 l	370,00 DM
über 4 000 l	400,00 DM

§ 7

Behälter

Für die Beseitigung von Tierkörperteilen aus Schlachtungen sowie von Geflügel, Hunden, Katzen, Kaninchen, Edelpelztieren und vergleichbaren Tierkörpern und Erzeugnissen hat der Gebührenpflichtige die erforderlichen Behälter kostenlos zur Verfügung zu stellen; Art und Beschaffenheit bestimmt der Zweckverband.

§ 8

Gebührenanspruch

Der Anspruch auf Gebühren, mit Ausnahme der Gebühren gemäß § 4 Abs. 2 und 4 entsteht mit der Abholung, bei Anlieferung durch den Besitzer mit der Ablieferung bei der Tierkörperbeseitigungsanstalt oder der Sammelstelle. Der Anspruch auf Gebühren gemäß § 4 Abs. 2 und 4 entsteht mit Ablauf des 31. Dezember für das abgelaufene Jahr.

§ 9

Vorausleistungen

- (1) Der Zweckverband ist berechtigt, monatliche Vorausleistungen auf die Gebühren zu fordern.
- (2) Die Vorausleistung errechnet sich aus der durchschnittlichen Vorjahresschlachtung und den Gebühren gemäß § 4 Absatz 2 Ziffer 1 bzw. Ziffer 2 und Absatz 4 Ziffer 1 bzw. Ziffer 2.
- (3) Die geleisteten Vorausleistungen werden bei der endgültigen Veranlagung der Gebühr für das Kalenderjahr verrechnet. Übersteigende Vorausleistungen werden auf die nächste Vorausleistung angerechnet. Übersteigende Gebühren sind nachzuzahlen.

§ 10

Festsetzung und Einzug der Vorausleistungen

Die Vorausleistungen nach § 4 Absatz 2 und Absatz 4 können durch die Kreisverwaltungen im Namen und für Rechnung des Zweckverbandes festgesetzt und eingezogen werden.

§ 11

Geltungsbereich — Inkrafttreten

- (1) Die Gebührensatzung gilt in Rheinland-Pfalz sowie in Hessen, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg.
- (2) Die Satzung tritt am 1. Januar 1994 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Gebührensatzung des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg vom 28. Oktober 1992 außer Kraft.
- (3) Soweit eine Abgabenschuld vor dem Inkrafttreten dieser Satzung entstanden ist, sind insoweit die bisherigen Bestimmungen anzuwenden.

Mainz, 29. November 1993

Zweckverband Tierkörperbeseitigung
in Rheinland-Pfalz,
im Rheingau-Taunus-Kreis
und im Landkreis Limburg-Weilburg
Gerhard Weber
Verbandsvorsitzender

1. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für den Tierkörperbeseitigungsbetrieb des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg

Vom 27. Oktober 1993

Die Versammlung des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg hat auf Grund des § 7 Abs. 1 des Zweckverbandsgesetzes vom 22. Dezember 1982 (GVBl. S. 476) und der §§ 24 und 92 Abs. 2 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz vom 14. Dezember 1973 (GVBl. S. 419), zuletzt geändert durch Landesgesetz vom 2. Juni 1992 (GVBl. S. 143) i. V. m. der Eigenbetriebsverordnung (EigVO) vom 18. September 1975 (GVBl. S. 381), zuletzt geändert durch Landesverordnung (LVO) vom 22. Juli 1991 (GVBl. S. 321) eine Änderung der Betriebssatzung beschlossen, die hiermit bekannt gemacht wird:

Artikel I

Die Betriebssatzung für den Tierkörperbeseitigungsbetrieb des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg vom 21. Januar 1987 wird wie folgt geändert:

1. § 6 Abs. 3 Nr. 3 erhält folgende Fassung:
„3. die Zustimmung zu erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen nach § 17 Abs. 3 EigVO.“

2. § 15 erhält folgende Fassung:

„§ 15

Zwischenberichte

Die Werkleitung hat den Vorstandsvorsteher und den Werksausschuß über die Entwicklung der Erträge und Aufwendun-

gen sowie über die Abwicklung des Vermögensplanes schriftlich zum 30. Juni und 30. September zu unterrichten.“

3. § 16 erhält folgende Fassung:

„§ 16

Jahresabschluss

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung, erweitert um einen Anhang, bilden den Jahresabschluss, der für den Schluß eines jeden Wirtschaftsjahres zu erstellen ist.“

4. § 17 erhält folgende Fassung:

„§ 17

Anlagennachweis

In einem Anlagennachweis als Bestandteil des Anhangs ist die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens einschließlich der Finanzanlagen nach den vorgeschriebenen Formblättern darzustellen.“

5. § 18 erhält folgende Fassung:

„§ 18

Lagebericht

Im Lagebericht ist auch einzugehen auf:

1. die Änderung im Bestand, die Leistungsfähigkeit und den Ausnutzungsgrad der wichtigsten Anlagen,
2. den Stand der geplanten Bauvorhaben.“

Artikel II

Die Änderungssatzung tritt am 1. November 1993 in Kraft.

Artikel III

Der Vorstandsvorsteher wird ermächtigt, den Wortlaut der Betriebssatzung in der sich aus der Ersten Änderungssatzung ergebenden Fassung bekannt zu machen und dabei eventuelle Unstimmigkeiten, insbesondere in bezug auf den Wortlaut und die Bezifferung der Vorschriften zu beseitigen.

Mainz, 27. Oktober 1993

Zweckverband Tierkörperbeseitigung
in Rheinland-Pfalz,
im Rheingau-Taunus-Kreis
und im Landkreis Limburg-Weilburg
Gerhard Weber
Verbandsvorsitzender

Bekanntmachung der Neufassung der Betriebssatzung für den Tierkörperbeseitigungsbetrieb des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg

Vom 27. Oktober 1993

Auf Grund des Artikels III der Ersten Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für den Tierkörperbeseitigungsbetrieb des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg vom 27. Oktober 1993 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz Nr. 50 vom 13. Dezember 1993) wird die Betriebssatzung für den Tierkörperbeseitigungsbetrieb des Zweckverbandes vom 21. Januar 1987 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz Nr. 7, Seite 172, vom 23. Februar 1987) in der ab 1. November 1993 geltenden Fassung bekanntgemacht.

Die Neufassung berücksichtigt die Erste Änderungssatzung vom 27. Oktober 1993 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz Nr. 50 vom 13. Dezember 1993).

Mainz, 27. Oktober 1993

Zweckverband Tierkörperbeseitigung
in Rheinland-Pfalz,
im Rheingau-Taunus-Kreis
und im Landkreis Limburg-Weilburg
Gerhard Weber
Verbandsvorsteher

§ 1

Gegenstand und Zweck des Eigenbetriebes

(1) Der Tierkörperbeseitigungsbetrieb des Zweckverbandes wird als Eigenbetrieb nach der Eigenbetriebsverordnung und den Bestimmungen dieser Satzung geführt.

(2) Der Zweck des Eigenbetriebes einschließlich etwaiger Hilfs- und Nebenbetriebe ist es, die Rechte und Pflichten nach dem

Gesetz über die Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen (Tierkörperbeseitigungsgesetz — TierKBG —) vom 2. September 1975 (BGBl. I S. 2313) in Verbindung mit dem Landesgesetz zur Ausführung des Tierkörperbeseitigungsgesetzes (Landestierkörperbeseitigungsgesetz — KTierKBG —) vom 22. Juni 1978 (GVBl. I S. 445) und dem Hessischen Ausführungsgesetz zur Tierkörperbeseitigung vom 6. Juni 1978 (GVBl. I S. 306) in den jeweils geltenden Fassungen in Rheinland-Pfalz sowie im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg wahrzunehmen und zu erfüllen.

(3) Der Eigenbetrieb kann alle seinen Betriebszweck fördernden und ihn wirtschaftlich berührenden Geschäfte betreiben.

(4) Der Eigenbetrieb verfolgt keine Gewinnerzielungsabsicht.

§ 2

Name des Eigenbetriebes

Der Eigenbetrieb führt die Bezeichnung:

„Tierkörperbeseitigungsbetrieb des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg“.

§ 3

Stammkapital

Das Stammkapital des Eigenbetriebes beträgt 3 000 000,— DM.

§ 4

Zuständigkeit der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Eigenbetriebes gemäß § 6 der Verbandsordnung.

§ 5

Werksausschuß

(1) Die Verbandsversammlung wählt für den Eigenbetrieb einen Werksausschuß. Ihm gehören neben dem Verbandsvorsteher und seinem Stellvertreter drei Mitglieder aus dem Bereich der Landkreise und zwei Mitglieder aus dem Bereich der kreisfreien Städte an.

(2) Wer durch seine berufliche Tätigkeit in Geschäftsbeziehungen oder im Wettbewerb mit dem Eigenbetrieb steht oder für Betriebe tätig ist, auf die diese Voraussetzungen zutreffen, soll nicht Mitglied des Werksausschusses sein.

(3) Der Verbandsvorsteher führt im Werksausschuß den Vorsitz.

(4) Die Werkleitung nimmt an den Beratungen des Werksausschusses teil. Sie ist berechtigt und auf Verlangen verpflichtet, ihre Ansicht zu einem Beratungsgegenstand darzulegen.

§ 6

Aufgaben des Werksausschusses

(1) Der Werksausschuß hat die Beschlüsse, die zum Aufgabengebiet der Verbandsversammlung gehören, vorzubereiten.

(2) Der Werksausschuß legt die allgemeinen Grundsätze für die Wirtschaftsführung, die Vermögensverwaltung und die Rechnungslegung des Eigenbetriebes fest. Er entscheidet vorbehaltlich von Entscheidungen der Verbandsversammlung nach § 44 Gemeindeordnung über alle Angelegenheiten des Eigenbetriebes, für die nicht nach § 4 dieser Satzung die Verbandsversammlung ausschließlich zuständig ist oder die nicht zum Aufgabebereich des Verbandsvorstehers oder der Werkleitung gehören.

(3) Der Werksausschuß entscheidet insbesondere über:

1. Die Zustimmung zur Ernennung der Beamten des höheren und des gehobenen Dienstes sowie Entlassungen der Beamten auf Probe dieser Laufbahngruppe gegen deren Willen, zur Einstellung und Eingruppierung der dem höheren und dem gehobenen Dienst vergleichbaren Angestellten sowie zur Kündigung gegen deren Willen sowie zu Anträgen auf Hinausschiebung des Ruhestandsbeginns.
2. die Festsetzung allgemeiner Bedingungen und Regeln für Lieferungen und Leistungen des Eigenbetriebes,
3. die Zustimmung zu erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen nach § 17 Abs. 3 EigVO,
4. den Abschluß von Verträgen gemäß § 31 der Gemeindehaushaltsverordnung — Vergaben —,
5. den Abschluß von sonstigen Verträgen, soweit nicht nach § 4 dieser Satzung die Verbandsversammlung zuständig ist oder soweit sie nicht zu den Geschäften der laufenden Betriebsführung gehören,
6. die Stundung von Zahlungsverpflichtungen sowie Erlaß von Forderungen und Verzicht auf Ansprüche jeder Art,
7. die Einleitung und Fortführung von Gerichtsverfahren sowie Abschluß von Vergleichs,

8. sonstige wichtige Angelegenheiten des Eigenbetriebes, soweit für deren Entscheidung nicht die Verbandsversammlung, der Verbandsvorsteher oder die Werkleitung zuständig ist,

9. die Aufnahme von Krediten.

(4) Die Mitglieder des Werksausschusses — mit Ausnahme des Verbandsvorstehers und seines Stellvertreters — erhalten eine Aufwandsentschädigung. Die Höhe wird von der Verbandsversammlung festgesetzt.

§ 7

Aufgaben des Verbandsvorstehers

(1) Der Verbandsvorsteher führt den Vorsitz mit Stimmrecht in der Verbandsversammlung und in den Verbandsausschüssen.

(2) Der Verbandsvorsteher ist Dienstvorgesetzter der Bediensteten des Eigenbetriebes sowie Dienstvorgesetzter und Vorgesetzter der Werkleitung.

(3) Einzelanweisungen kann der Verbandsvorsteher der Werkleitung erteilen, wenn sie zur Sicherstellung der Gesetzmäßigkeit, wichtiger Belange des Verbandes oder zur Wahrung eines geordneten Geschäftsganges notwendig sind.

(4) Der Verbandsvorsteher kann in Angelegenheiten, deren Erledigung nicht ohne Nachteil für den Verband bis zu einer Sitzung der Verbandsversammlung oder des zuständigen Ausschusses aufgeschoben werden kann, vor Anhörung der Werkleitung, anstelle der Verbandsversammlung oder des Ausschusses entscheiden. Die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind den Verbandsmitgliedern oder den Mitgliedern des zuständigen Ausschusses unverzüglich mitzuteilen. Die Verbandsversammlung kann in ihrer nächsten Sitzung die Eilentscheidung des Verbandsvorstehers aufheben, soweit nicht bereits Rechte Dritter entstanden sind.

(5) Dem Verbandsvorsteher ist eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe des jeweiligen Höchstsatzes nach der Entschädigungsverordnung zu zahlen. Der stellvertretende Verbandsvorsteher erhält als Aufwandsentschädigung 60 v. H. des jeweiligen Höchstsatzes. Reisekosten werden nach den gesetzlichen Bestimmungen gezahlt.

(6) Die Werkleitung hat den Verbandsvorsteher über alle wichtigen Angelegenheiten des Eigenbetriebes rechtzeitig zu unterrichten.

§ 8

Werkleitung

(1) Die Aufgaben der Werkleitung übernimmt eine Betriebsführungsgesellschaft nach Maßgabe eines besonderen Vertrages.

(2) Die Werkleitung leitet den Eigenbetrieb auf Grund der EigVO, dieser Satzung, der Beschlüsse der Verbandsversammlung, des Werksausschusses und der gemäß § 7 Abs. 4 ergangenen Weisungen des Verbandsvorstehers in eigener Verantwortung.

(3) Der Werkleitung obliegt insbesondere die laufende Betriebsführung; dazu gehören u. a. die Bewirtschaftung der im Erfolgsplan veranschlagten Aufwendungen und Erträge sowie alle sonstigen Maßnahmen, die zur Erhaltung des Betriebes notwendig sind, vor allem auch der Einsatz des Personals, die Anordnung von Instandsetzungsarbeiten, die Beschaffung von Vorräten im Rahmen einer wirtschaftlichen Lagerhaltung, die Aufstellung des Wirtschaftsplanes, des Jahresabschlusses, des Lageberichtes, der Betriebsstatistiken, der Kostenrechnungen und der Zwischenberichte sowie die Führung der Bücher.

(4) Die Werkleitung ist dem Verbandsvorsteher für die ordnungsgemäße und wirtschaftliche Betriebsführung verantwortlich. Sie hat den Verbandsvorsteher und den Werksausschuß über alle wichtigen Angelegenheiten des Eigenbetriebes rechtzeitig zu unterrichten, und, soweit notwendig, deren Entscheidung einzuholen. Die Werkleitung hat dem Verbandsvorsteher ferner den Entwurf des Wirtschaftsplanes, des Jahresabschlusses, des Lageberichtes, die Zwischenberichte, die Ergebnisse der Betriebsstatistik und die Kostenrechnungen vorzulegen und ihm alle notwendigen Auskünfte zu erteilen.

§ 9

Vertretung des Eigenbetriebes

(1) Die Werkleitung vertritt den Eigenbetrieb als Unternehmen des Zweckverbandes im Rechtsverkehr nach Maßgabe des Betriebsführungsvertrages.

(2) Die Werkleitung unterzeichnet ohne Angabe eines Vertretungsverhältnisses. Für Erklärungen, durch die der Zweckverband für den Eigenbetrieb verpflichtet werden soll, gilt § 49 Gemeindeordnung entsprechend; dabei gelten Geschäfte der laufenden Betriebsführung als Geschäfte der laufenden Verwaltung im Sinne von § 49 Abs. 3 Gemeindeordnung.

(3) Der Vorstandsvorsteher hat öffentlich bekanntzumachen, wer zur Vertretung des Eigenbetriebes befugt ist und welche Bediensteten neben den zur Vertretung Befugten zur Zeichnung für den Eigenbetrieb beauftragt sind.

§ 10

Bedienstete des Eigenbetriebes

(1) Die Werkleitung wird von dem Vorstandsvorsteher mit Zustimmung der Verbandsversammlung bestellt.

(2) Die Werkleitung legt für jedes Wirtschaftsjahr den Entwurf einer Stellenübersicht der Bediensteten des Eigenbetriebes vor, der als Teil des Wirtschaftsplanes der Feststellung durch die Verbandsversammlung bedarf.

(3) Die Zuständigkeit für die Ernennung und Entlassung der beim Eigenbetrieb beschäftigten Beamten richtet sich nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung.

(4) Der Vorstandsvorsteher entscheidet über die Ernennung, Einstellung, Eingruppierung, Höherstufung, Entlassung und Kündigung der Beamten, Angestellten und Arbeiter im Rahmen der Stellenübersicht; dabei ist die vorherige Zustimmung des Werksausschusses nach Maßgabe des § 6 Abs. 3 Nr. 1 einzuholen und in jedem Fall die Werkleitung zu hören. Der Vorstandsvorsteher kann seine Befugnisse als Dienstvorgesetzter mit Ausnahme derjenigen, für die er nach § 6 Abs. 3 Nr. 1 der Zustimmung des Werksausschusses bedarf, ganz oder teilweise auf die Werkleitung übertragen.

(5) Die durch Gesetz oder Dienstvereinbarung vorgesehenen Mitwirkungsrechte der Personalvertretung bleiben von den Bestimmungen dieser Satzung unberührt.

§ 11

Kassenführung

Für den Eigenbetrieb des Zweckverbandes sind bei einem oder mehreren Kreditinstituten Konten einzurichten.

§ 12

Wirtschaftsjahr

Wirtschaftsjahr des Eigenbetriebes ist das Kalenderjahr.

§ 13

Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan ist von der Werkleitung aufzustellen und spätestens zwei Monate vor Beginn des Wirtschaftsjahres über den Vorstandsvorsteher nach Beratung im Werksausschuß der Verbandsversammlung zur Feststellung vorzulegen.

§ 14

Finanzplanung

Der für den Eigenbetrieb aufzustellende fünfjährige Finanzplan besteht aus einer Übersicht über die Entwicklung der Ausgaben auf der Grundlage eines Investitionsprogrammes und der Deckungsmittel des Vermögensplanes entsprechend der für diesen vorgeschriebenen Ordnung, nach Jahren gegliedert.

§ 15

Zwischenberichte

Die Werkleitung hat den Vorstandsvorsteher und den Werksausschuß über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie über die Abwicklung des Vermögensplanes schriftlich zum 30. Juni und 30. September zu unterrichten.

§ 16

Jahresabschluß

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung, erweitert um einen Anhang, bilden den Jahresabschluß, der für den Schluß eines jeden Wirtschaftsjahres zu erstellen ist.

§ 17

Anlagennachweis

In einem Anlagennachweis als Bestandteil des Anhangs ist die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens einschließlich der Finanzanlagen nach den vorgeschriebenen Formblättern darzustellen.

§ 18

Lagebericht

Im Lagebericht ist auch einzugehen auf:

1. die Änderung im Bestand, die Leistungsfähigkeit und den Ausnutzungsgrad der wichtigen Anlagen,
2. den Stand der geplanten Bauvorhaben.

§ 19

Rechenschaft und Prüfung

(1) Die Werkleitung hat den Jahresabschluß einschließlich Anhang und den Lagebericht bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Schluß des Wirtschaftsjahres aufzustellen, zu unterschreiben und über den Vorstandsvorsteher dem Werksausschuß vorzulegen.

(2) Der Eigenbetrieb wird nach den hierfür geltenden besonderen Bestimmungen geprüft.

(3) Der Jahresabschluß einschließlich Anhang und der Lagebericht sind mit der Stellungnahme des Werksausschusses der Verbandsversammlung vorzulegen. Diese stellt den Jahresabschluß fest. Gleichzeitig beschließt die Verbandsversammlung über die Verwendung des Jahresgewinns oder die Behandlung des Jahresverlustes.

§ 20

Inkrafttreten*)

(1) Diese Satzung tritt am 1. Januar 1987 in Kraft.

(2) Gleichzeitig wird die Betriebssatzung des Tierkörperbeseitigungsbetriebes des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung Rheinland-Pfalz Nr. 9 vom 10. März 1980, geändert durch Satzung vom 12. Februar 1985, Staatsanzeiger vom 4. März 1985, Seite 188, aufgehoben.

*) Diese Bestimmung betrifft das Inkrafttreten der Betriebssatzung vom 21. Januar 1987.

Delegationsbeschluß des Verwaltungsausschusses des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen über die Heranziehung der örtlichen Träger der Sozialhilfe zur Durchführung von Aufgaben des überörtlichen Sozialhilfeträgers

(Delegationsbeschluß vom 24. September 1993)

Auf Grund des § 5 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum BSHG (HAG/BSHG) hat der Verwaltungsausschuß des LWV Hessen am 24. September 1993 folgenden Beschluß gefaßt:

§ 1

(1) Die örtlichen Träger der Sozialhilfe führen gemäß § 5 Abs. 1 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum BSHG folgende Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe, für die dieser nach § 100 BSHG oder Landesrecht zuständig ist, durch und entscheiden dabei im eigenen Namen:

1. Hilfen in besonderen Lebenslagen für Personen vor dem und im schulpflichtigen Alter in Einrichtungen zur teilstationären Betreuung
2. Hilfen in Tagesstätten für seelisch Behinderte
3. Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (§ 72 BSHG)
4. bei Nichtseßhaften die Hilfe zum Lebensunterhalt oder in besonderen Lebenslagen außerhalb einer Anstalt, eines Heimes oder einer gleichartigen Einrichtung, wenn die Hilfe zur Seßhaftmachung bestimmt ist (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 HAG/BSHG)
5. bei Krebskranken die Krankenhilfe und Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen sowie die Hilfe zur Weiterführung des Haushalts (§ 3 Abs. 1 Nr. 2 HAG/BSHG)
6. Hilfen, die nach § 100 Abs. 2 BSHG gleichzeitig mit den vorstehenden Hilfen zu gewähren sind sowie die Hilfe zum Lebensunterhalt und das Pflegegeld bei vorübergehender Abwesenheit aus einer Anstalt, einem Heim oder einer gleichartigen Einrichtung von Hilfeempfängern, für die der überörtliche Träger der Sozialhilfe die Hilfe unmittelbar gewährt.

(2) Der örtliche Träger der Sozialhilfe, der nach Abs. 1 Aufgaben durchführt, hat auch den Kostenbeitrag, Aufwendungsersatz, Kostenersatz und den Kostenerstattungsanspruch gegen andere Sozialleistungsträger und Erstattungs- und Ersatzansprüche gegen Dritte geltend zu machen und zu verwirklichen sowie den Übergang von Ansprüchen gegen Dritte zu bewirken und die Beträge einzuziehen sowie die Feststellung von Sozialleistungen nach § 91 a BSHG zu betreiben.

§ 2

Der örtliche Träger wirkt mit bei der Prüfung, ob teil- oder vollstationäre Hilfe unter Berücksichtigung des Vorrangs der offenen Hilfe (§ 3 a BSHG) geboten ist, sowie bei der Auswahl der geeigneten Einrichtung und berichtet auf Anforderung über die sozialen und gesundheitlichen Verhältnisse.

§ 3

Die örtliche Zuständigkeit für die Durchführung der Aufgaben richtet sich nach § 97 BSHG.

§ 4

Der überörtliche Träger der Sozialhilfe erstattet die im verwaltungsrechtlichen Vorverfahren, im gerichtlichen und schiedsgerichtlichen Verfahren entstehenden Kosten, soweit es sich nicht um Verwaltungskosten handelt.

§ 5

(1) Dieser Beschluß tritt am ersten Tag des Monats, der auf die Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen folgt, in Kraft und erfaßt alle ab diesem Tage entstehenden neuen Leistungs- und Erstattungsfälle (Neufälle).

(2) Die Bearbeitung von Aufgaben in anderen Leistungs- und Erstattungsfällen (Übergangsfällen) übernimmt

— der örtliche Träger der Sozialhilfe, soweit ihm nach diesem Beschluß die Bearbeitung übertragen wird und ihm die Bearbeitung nicht bereits obliegt,

— der überörtliche Träger der Sozialhilfe, soweit sie dem örtlichen Träger der Sozialhilfe nach diesem Beschluß nicht mehr obliegt,

bis spätestens drei Monate nach Inkrafttreten dieses Beschlusses.

(3) Der Beschluß des Verwaltungsausschusses des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen nach § 5 HAG/BSHG vom 25. März 1977 über die Übertragung von Aufgaben auf die örtlichen Träger der Sozialhilfe, der seit dem 1. Januar 1978 gilt, tritt nach Maßgabe der Absätze 1 und 2 außer Kraft.

Delegationsbeschluß des Landeswohlfahrtsverbandes über die Heranziehung der örtlichen Träger der Kriegsopferfürsorge zur Durchführung von Aufgaben des überörtlichen Trägers der Kriegsopferfürsorge

(Delegationsbeschluß vom 24. September 1993)

Auf Grund des § 3 des Gesetzes zur Durchführung der Kriegsopferfürsorge (DGKOF) hat der Verwaltungsausschuß des LWV Hessen am 24. September 1993 folgenden Beschluß gefaßt:

§ 1

(1) Die örtlichen Träger der Kriegsopferfürsorge führen gemäß § 3 DGKOF folgende Aufgaben des überörtlichen Trägers der Kriegsopferfürsorge, für die dieser nach § 2 Abs. 2 Nr. 5 DGKOF zuständig ist, durch und entscheiden dabei im eigenen Namen:

1. Hilfen in besonderen Lebenslagen für Personen vor dem und im schulpflichtigen Alter in Einrichtungen zur teilstationären Betreuung (§ 27 d Abs. 1 Nr. 6 BVG)
2. Hilfen in Tagesstätten für seelisch Behinderte (§ 27 d Abs. 1 Nr. 6 BVG)
3. Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (§ 27 d Abs. 1 Nr. 8 BVG)
4. bei Nichtseßhaften die Hilfe zum Lebensunterhalt oder in besonderen Lebenslagen außerhalb einer Anstalt, eines Heimes oder einer gleichartigen Einrichtung, wenn die Hilfe zur Seßhaftmachung bestimmt ist (§ 2 Abs. 2 Nr. 5 DGKOF i. V. mit § 3 Abs. 1 HAG/BSHG)
5. bei Krebskranken die Krankenhilfe und Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen sowie die Hilfe zur Weiterführung des Haushalts (§ 2 Abs. 2 Nr. 5 DGKOF i. V. mit § 3 Abs. 1 Nr. 2 HAG/BSHG)
6. Hilfen, die nach § 2 Abs. 2 Nr. 5 DGKOF i. V. mit § 100 Abs. 2 BSHG gleichzeitig mit den vorstehenden Hilfen zu gewähren sind sowie die Hilfe zum Lebensunterhalt und das Pflegegeld bei vorübergehender Abwesenheit aus einer Anstalt, einem Heim oder einer gleichartigen Einrichtung von Hilfeempfängern, für die der überörtliche Träger der Kriegsopferfürsorge die Hilfe unmittelbar gewährt.

(2) Der örtliche Träger der Kriegsopferfürsorge, der nach Abs. 1 Aufgaben durchführt, hat auch den Kostenbeitrag, Aufwandsersatz und den Kostenerstattungsanspruch gegen andere Sozialleistungsträger und Erstattungs- und Ersatzansprüche gegen Dritte geltend zu machen und zu verwirklichen sowie den Übergang von Ansprüchen gegen Dritte zu bewirken und die Beträge einzuziehen sowie die Feststellung von Sozialleistungen nach § 27 i BVG zu betreiben.

§ 2

Der örtliche Träger wirkt mit bei der Prüfung, ob teil- oder vollstationäre Hilfe unter Berücksichtigung des Vorrangs der offe-

nen Hilfe geboten ist, sowie bei der Auswahl der geeigneten Einrichtung und berichtet auf Anforderung über die sozialen gesundheitlichen Verhältnisse.

§ 3

Die Aufgaben nach diesem Beschluß führt der örtliche Träger der Kriegsopferfürsorge durch, in dessen Bereich der Hilfesuchende seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat (§ 53 Abs. 1 Satz 1 KfürsV).

§ 4

(1) Der überörtliche Träger der Kriegsopferfürsorge erstattet dem örtlichen Träger der Kriegsopferfürsorge die Netto-Aufwendungen nach Abzug des Bundesanteils für die in § 1 genannten Hilfen.

(2) Der überörtliche Träger der Kriegsopferfürsorge erstattet die im verwaltungsrechtlichen Vorverfahren und im gerichtlichen Verfahren entstehenden Kosten, soweit es sich nicht um Verwaltungskosten handelt.

§ 5

(1) Dieser Beschluß tritt am 1. Tag des Monats, der auf die Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen folgt, in Kraft und erfaßt alle ab diesem Tage entstehenden neuen Leistungs- und Erstattungsfälle (Neufälle).

(2) Die Bearbeitung von Aufgaben in anderen Leistungs- und Erstattungsfällen (Übergangsfällen) übernimmt

— der örtliche Träger der Kriegsopferfürsorge, soweit ihm nach diesem Beschluß die Bearbeitung übertragen wird und ihm die Bearbeitung nicht bereits obliegt,

— der überörtliche Träger der Kriegsopferfürsorge, soweit sie dem örtlichen Träger der Kriegsopferfürsorge nach diesem Beschluß nicht mehr obliegt.

(3) Die Aufgabenübernahme gemäß Abs. 2 ist bis spätestens drei Monate nach Inkrafttreten dieses Beschlusses vorzunehmen, bei zeitlich befristeten Leistungsgewährungen nach Ablauf des jeweiligen Bewilligungszeitraumes.

(4) Der Beschluß des Verwaltungsausschusses des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen Nr. VII/436 vom 27. April 1979 über die Übertragung von Aufgaben auf die örtlichen Träger der Kriegsopferfürsorge tritt nach Maßgabe der Absätze 1—3 außer Kraft.

Den Beschlüssen Ihres Verwaltungsausschusses vom 24. September 1993 über die Heranziehung von örtlichen Trägern für die Erfüllung von Aufgaben des überörtlichen Trägers im Bereich der Sozialhilfe und der Kriegsopferfürsorge stimme ich gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 HAG/BSHG bzw. § 3 Abs. 1 Satz 1 DGKOF zu.

Was das Prüfungsrecht des LWV bei den örtlichen Trägern der Sozialhilfe angeht, bleibe ich insbesondere im Hinblick auf die trotz Delegation beim LWV verankerte Kostenträgerschaft (§ 8 Abs. 3 HAG/BSHG) bei meiner in dem von Ihnen zitierten Erlaß vom 29. Juli 1988 (Az. IV B 13 — 33 c 20/92 — 5/88) niedergelegten Rechtsauffassung; § 89 und § 97 SGB X bilden danach die nach § 145 HGO erforderliche spezialgesetzliche Grundlage für das Prüfungsrecht des überörtlichen Trägers. Wegen der Kritik an dieser von dem Hessischen Sozialministerium geteilten Auslegung der §§ 97, 89 SGB X (vgl. Hüttemann, Verwaltungsgrundschau 1989, S. 48 ff.), halte auch ich eine klarstellende gesetzliche Regelung für erforderlich. Ihre durchschriftlich an das zuständige Fachministerium gerichtete Anregung, im HAG/BSHG und im DGKOF eine entsprechende Klarstellung vorzunehmen, werde ich unterstützen.

Wiesbaden, 8. November 1993

Hessisches Ministerium des Innern
und für Europaangelegenheiten
IV A 1 — 3 g 02 — 14/93
Im Auftrag: gez. P f l o c k

Im Anschluß an das Schreiben des Hessischen Ministeriums des Innern und für Europaangelegenheiten vom 8. November 1993 — Az. IV A 1 — 3 g 02 — 14/93 — stimme ich den Beschlüssen Ihres Verwaltungsausschusses vom 24. September 1993 über die Heranziehung von örtlichen Trägern für die Erfüllung von Aufgaben des überörtlichen Trägers im Bereich der Sozialhilfe und der Kriegsopferfürsorge gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 HAG/BSHG bzw. § 3 Abs. 1 Satz 1 DGKOF zu.

Wiesbaden, 24. November 1993

Hessisches Ministerium für
Frauen, Arbeit und Sozialordnung
IV B 1 — 3 g 02
Im Auftrag: gez. P ü h l

Bekanntmachung des endgültigen Wahlergebnisses der allgemeinen Sozialversicherungswahl 1993 bei dem Hessischen Gemeindeunfallversicherungsverband, Opernplatz 14, 60313 Frankfurt am Main

I. VERTRETERVERSAMMLUNG

A. Gruppe der Versicherten

Mitglieder

1. **Fromm, Werner**, geb. 20. 1. 1939, Am Holzpfortchen 10, 61169 Friedberg (Hessen)
2. **Völsen, Brigitte**, geb. 2. 10. 1945, Stettiner Straße 16, 64372 Ober-Ramstadt
3. **Dröll, Willi**, geb. 25. 1. 1940, Hügelstraße 17, 63225 Langen
4. **Steffek, Klaus**, geb. 10. 11. 1941, Am Sender 18, 34253 Lohfelden
5. **Schermuly, Hildegard**, geb. 8. 11. 1950, Augustusstraße 28, 60439 Frankfurt am Main
6. **Heck, Walter**, geb. 18. 10. 1939, Hebbelweg 10, 63454 Hanau
7. **Kramm, Lothar**, geb. 7. 4. 1944, Hartungstraße 17, 36039 Fulda
8. **Fichte-Schmidt, Heike**, geb. 26. 2. 1958, Otto-Lilienthal-Straße 3, 36041 Fulda
9. **Miksch, Manfred**, geb. 31. 10. 1938, Herderstraße 2, 65185 Wiesbaden
10. **Göbl, Werner**, geb. 11. 6. 1948, Brunnenstraße 83 b, 63263 Neu-Isenburg
11. **Vogler, Hans-Ludwig**, geb. 20. 1. 1945, Waldstraße 24, 35305 Grünberg
12. **Herbert, Walter**, geb. 14. 4. 1946, Philipppshospital, 64560 Riedstadt
13. **Homburg, Friedhelm**, geb. 14. 3. 1947, Unterdorfstraße 7, 65589 Hadamar-Oberweyer

Stellvertreter

1. **Schneider, Marlies**, geb. 11. 11. 1943, Erfurter Straße 21, 64372 Ober-Ramstadt
2. **Wichtel, Peter**, geb. 5. 1. 1949, In den Gärten 14, 63179 Obertshausen
3. **Lang, Gerd**, geb. 17. 7. 1946, Buchrainweg 107, 63069 Offenbach am Main
4. **Hahn, Michael**, geb. 19. 3. 1958, Mörfelder Straße 6, 65428 Rüsselsheim
5. **Walter, Gustav**, geb. 13. 5. 1941, Brandenburger Straße 20, 34587 Felsberg
6. **Fränkle, Rainer**, geb. 18. 5. 1949, Am Sonnengarten 9/5, 68169 Mannheim
7. **Müller, Eberhard**, geb. 22. 9. 1940, Waldstraße 13, 64686 Lautertal

B. Gruppe der Arbeitgeber

Mitglieder

1. **Frey, Hans-Erich**, geb. 23. 5. 1935, Friedensallee 164, 63263 Neu-Isenburg
2. **Mayfarth, Anneliese**, geb. 17. 7. 1933, Leuschnerstraße 97, 34134 Kassel
3. **Schlempp, Dieter**, geb. 17. 7. 1942, Kettelerstraße 8, 65193 Wiesbaden
4. **Brandenburg, Peter**, geb. 4. 6. 1939, Am Berge 8, 34513 Waldeck
5. **Leber, Norbert**, geb. 6. 9. 1948, Birkenweg 13, 64347 Griesheim
6. **Müller, Eckhardt**, geb. 16. 4. 1938, Am Eichfeld 8, 36154 Hosenfeld
7. **Gewinner, Joseph**, geb. 15. 11. 1933, Poststraße 21, 63456 Hanau
8. **Hofmann, Gerhard**, geb. 28. 11. 1941, Am Heiligenhaus 28, 65232 Taunusstein
9. **Schmidt, Hans**, geb. 22. 6. 1935, Kleebachstraße 30, 35625 Hüttenberg
10. **Dr. Kliem, Kurt**, geb. 11. 1. 1931, Im Bruch 10, 35085 Ebsdorfergrund
11. **Banzer, Jürgen**, geb. 17. 4. 1955, Frankfurter Landstraße 6 a, 61440 Oberursel

12. **Humburg, Walter***, geb. 6. 9. 1952, Mittelstraße 34, 34292 Ahnatal
13. **Maikranz, Ferdinand**, geb. 3. 5. 1937, An der Mühlwiese 2, 36304 Alsfeld

Stellvertreter

1. **Jung, Dieter**, geb. 15. 6. 1939, Lahnstraße 3, 35633 Lahnau
2. **Obermayr, Ulrich**, geb. 5. 1. 1943, Merianstraße 7, 64646 Heppenheim
3. **Hühn, Roland**, geb. 6. 3. 1953, Lindigstraße 19, 36266 Heringen (Werra)
4. **Unruh, Jürgen**, geb. 3. 3. 1957, Theodor-Heuss-Allee 123, 34225 Baunatal
5. **Eichhorn, Bruno**, geb. 8. 10. 1947, Kettelerstraße 9, 64653 Lorsch
6. **Hoffmann, Bernhard**, geb. 8. 1. 1947, Liebaustraße 32 a, 65396 Walluf
7. **Kühn, Walter**, geb. 21. 3. 1935, Röderweg 18, 35418 Buseck
8. **Thünken, Walter**, geb. 12. 4. 1929, Odenwaldring 1, 64846 Groß-Zimmern
9. **Eichenlaub, Helmut**, geb. 17. 4. 1955, Fichtenweg 19, 35066 Frankenberg (Eder)
10. **Leyer, Albert**, geb. 19. 8. 1930, Uhlandstraße 6, 64390 Erzhausen
11. **Stiegel, Klaus**, geb. 11. 10. 1944, Zur Lindenwiese 24, 34587 Felsberg
12. **Dr. Steltmann, Reiner**, geb. 25. 6. 1939, Ringstraße 20, 65589 Hadamar
13. **Reininger, Armin**, geb. 18. 7. 1943, Siesmayerstraße 32, 61118 Bad Vilbel
14. **Gebhardt, Otto**, geb. 7. 10. 1944, Theodor-Heuss-Straße 14, 64625 Bensheim

Vorsitzende der Vertreterversammlung

Schermuly, Hildegard, geb. 8. 11. 1950, Augustusstraße 28, 60439 Frankfurt am Main

Stellvertretender Vorsitzender der Vertreterversammlung

Banzer, Jürgen, geb. 17. 4. 1955, Frankfurter Landstraße 6 a, 61440 Oberursel

II. VORSTAND

A. Gruppe der Versicherten

(Lfd. Nr. Mitglied, a) erster und b) zweiter Stellvertreter)

1. **Dipl.-Ing. Jungermann, Hartmut**, geb. 14. 8. 1943, Akazienweg 7, 34302 Guxhagen
 - a) **Kiewitz, Alexander**, geb. 8. 11. 1964, Ellenbogengasse 2, 65183 Wiesbaden
 - b) **Neudert, Sigurt**, geb. 31. 7. 1942, Eleonorenstraße 126, 55124 Mainz
2. **Arnold, Dieter**, geb. 21. 12. 1946, Chattenstraße 36, 55130 Mainz
 - a) **Voss, Edgar**, geb. 3. 9. 1945, Eschenstraße 22, 65205 Wiesbaden
 - b) **Behre, Rainer**, geb. 30. 6. 1953, Aug.-Mackenrodt-Straße 14, 36093 Künzell
3. **Koch, Johannes-Christian**, geb. 17. 6. 1944, Raimundstraße 109, 60320 Frankfurt am Main
 - a) **Ehret, Jutta**, geb. 6. 12. 1956, Ramonvillestraße 10, 61184 Karben
 - b) **Rothländer, Christian**, geb. 26. 9. 1954, Im Mittelweg 35, 37194 Bodenheim

B. Gruppe der Arbeitgeber

(Lfd. Nr. Mitglied, a) erster und b) zweiter Stellvertreter)

1. **Grenacher, Heinz**, geb. 22. 4. 1941, Krauthöfe 6, 34225 Baunatal
 - a) **Treutel, Friedrich**, geb. 26. 9. 1929, Gerauer Straße 6, 65451 Kelsterbach
 - b) **Bender, Kurt**, geb. 6. 1. 1938, Joseph-Haydn-Straße 3, 65812 Bad Soden
2. **Damaschke, Siegbert**, geb. 5. 6. 1941, Stettiner Straße 10, 35305 Grünberg

*) durch Ergänzungsverfahren für das durch Wahl in den Vorstand ausgeschiedene Mitglied Helmut Schäfer

- a) Benz, Peter, geb. 10. 9. 1942, Arheilger Woogstraße 17, 64291 Darmstadt
- b) Dr. Fennel, Eberhard, geb. 16. 1. 1949, Konrad-Adenauer-Platz 1, 36088 Hünfeld
- 3. Schäfer, Helmut, geb. 5. 2. 1942, Eifelweg 5, 34253 Lohfelden
 - a) Best, Volker, geb. 14. 10. 1937, Ahrensbergstraße 4 a, 34131 Kassel
 - b) Hankel, Dieter, geb. 15. 12. 1940, Kölnische Straße 159, 34119 Kassel

Vorsitzender des Vorstandes

Grenacher, Heinz, geb. 22. 4. 1941, Krauthöfe 6, 34225 Baunatal

Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes

Dipl.-Ing. Jungermann, Hartmut, geb. 14. 8. 1943, Akazienweg 7, 34302 Guxhagen

Frankfurt am Main, 26. November 1993

Hessischer Gemeindeunfallversicherungsverband
Der Wahlausschuß
gez. Ulrich
(Vorsitzender)

Bekanntmachung des endgültigen Wahlergebnisses der allgemeinen Sozialversicherungswahl 1993 bei der Hessischen Ausführungsbehörde für Unfallversicherung, Opernplatz 14, 60313 Frankfurt

I. VERTRETERVERSAMMLUNG**A. Gruppe der Versicherten****Mitglieder**

1. Leicht, Reinhard, geb. 17. 12. 1937, Gertrud-Bäumer-Straße 25, 65189 Wiesbaden
2. Hofmeister, Hans-Walter, geb. 15. 5. 1936, Friedrich-Ebert-Straße 109, 34119 Kassel
3. Durkin, Charlotte, geb. 18. 12. 1957, Josef-Brix-Straße 26, 65187 Wiesbaden
4. Rothländer, Christian, geb. 26. 9. 1954, Im Mittelweg 35, 55294 Bodenheim
5. Franz, Wilhelm, geb. 1. 6. 1932, Antoniterstraße 26 a, 63452 Hanau
6. Ullrich, Karl, geb. 27. 3. 1939, Hauptstraße 45, 34286 Spangenberg
7. Bauer, Hans-Joachim, geb. 10. 1. 1943, Heinrich-Lauterbach-Straße 14, 34134 Kassel

Stellvertreter

1. Löhr, Willi, geb. 15. 9. 1935, Am Sieggarten 12, 35781 Weilburg
2. Ranft, Albert, geb. 19. 2. 1936, Gartenstraße 15, 35510 Butzbach
3. Strohauser, Günter, geb. 29. 9. 1954, Im Langgewann 13, 64560 Riedstadt
4. Schmidt, Hans-Jürgen, geb. 20. 5. 1947, Schloßstraße 26, 64297 Darmstadt
5. Volz, Rainer, geb. 21. 6. 1948, Taunusstraße 1, 35415 Pohlheim
6. Schutz, Hartmut, geb. 28. 9. 1947, Miroldestraße 11, 63571 Gelnhausen
7. Berg, Klaus, geb. 26. 4. 1951, Goethestraße 14, 63755 Alznau

B. Beauftragte des Landes Hessen als Arbeitgeber

(Lfd. Nr. Mitglied, a) erster und b) zweiter Stellvertreter)

1. Wörner, Kurt, geb. 15. 7. 1931, Mecklenburger Straße 65, 65205 Wiesbaden
 - a) Bauer, Uwe, geb. 12. 2. 1957, Platterstraße 15, 65388 Schlagenbad-Bärstadt
 - b) Fieseler, Ute, geb. 26. 5. 1961, Nikolaus-Wahl-Straße 11, 63796 Kahl
2. Götz, Klaus, geb. 6. 7. 1937, Hans-Böckler-Straße 82, 65199 Wiesbaden
 - a) Treber, Helene, geb. 9. 4. 1950, Schiersteiner Straße 3, 65187 Wiesbaden

- b) Becker, Marita, geb. 26. 3. 1955, Tempelhofer Straße 41, 65205 Wiesbaden-Erbenheim
- 3. Gläßer, Wolfgang, geb. 7. 8. 1948, An der Basilika 5, 65375 Oestrich-Winkel
 - a) Riedel, Angelika, geb. 3. 8. 1951, Kapellenstraße 66 d, 65193 Wiesbaden
 - b) Haas, Margit, geb. 26. 2. 1950, Waldstraße 1, 65719 Hofheim-Wildsachsen
- 4. Groß, Helmut, geb. 31. 8. 1937, Carl-v.-Ossietzky-Straße 64, 65197 Wiesbaden
 - a) Schroer, Claus-Peter, geb. 6. 4. 1949, Emser Straße 39, 65195 Wiesbaden
 - b) Ahrend, Volker, geb. 25. 2. 1960, Eiserne Hand - Haus Hubertus -, 65195 Wiesbaden
- 5. Hoffmann, Erika, geb. 27. 12. 1953, Eifelstraße 20 a, 60529 Frankfurt am Main
 - a) Nitzel, Erhard, geb. 22. 11. 1941, Buchenweg 4, 55262 Heidesheim
 - b) Kern, Friedel, geb. 20. 5. 1940, Werner-Hilpert-Straße 75, 65197 Wiesbaden
- 6. Willrich, Volkmar, geb. 12. 5. 1932, Hans-Bredow-Straße 32, 65189 Wiesbaden
 - a) Müller, Doris, geb. 6. 4. 1954, Agrippastrasse 25 a, 55131 Mainz
 - b) Bach, Erika, geb. 3. 8. 1941, Am Schillberg 31, 65232 Taunusstein
- 7. Mauer, Sieglinde, geb. 4. 8. 1939, Sittlingstraße 49, 65830 Kriftel
 - a) Franz, Helmut, geb. 23. 3. 1950, Am Schäfersberg 67, 65527 Niedernhausen
 - b) Rittreiser, Heinrich, geb. 1. 12. 1950, An den Weiden 3, 55294 Bodenheim

Vorsitzender der Vertreterversammlung

Groß, Helmut, geb. 31. 8. 1937, Carl-v.-Ossietzky-Straße 64, 65197 Wiesbaden

Stellvertretender Vorsitzender der Vertreterversammlung

Leicht, Reinhard, geb. 17. 12. 1937, Gertrud-Bäumer-Straße 25, 65189 Wiesbaden

II. VORSTAND**A. Gruppe der Versicherten**

(Lfd. Nr. Mitglied, a) erster und b) zweiter Stellvertreter)

1. Möller, Gerd, geb. 23. 6. 1944, Neuer Weg 9 a, 34292 Ahnatal
 - a) Neumann, Hans-Joachim, geb. 17. 3. 1943, Büschelstraße 33, 64297 Darmstadt
 - b) Conrad, Rolf, geb. 25. 10. 1941, Math.-Claudius-Straße 14, 65185 Wiesbaden
2. Wagner, Rolf, geb. 25. 12. 1941, Friedberger Straße 52, 63110 Rodgau
 - a) Becker, Eugen, geb. 14. 11. 1947, Hauptstraße 18, 61250 Usingen
 - b) Thessinga, Rainer, geb. 16. 11. 1941, Zehnmorgenstraße 55 a, 60433 Frankfurt am Main
3. Schenk, Thomas, geb. 27. 4. 1955, Van-Gogh-Straße 31, 64546 Mörfelden
 - a) Gumpert, Heike, geb. 28. 4. 1943, Ilbenstädter Straße 16, 60385 Frankfurt am Main
 - b) Abendschein, Gerhard, geb. 13. 7. 1954, Adolfsallee 37, 65185 Wiesbaden

B. Beauftragte des Landes Hessen als Arbeitgeber

(Lfd. Nr. Mitglied, a) erster und b) zweiter Stellvertreter)

1. Sperner, Karl-Heinz, geb. 1. 1. 1933, Lessingstraße 11, 65189 Wiesbaden
 - a) Gerke, Jürgen, geb. 5. 8. 1934, Weinbergstraße 26, 65345 Eltville-Rauenthal
 - b) Schlosser, Friedrich, geb. 10. 11. 1935, Im Taubenweg 14, 65207 Wiesbaden-Naurod
2. Mönlich, Günter, geb. 22. 10. 1937, Darmstädter Straße 81, 64521 Groß-Gerau
 - a) Dr. Dr. habil. Backhaus, Gisbert, geb. 24. 1. 1941, Bismarckstraße 13, 35781 Weilburg
 - b) Grundstein, Helmut, geb. 15. 12. 1943, Schanzenweg 31, 65232 Taunusstein

3. Winkler, Dieter, geb. 15. 9. 1940,
Pommernstraße 139, 65205 Wiesbaden
a) Becker, Heinrich, geb. 2. 10. 1942,
Graf-von-Galen-Straße 8, 65197 Wiesbaden
b) Kirchhoff, Frank, geb. 8. 8. 1960,
Raenthaler Straße 9, 65197 Wiesbaden

Vorsitzender des Vorstandes

Möller, Gerd, geb. 23. 6. 1944,
Neuer Weg 9 a, 34292 Ahnatal

Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes

Sperner, Karl-Heinz, geb. 1. 1. 1933,
Lessingstraße 11, 65189 Wiesbaden

Frankfurt am Main, 26. November 1993

Hessische Ausführungsbehörde für Unfallversicherung
Der Wahlausschuß
gez. Ulrich
(Vorsitzender)

Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises

Der am 8. Januar 1973 vom Magistrat der Stadt Lampertheim für den Stadtverordneten Rolf Kiefer ausgestellte Dienstausweis Nr. 68, gültig bis 31. März 1989, ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

Lampertheim, 25. November 1993

Der Magistrat
gez. Dieter
Bürgermeister

Öffentliche Ausschreibungen**Öffentliche Ausschreibung nach VOB/A**

Die Gemeinde 63814 MAINASCHAFF, Hauptstraße 10-12, Tel. 06021/7050, Landkreis Aschaffenburg, schreibt hiermit für die Erweiterung der Grund- und Hauptschule Mainaschaff folgende Gewerke öffentlich aus:

- Gewerk:** 1. Abbruch-, Erd-, Mauer-, Beton-, Stahlbeton- u. Entwässerungsarbeiten nach DIN 18300, 18330, 18331 u. 18306
ca. 3 200 m³ BRI Dreigeschossiger Klassentrakt
ca. 700 m³ BRI Eingeschossiges Sanitärgebäude
ca. 800 m³ BRI Pausenhalle mit geschlossenen Verbindungsfluren, Abbrucharbeiten

Ausführungszeit: März bis August 1994
Gebühr: 80,- DM
Submission: 9.00 Uhr

- Gewerk:** 2. Zimmerarbeiten nach DIN 18334
22 m³ Nadelholz
1 400 m Abbund
800 m² Dachschalung

Ausführungszeit: August 1994
Gebühr: 25,- DM
Submission: 9.20 Uhr

- Gewerk:** 3. Stahlbauarbeiten nach DIN 18335
9 St. Stahlbinder IPE-300
Länge bis 3 m
5 St. Stahlbinder IPE-360
Länge bis 8 m

Ausführungszeit: Juli/August 1994
Gebühr: 25,- DM
Submission: 9.40 Uhr

- Gewerk:** 4. Stark- und Schwachstromanlagen nach DIN 18382 und 18383
1 St. NSHV
1 St. Unter-/Bereichverteiler
1 St. ELA-/Uhrenanlage
1 St. Brandmeldeanlage
1 St. RWA-Anlage
230 St. Schalter/Steckdosen
270 St. Leuchten
6 900 m Stark- und Schwachstromkabel

Ausführungszeit: September/Oktober 1994 bis Mai 1995
Gebühr: 80,- DM
Submission: 10.00 Uhr

- Gewerk:** 5. Blitzschutzanlage nach DIN 57185 und 18384
125 m Auffangleitungen
180 m Hauptableitungen
21 St. Trennstellen/Erdeinführungsstangen
Ausführungszeit: November/Dezember 1994
Gebühr: 25,- DM
Submission: 10.20 Uhr

- Gewerk:** 6. Aufzugsanlage nach TRA 200
1 St. Ölhdraulischer Personenaufzug mit 3 Haltestellen

Ausführungszeit: Oktober 1994
Gebühr: 25,- DM
Submission: 10.40 Uhr

- Gewerk:** 7. Heizungsinstallation nach DIN 18380
1 vorh. Kesselanlage 320 kW demontieren
2 neue Heizkessel je 230 kW

Ausführungszeit: Mai/Juni 1994
135 m Nahwärme-Erdleitungen DN 40-DN 80

- Ausführungszeit:** Juli/August 1994
1 100 m Stahlrohr DN 15-DN 100
60 St. Heizkörper

Ausführungszeit: September/Oktober 1994
Gebühr: 50,- DM
Submission: 11.00 Uhr

- Gewerk:** 8. Sanitärinstallation nach DIN 18381
48 St. Objekte

Ausführungszeit: März/April 1995
160 m Kunststoffrohr im Gebäude DN 15-DN 50
515 m Edelstahlrohr DN 15-DN 50

Ausführungszeit: September/Oktober 1994
150 m Kunststoffrohr im Erdreich DN 32-DN 50

Ausführungszeit: Mai bis August 1994
1 Regenwassernutzungsanlage

Ausführungszeit: Mai/Juni 1994
Gebühr: 50,- DM
Submission: 11.20 Uhr

- Gewerk:** 9. Lüftungsinstallation nach DIN 18379
3 St. Abluftventilatoren
4 St. Feuerschutzklappen
30 m² Luftkanäle
60 m Rundkanäle

Ausführungszeit: September/Oktober 1994
35 St. Gitter, Tellerventile

Ausführungszeit: Februar/März 1994
Gebühr: 25,- DM
Submission: 11.40 Uhr

Die Verdingungsunterlagen für die Gewerke können unter folgenden Adressen bis zum 8. Januar 1994 gegen Vorlage eines Verrechnungsschecks angefordert werden:

Gewerk 1-3 Architekt Dipl.-Ing. (FH) Dieter Müller
Wallstädter Straße 16, 63811 Stockstadt/Main
Tel. 06027/3008, Fax 2620

Gewerk 4-6 Elektro-Planungs-Team L. Schächtele & N. Braun
Rodenbacher Straße 5, 63755 Alzenau
Tel. 06023/3371, Fax 7117

Gewerk 7-9 Ingenieur-Büro Hartmut Gutzmann VDI
Postfach 1148, 63527 Mainhausen
Tel. 06182/23939, Fax 3050

Der Versand erfolgt ab dem 11. Januar 1994.

Der Betrag wird nicht zurückerstattet.

Die Planungsunterlagen zu den Gewerken können in den zuständigen Ingenieurbüros zu den üblichen Bürozeiten eingesehen werden.

Eröffnungstermin: Als Eröffnungstermin gilt Dienstag, der 25. Januar 1994, zu den o. g. Uhrzeiten, im Rathaus, 63814 Mainaschaff, Hauptstraße 10-12, Sitzungssaal.

Die Angebote müssen bis zum Eröffnungstermin in verschlossenem Umschlag mit genauer Bezeichnung des Gewerkes im o. g. Rathaus eingehen. Bei der Öffnung des Angebotes sind nur die Bieter und ihre Bevollmächtigten zugelassen.

Für die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen aus dem Vertrag ist Sicherheit in Höhe von 5% der Auftragssumme durch selbstschuldnerische Bürgschaft zu leisten.

Abschlags- und Schlußzahlungen erfolgen nach VOB/B.

Für den Auftrag kommen Bieter in Betracht, die in den letzten zwei Jahren bereits Leistungen mit Erfolg ausgeführt haben, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.

Die Bieter sind bis zum 1. März 1994 an ihr Angebot gebunden.

Der Zuschlag wird nach § 25 VOB/A auf das Angebot erteilt, das unter Berücksichtigung aller technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte als das annehmbarste erscheint.

Nachprüfstelle für behauptete Verstöße gegen die Vertragsbedingungen ist die VOB-Stelle bei der Regierung von Unterfranken, Peterplatz 9, 97070 Würzburg.

Mainaschaff, 13. Dezember 1993 **Gemeinde Mainaschaff**
gez. Roth, 1. Bürgermeister

DSK

DEUTSCHE STADTENTWICKLUNGS-
GESELLSCHAFT MBH

Am Weingarten 25 60487 Frankfurt Tel. (069) 79304-0 Fax (069) 7930463
Entwicklungsträger und Treuhänder der Stadt 63128 Dietzenbach

Öffentliche Ausschreibung von Bauarbeiten

Im Zuge der Entwicklungsmaßnahme in 63128 Dietzenbach werden die Bauarbeiten zur Verlegung der Fernwärmeleitung für den Bebauungsplanbereich 69 öffentlich ausgeschrieben. Folgende Arbeiten sind durchzuführen:

1. Verlegung von Fernwärmeleitungen, Kunststoffmantelrohre in den Nennweiten DN 20—DN 125, ca. 3 250 m
2. Erdarbeiten von Rohrgräben, geböscht, ca. 3 000 m³, für Hauptleitung und Hausanschlüsse
3. ca. 90 Übergabestationen komplett mit interner Hausanschlußleitung und Isolierung in der Nennweite DN 20.

Ausführungszeit: 150 Werktage

Baubeginn: 12 Tage nach Auftragserteilung

Die Verdingungsunterlagen (Vertragsbedingungen, Leistungsbeschreibung) in einfacher und das Preisverzeichnis (Angebot) in doppelter Ausfertigung sowie ein Lageplan können ab 6. Dezember 1993 bei der DSK Deutsche Stadtentwicklungsgesellschaft mbH, Am Weingarten 25, 60487 Frankfurt, gegen Kostenvergütung von 150,— DM angefordert werden. Der Betrag ist auf das Konto Nr. 206 593-600 beim Postgiroamt Frankfurt am Main mit dem Vermerk „Fernwärme Baugelände 69“ einzuzahlen. Der Einzahlungsbeleg ist der Anforderung beizufügen. Die Kostenpauschale wird nicht zurückvergütet.

Weitere Planunterlagen können vom 6. Dezember 1993 bis 7. Januar 1994 bei der DSK Deutsche Stadtentwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt, während der üblichen Sprechzeiten eingesehen werden.

Die Angebote müssen bis zum Eröffnungstermin am 13. Januar 1994, um 10.00 Uhr, bei der Tiefbauabteilung im Rathaus der Stadt Dietzenbach eingehen. Bei der Angebotsöffnung können die Bieter oder deren Bevollmächtigte anwesend sein.

Die Bieter sind bis zum 3. März 1994 an ihr Angebot gebunden.

Öffentliche Ausschreibung gemäß VOB

Die Behindertenhilfe in Stadt und Kreis Offenbach e. V. schreibt für den Neubau einer Wohnanlage für behinderte Erwachsene, Rodgaustraße in Dietzenbach, folgende Bauleistungen gemäß VOB öffentlich aus:

Generalunternehmer-Ausschreibung für die schlüsselfertige Erstellung der Wohnanlage einschließlich der Außenanlagen:

Grundstücksgröße: 7 534,00 m²
Überbaute Fläche: 1 163,09 m²
Bruttogrundrißfläche: 2 583,30 m²
Bruttorauminhalt: 9 244,51 m³

Gebäude bestehend aus Kellergeschoß, in wasserundurchlässiger Ausführung, Erdgeschoß, 1. Obergeschoß und Dachgeschoß (nicht ausgebaut). Mit Satteldach und Glasoberlicht in Satteldachform.

Konstruktionsbeschreibung:

Mischkonstruktion mit Porotonaußenwandmauerwerk und Stahlbetondecken, -unter-, -überzügen. Innenwände als Kalksandsteinmauerwerk bzw. Gipskartonständerwandkonstruktion. Innen- und Außenwände verputzt.

Holzaußenfenster, Holzinnentüren mit Stahlzargen, T-30-Stahl Türen mit Verglasung.

Satteldach als Pfettendachkonstruktion mit Zinkblecheindeckung.

Flachdächer teilweise begrünt.

Außenanlagen konventionell begrünt und angelegt.

Voraussichtlicher Ausführungsbeginn III. Quartal 1994, Ausführungszeit: ca. 1½ Jahre.

Die Vergabeunterlagen können unter Beifügung des Einzahlungsbeleges bis 17. Dezember 1993 bei den Planern und Architekten, Braun & Schlockermann, Oeder Weg 160, 60318 Frankfurt am Main, gegen eine Kostenvergütung von 150,— DM angefordert werden.

Der Beitrag ist bei der Städtischen Sparkasse Offenbach auf das Konto der Behindertenhilfe Offenbach, Konto Nr. 2270072, BLZ 505 500 20, mit dem Vermerk: — Generalunternehmer-Ausschreibung Nr. 01/93, einzuzahlen.

Eröffnungstermin: 4. Februar 1994, 10.00 Uhr.

Es können Bieter und ihre Bevollmächtigten anwesend sein. Als Sicherheit für die Vertragserfüllung wird eine Bürgschaft eines in der Europäischen Gemeinschaft zugelassenen Kreditinstitutes in Höhe von 5 v. H. der Auftragssumme verlangt. Als Sicherheit für die Gewährleistung werden 3 v. H. der Abrechnungssumme einbehalten. Der Auftragnehmer kann statt dessen eine Bürgschaft (gem. VOB, Teil B, § 17 [2]) eines in der Europäischen Gemeinschaft zugelassenen Kreditinstitutes oder Kreditversicherers stellen. Zahlungen erfolgen nach § 16 oder VOB/B. Die Nachprüfstelle nach § 31 VOB, Teil A, ist das Regierungspräsidium in Darmstadt. Dem Angebot sind Nachweise des Umsatzes an Leistungen in den letzten drei Geschäftsjahren, der verfügbaren technischen Ausrüstung sowie der in den letzten drei Geschäftsjahren ausgeführten vergleichbaren Bauleistungen mit Angabe des Auftraggebers, der Ausführungsart und der Ausführungszeit beizufügen. Die Bieter sind bis 30. April 1994 an ihre Angebote gebunden.

Offenbach am Main, 30. November 1993

Behindertenhilfe in Stadt und Kreis Offenbach e. V.,
Geschäftsstelle,
Aliceplatz 7, 63065 Offenbach am Main,
Tel.: 0 69 / 88 80 12.

Stellenausschreibungen

Beim Verwaltungsseminar Frankfurt am Main

sind — voraussichtlich im April 1994 — die Unterrichtsfächer

- a) Öffentliche Finanzwirtschaft
- b) Personalwesen (Beamten- und Arbeitsrecht)

durch

zwei hauptamtliche Dozenten/innen

(Verwaltungsstudienrat/rätin)

— Besoldungsgruppe A 13 HBesG —
zu besetzen.

Die Bereitschaft, sich in ein anderes Unterrichtsfach einzuarbeiten, ist erwünscht.

Einstellungsvoraussetzung ist die Befähigung für die Laufbahn des höheren nichttechnischen Verwaltungsdienstes bzw. ein geeignetes abgeschlossenes Studium an einer Hochschule i. S. des § 23 Abs. 1 Nr. 1 HBG oder eine besondere Qualifikation von Beamten/innen des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes in den oben angegebenen Fachrichtungen.

Aufstiegsmöglichkeiten nach Besoldungsgruppe A 14 HBesG sind im Rahmen des Stellenkegels gegeben.

Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht.

Schwerbehinderte Bewerber/innen werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Wenn Sie die genannten Voraussetzungen erfüllen, über pädagogisches Geschick verfügen und Freude an der Aus- und Fortbildung haben, bewerben Sie sich mit den üblichen Bewerbungsunterlagen bis zum 31. Dezember 1993 beim

Hessischen Verwaltungsschulverband
— Verwaltungsseminar Frankfurt am Main —, Bezirksleitung,
Niddagaustraße 32—38, 60489 Frankfurt am Main.

THÜRINGER LANDTAG

Beim Thüringer Landtag ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle eines/einer

Sachgebietsleiters/in

im Bereich Personal zu besetzen.

Die Stelle ist nach Besoldungsgruppe A 13 g. D. BBesG bewertet.

Gefordert sind detaillierte Rechtskenntnisse und mehrjährige Erfahrungen im Bereich der Personalverwaltung.

Die Bewerbung von Frauen ist ausdrücklich erwünscht. Bei gleicher Eignung werden Schwerbehinderte bevorzugt berücksichtigt.

Die üblichen aussagefähigen Bewerbungsunterlagen richten Sie bitte bis zum 22. Dezember 1993 an:

**Thüringer Landtag,
Leiter der Abteilung Personal und Verwaltung,
Postfach 9 41, 99019 Erfurt.**



Beim Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie

ist im Referat III a 1 „Grundsatzfragen der Finanz- und Steuerpolitik, der Wirtschaftsbeobachtung“ eine

Halbtagsstelle für eine/n Sachbearbeiter/in

(Beamtin/ten des gehobenen Dienstes oder vergleichbare/n Angestellte/n)

zu besetzen.

Aufgabenbereich:

- Anträge auf Steuerbefreiung und -ermäßigung für Übertragung stiller Reserven bei inländischen und ausländischen Kapitaltransaktionen;
- Bescheinigungen für eine steuerfreie Insolvenzrücklage für freie Erfinder sowie für private weiterbildende Ausbildungseinrichtungen;
- Grundsteuerbefreiung des Grundbesitzes von Werkschulen und Lehrwerkstätten;
- Anträge auf Pauschalierung der Einkommen- und Körperschaftsteuer;
- Sonderfälle der Grunderwerbsteuerbefreiung;
- Mitarbeit im Bereich „Grundsatzfragen der Steuer- und Finanzpolitik, der Wirtschaftsbeobachtung, der Arbeitsmarktfragen und der Raumordnung“.

Ausbildung/Kenntnisse:

- Verwaltungsprüfung II oder vergleichbarer Abschluß bzw. Verwaltungsfachwirt/in (Angestelltenprüfung II);
- einschlägige Kenntnisse im Steuerrecht, insbesondere der allgemeinen Rechtssystematik;
- Grundkenntnisse der Struktur der beruflichen Aus- und Weiterbildung.

Persönliche Eigenschaften:

Verantwortungsbewußtsein, selbständiges Arbeiten, Teamgeist, Fähigkeit zu analytischem Denken, Belastbarkeit, Eigeninitiative.

Frauen sind besonders aufgefordert, sich zu bewerben. Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind mit den üblichen Unterlagen bis spätestens 7. Januar 1994 zu richten an das

**Hessische Ministerium für Wirtschaft
Verkehr und Technologie,
Kaiser-Friedrich-Ring 75, 65021 Wiesbaden.**

Beim Landrat des Wetteraukreises

– Staatliches Amt für Lebensmittelüberwachung,
Tierschutz und Veterinärwesen –

ist ab sofort die Stelle einer/eines

Amtstierärztin/Amtstierarztes

(Besoldungsgruppe A 13 BBesG)

zu besetzen.

Das Aufgabengebiet umfaßt den gesamten amtstierärztlichen Dienst mit dem Schwerpunkt im Bereich der Lebensmittelüberwachung.

Eine Erhöhung des Frauenanteils wird in allen Bereichen und Positionen angestrebt, in denen Frauen unterrepräsentiert sind. Frauen sind deshalb besonders aufgefordert, sich zu bewerben.

Teilzeitbeschäftigung ist unter Berücksichtigung dienstlicher Belange grundsätzlich möglich.

Schwerbehinderte Bewerberinnen bzw. Bewerber werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt.

Bewerberinnen bzw. Bewerber mit abgeschlossenem Hochschulstudium der Veterinärmedizin, Promotion, Befähigungsnachweis über den tierärztlichen Staatsdienst werden gebeten, ihre Bewerbung mit handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild, beglaubigten Zeugnisabschriften sowie Ausbildungs- und Tätigkeitsnachweisen bis spätestens drei Wochen nach Erscheinen dieser Anzeige unter Angabe des Aktenzeichens I 2 a – 22 – 5 e 08/01 (2/E 202) zu richten an das

**Regierungspräsidium Darmstadt, Dezernat I 2 a,
Luisenplatz 2, 64278 Darmstadt.**



Die Gemeinde Niedernhausen

— Rheingau-Taunus-Kreis —

verkehrsgünstig zu Wiesbaden und Frankfurt am Main gelegen,
sucht zum frühestmöglichen Zeitpunkt / ab sofort eine/einen

Sachbearbeiterin/ Sachbearbeiter

für das Bauamt, Sachgebiet „Tiefbau“

Das Aufgabengebiet umfaßt vorwiegend folgende Tätigkeiten:

- Mitwirkung bei der Bearbeitung von Wasser- und Abwasserrechtsverfahren
- Mitwirkung bei der Durchführung von Ausschreibungs- und Vergabeverfahren für Wasser-, Abwasser- und Straßenbau
- Führung des Altlasten- und Abwasserkatasters
- Sonstige Verwaltungsaufgaben im Sachgebiet „Tiefbau“ (Unterstützung des Sachgebietsleiters [Tiefbauingenieurs])

Für das oben genannte Aufgabengebiet wünschen wir uns eine/einen Mitarbeiterin/Mitarbeiter mit erfolgreich abgelegter **Verwaltungsprüfung I**, die/der gewohnt ist, selbständig und verantwortungsbewußt zu handeln sowie Verhandlungsgeschick im Umgang mit Bürgern und Behörden besitzt.

Die Besoldung erfolgt nach Besoldungsgruppe A 8 BBesG, Aufstiegsmöglichkeiten sind gegeben.

Angestellte mit vergleichbarer Ausbildung können sich ebenfalls bewerben.

Behinderte, die in der Lage sind, diese Aufgaben im Verwaltungsbereich zu erfüllen, werden berücksichtigt.

Sind Sie interessiert?

Dann senden Sie Ihre Bewerbung mit den üblichen Bewerbungsunterlagen (Lebenslauf, Lichtbild, Zeugniskopien usw.) bitte bis zum 27. Dezember 1993 an den

**Gemeindevorstand der Gemeinde Niedernhausen,
Wilrijkplatz, 65527 Niedernhausen.**

Für Fragen steht Ihnen gerne unser Bauamtsleiter Herr Simon, Telefon-Nr. 0 61 27 / 50-1 15 zur Verfügung



In der **Präsidialverwaltung** der Justus-Liebig-Universität Gießen ist ab 16. Februar 1994 die Stelle einer/eines

Juristin/Juristen

als **Regierungsrätin/Regierungsrat** bzw. **Regierungsoberärztin/Regierungsoberarzt** (Besoldungsgruppe A 13/A 14 BBesG) zu besetzen.

Wir erwarten von Ihnen fundierte, überdurchschnittliche Rechtskenntnisse, die auch in Zeugnissen ihren Ausdruck gefunden haben sollen, Verhandlungsgeschick, Überzeugungsvermögen sowie ein hohes Maß an Engagement und Kooperationsbereitschaft. Berufserfahrungen, vor allem im Hochschulbereich, sind erwünscht.

Ihr Tätigkeitsbereich umfaßt alle Rechtsangelegenheiten – einschließlich Prozeßführung – einer Universitätsverwaltung.

An der Justus-Liebig-Universität Gießen sollen Frauen bei gleicher Qualifikation bevorzugt eingestellt werden; deshalb bitten wir qualifizierte Juristinnen nachdrücklich, sich zu bewerben.

Bewerbungen Schwerbehinderter werden – bei gleicher Eignung – bevorzugt.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte **unter Angabe des Aktenzeichens Z – 351/93** mit den üblichen Unterlagen bis zum **17. Januar 1994** an den

Präsidenten der Justus-Liebig-Universität Gießen, Postfach 11 14 40, 35359 Gießen.

Beim Landrat des Odenwaldkreises

ist ab 1. Januar 1994 die Stelle der/des

Leiterin bzw. Leiters

der **Hauptabteilung Staatliches Amt für Lebensmittelüberwachung, Tierschutz und Veterinärwesen** (Besoldungsgruppe A 15 BBesG) zu besetzen.

Das Aufgabengebiet umfaßt die fachliche und administrative Leitung des Staatlichen Amtes für Lebensmittelüberwachung, Tierschutz und Veterinärwesen mit seinen Abteilungen: Allgemeine Verwaltung, Lebensmittel- und Fleischhygiene, Tierseuchenbekämpfung und Tierschutz.

Der Odenwaldkreis ist durch die Landwirtschaft geprägt, zählt jedoch zum Einzugsgebiet des Rhein-Main-Ballungsraumes. Die Aufgaben des gesamten amtstierärztlichen Dienstes sind daher gleichermaßen vertreten. Gesucht wird deshalb eine Persönlichkeit, die als Amtsleiterin bzw. Amtsleiter neben Eigeninitiative und Entscheidungsfreudigkeit vor allem über langjährige Erfahrung im Verwaltungsvollzug mit umfassenden Kenntnissen der Verwaltungspraxis verfügt.

Eine Erhöhung des Frauenanteils wird in allen Bereichen und Positionen angestrebt, in denen Frauen unterrepräsentiert sind. Frauen sind deshalb besonders aufgefordert, sich zu bewerben.

Teilzeitbeschäftigung ist unter Berücksichtigung dienstlicher Belange grundsätzlich möglich.

Schwerbehinderte Bewerberinnen bzw. Bewerber werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt.

Bewerberinnen bzw. Bewerber mit abgeschlossenem Hochschulstudium der Veterinärmedizin, Promotion, Befähigungsnachweis über den tierärztlichen Staatsdienst und mehrjährige Tätigkeit (Berufserfahrung) in einem Staatlichen Amt für Lebensmittelüberwachung, Tierschutz und Veterinärwesen oder einem Staatlichen Veterinäramt werden gebeten, ihre Bewerbung mit handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild, beglaubigten Zeugnisausschnitten sowie Ausbildungs- und Tätigkeitsnachweisen bis spätestens drei Wochen nach Erscheinen dieser Anzeige unter Angabe des Aktenzeichens I 2 a – 22 – 5 e 08/01 (2/E 201) zu richten an das

Regierungspräsidium Darmstadt, Dezernat I 2 a, Luisenplatz 2, 64278 Darmstadt.

Das Hessische Landesamt für Straßenbau

sucht für das

Hessische Straßenbauamt Hanau

zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen/eine

Leiter/Leiterin

des Sachgebietes 53 „Straßenverwaltung“,

Leiter/Leiterin

des Sachgebietes 31 „Bauprogramme und technische Verwaltung“.

Gesucht wird jeweils ein Angestellter/eine Angestellte oder Beamter/Beamtin mit abgeschlossenem FH-Ingenieurstudium der Fachrichtung Bauingenieurwesen.

1. Sachgebietsleiter 53

Das Aufgabengebiet umfaßt im wesentlichen:

- Stellungnahmen zu Bauleitplänen aus betrieblicher Sicht
- Stellungnahme zu Änderungen des Regionalen Raumordnungsplanes
- Beurteilung und Entscheidung von Bauvoranfragen und Bauanträgen aus straßen(rechtlicher) Sicht
- Beurteilung und Entscheidung über Anträge auf Sondernutzung und Gestattung
- Bearbeitung von Widmungen und Umstufungen von Straßen sowie Festsetzungen von Ortsdurchfahrtsgrenzen
- Führung der Straßendatenbank und ihre Auswertung entsprechend den unterschiedlichen Nutzerwünschen aus den einzelnen Abteilungen
- Erstellung von Statistiken über den Bestand an Straßen
- Aktualisierung der Straßenkarte

2. Sachgebietsleiter 31

Das Aufgabengebiet umfaßt insbesondere:

- Finanz- und fachtechnische Abwicklung der Bauprogramme für Bundes-, Landes- und Kreisstraßen
- Vorbereiten und Abschließen von Vereinbarungen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz und Verwaltungsvereinbarungen mit Dritten
- Generelle Bearbeitung von Kostenteilungen nach den Straßengesetzen
- Prüfung und Abwicklung von Zuwendungsmaßnahmen für kommunale Baulastträger einschließlich Beratung der Antragsteller
- Technische Rechnungskontrolle
- Beantwortung von Prüfungsbeanstandungen der Rechnungshöfe und der Staatlichen Rechnungsprüfungsämter
- Durchführung der Angebotseröffnungen

Wir erwarten neben organisatorischem Geschick und Einsatzbereitschaft auch die Fähigkeit, Mitarbeiter zu motivieren und kooperativ zu führen.

Berufserfahrung in den genannten Arbeitsbereichen ist von Vorteil.

Die Besoldung/Vergütung erfolgt je nach Erfahrung und bisherigem Berufsverlauf nach Besoldungsgruppe/Vergütungsgruppe für Sachgebietsleiter 53 bis max. A 12 BBesG/III BAT, für Sachgebietsleiter 31 bis max. A 13 BBesG/II a BAT.

Es ist möglich, die Stellen mit je zwei Teilzeitkräften zu besetzen.

Die Bewerbung von Frauen wird besonders begrüßt.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Wenn Sie sich von dieser Stellenausschreibung angesprochen fühlen, richten Sie Ihre Bewerbung mit tabellarischem Lebenslauf und evtl. Hinweis auf besondere Kenntnisse und Fähigkeiten bitte bis drei Wochen nach Erscheinen dieser Anzeige an das

Hessische Landesamt für Straßenbau, Wilhelmstraße 10, 65185 Wiesbaden.



Gemeinde Villmar

Hinweis auf Stellenausschreibung und Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen.

In der Gemeinde Villmar ist die Stelle der/des

hauptamtlichen Bürgermeisterin/ hauptamtlichen Bürgermeisters

im Wege der Direktwahl neu zu besetzen.

Die Gemeinde Villmar hat zur Zeit rund 7 000 Einwohner/innen. Hiermit wird zur Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahl aufgefordert.

Die Wahl findet am 20. Februar 1994, eine evtl. Stichwahl am 20. März 1994 statt.

Die Amtszeit beginnt frühestens am 1. Juli 1994, sie beträgt sechs Jahre.

Die Stelle ist gemäß der Hessischen Kommunalbesoldungsordnung nach Besoldungsgruppe A 15 bewertet. Zusätzlich wird eine Aufwandsentschädigung nach den Vorschriften des Hessischen Wahlbeamten-Aufwandsentschädigungsgesetzes gewährt. Wählbar sind Deutsche i. S. des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG), die am Wahltag das 25. Lebensjahr vollendet und am Tag des Beginns der Amtszeit das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und die nicht vom Wahlrecht nach § 31 HGO bzw. § 22 Abs. 3 HKO ausgeschlossen sind.

Die Wahl erfolgt auf Grund von Wahlvorschlägen, die den gesetzlichen Erfordernissen der §§ 10 bis 13, 41 und 45 des Hessischen Kommunalwahlgesetzes (KWG) entsprechen. Danach können Wahlvorschläge von Parteien i. S. des Art. 21 GG, von Wählergruppen und von Einzelpersonen eingereicht werden. Inhalt, Form, Aufstellung und Einreichung des Wahlvorschlages sind gesetzlich vorgeschrieben.

Die Wahlvorschläge sind bis **spätestens am 17. Januar 1994, bis 18.00 Uhr**, während der Dienststunden schriftlich bei dem **Gemeindewahlleiter der Gemeinde Villmar, Peter-Paul-Straße 30, 65606 Villmar**, einzureichen. Dort sind auch die dazu erforderlichen Vordrucke zu erhalten.

Sie sind nach Möglichkeit so frühzeitig vor dem 17. Januar 1994 einzureichen, daß etwaige Mängel, die die Gültigkeit der Wahlvorschläge berühren, noch rechtzeitig behoben werden können.

In der Gemeindevertretung der Gemeinde Villmar besteht zur Zeit folgende Sitzverteilung: SPD 15; CDU 10; BGV 6.

Die vollständige, mit der Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen verbundene Stellenausschreibung ist am 27. November 1993 öffentlich bekanntgemacht worden; sie kann zusätzlich unter der vorgenannten Anschrift angefordert werden.

Der Gemeindewahl Ausschuß der Gemeinde Villmar
gez. Schmidt, Gemeindewahlleiter, Bürgermeister

Postvertriebsstück
Verlag Kultur und Wissen GmbH
Postfach 22 29, 65012 Wiesbaden.

Entgelt bezahlt

1 Y 6432 A



Das Hessische Ministerium für Umwelt, Energie und Bundesangelegenheiten

hat zum nächstmöglichen Zeitpunkt, befristet bis zum 31. Dezember 1996, zwei Stellen als

Referentin oder Referent

in der Abteilung V „Atomaufsicht/Strahlenschutz“ in den Referaten Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren im KKW Biblis

zu besetzen.

Es stehen zwei Angestelltenstellen der Vergütungsgruppe I a und Vergütungsgruppe I b BAT zur Verfügung.

Die Aufgabe umfaßt Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Durchführung atomrechtlicher Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren für das Kernkraftwerk Biblis.

Gesucht werden Bewerberinnen und Bewerber des höheren technischen Dienstes mit abgeschlossenem Studium der Natur- oder Ingenieurwissenschaft an einer Technischen Hochschule/Universität, vorzugsweise mit Verwaltungserfahrung. Die Bewerberinnen und Bewerber sollten durchsetzungsorientiert, jedoch auch kreativ und kooperationsfähig sein.

Teilzeitbeschäftigung ist grundsätzlich möglich.

Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen können innerhalb von drei Wochen nach Erscheinen dieser Ausschreibung mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Lichtbild, Qualifikationsnachweisen) gerichtet werden an das

**Hessische Ministerium für Umwelt, Energie
und Bundesangelegenheiten – Personalreferat –,
Mainzer Straße 80, 65189 Wiesbaden.**

Reklamationen

bei **Ausbleiben** des Staatsanzeigers bitte sofort an den Verlag richten (Tel. 06 11 / 3 60 98-57). **Nachlieferung** durch den Verlag gegen Entrichtung der Gebühren lt. Impressum.

STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN. Erscheinungsweise: wöchentlich montags. Verlag: Verlag Kultur und Wissen GmbH, Marktplatz 13, 65183 Wiesbaden, Telefon: 06 11 / 3 60 98-0, Telefax: 06 11 / 30 13 03. Verlagsleitung: Werner Augsburger. Anzeigenannahme und Vertrieb siehe Verlagsanschrift. Vertrieb: Gabriele Belz, Telefon: 06 11 / 3 60 98-57. Bezugspreis: jährlich 112,40 DM (inklusive Versandkosten und USt.). Bankverbindung: Hessische Landesbank Frankfurt, BLZ 500 500 00, Konto-Nr. 15 542 004. Abonnementkündigung mit einer Frist von sechs Monaten zum 30. 6. und 31. 12. möglich. Der Preis eines Einzelstückes beträgt 7,50 DM (inkl. Versandkosten und USt.). Einzelhefte gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postgirokonto des Verlages Frankfurt am Main, BLZ 500 100 60, Nr. 1173 37-601. Herausgeber: Hessisches Ministerium des Innern und für Europaangelegenheiten. Verantwortlich für

den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils: Regierungsdirektorin Ehrentrude Ruf-Hilfischer; Redaktion: Telefon 06 11 / 3 63-6 74; für die technische Redaktion und den „Öffentlichen Anzeiger“: Dietrich Poetter, Telefon 0 61 22 / 77 09-32, auch zuständig für Anfragen und Auskünfte technischer Art über den redaktionellen Teil des Staatsanzeigers (Fortdrucke, Sonderdrucke, Beilagen usw.) sowie den „Öffentlichen Anzeiger“ zum Staatsanzeiger für das Land Hessen (Anzeigen). Druck: Druck- und Verlagshaus Chmielorz GmbH, Ostring 13, 65205 Wiesbaden-Nordenstadt. Redaktionsschluß für den amtlichen Teil: jeweils mittwochs, 12.00 Uhr, Anzeigenschluß: jeweils donnerstags, 12.00 Uhr, für die am übernächsten Montag erscheinende Ausgabe, maßgebend ist der Posteingang. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 21 vom 1. Januar 1985. Der Umfang der Ausgabe Nr. 50 vom 13. Dezember 1993 beträgt 64 Seiten.